



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich

Stenografisches Protokoll der 32. Sitzung Sitzungsteil Nichtöffentlich - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 20. April 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.300
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt

Seite

Zeugenvernehmung

Dr. Daniel Krebber

siehe Stenogr. Protokoll 20/32 I

Referatsleiter „Bilaterale Beziehungen zu den Staaten
des Nahen und Mittleren Ostens des Maghreb, Asiens,
des Pazifiks und Lateinamerika“ beim Bundeskanzleramt
(Beweisbeschluss Z-27)

M. S.

3

Sachgebietsleiter „Auswertung Afghanistan Politik, Wirtschaft“ beim BND
(Beweisbeschluss Z-28)

A. R.

Sachgebietsleiter LBI (Force Protection) beim BND
(Beweisbeschluss Z-32)

49

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nichtöffentlich



Nichtöffentlich

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich: 18.06 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die Beweisaufnahme mit der nichtöffentlichen

**Vernehmung des Zeugen
M. S.**

fort.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. - Herr S., Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. März bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Rechtsanwalt Dr. Niklas Auffermann Platz genommen. - Herr Dr. Auffermann, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten; Ihnen steht jedoch selbst kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen. - Haben Sie dazu Fragen?

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand schütteln
die Köpfe)

Für das Protokoll: Die Antwort lautete: Nein. - Körpersprachlich funktioniert das hier mit dem Protokoll nicht; aber ich habe das mal so interpretiert.

Herr S., zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor, ist also nicht extra für Sie streng formuliert, sondern gilt bei allen so.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie

müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge M. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. - Ich bedanke mich auch bei der anwesenden Protokollantin. Das ist immer prima, dass Sie uns hier unterstützen. Herzlichen Dank.

Es ist wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Wir sind zwar hier in einem abhörgeschützten Sitzungssaal, der Ausschuss hat sich jedoch darauf geeinigt, für Ihre Vernehmung zunächst nur die Öffentlichkeit auszuschließen und die Sit-



Nichtöffentlich

zung vorerst nicht mit einem Geheimhaltungsgrad zu versehen. Sollten Sie daher während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren Kenntnis durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Ich will aber ausdrücklich sagen: Das ist immer die Ausnahme und nicht die Regel, die gesondert begründet werden muss und vom Ausschuss auch beschlossen werden muss.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge M. S.: Keine Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen - zu Ihrem Namen ja nicht, aber zu Ihrer Person. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Kürzel, Ihrem Alter - nicht Ihrem Geburtsdatum -, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge M. S.: M. S. Bin 46 Jahre alt und bin wohnhaft in der [REDACTED] in [REDACTED].

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Bevor ich mit der Befragung beginne, will ich auf Folgendes hinweisen: Wir müssen die Sitzung für eine namentliche Abstimmung unterbrechen. Und wenn der Kenntnisstand immer noch der ist, den wir eben hatten, müssen wir spätestens um 18.25 Uhr hier losgehen, damit sichergestellt ist, dass jeder, auch ohne Laufschrift anzuwenden,

an der Abstimmung teilnehmen kann. Das würden wir dann, egal wo wir gerade in der Befragung sind, tun.

(Zurufe)

- 18.30 Uhr geht auch.

(Weitere Zurufe)

- Also, dann fangen wir an und unterbrechen dann, wenn es erforderlich ist. Die Sportlichkeitswettbewerbe sind hier unterschiedlich ausgeprägt; aber der Bedarf nach Bewegung ist groß nach der Sitzung, die wir bisher hatten.

Herr S., Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge M. S.: Ich möchte keinen Gebrauch machen von einem Eingangsstatement. Insofern wäre ich für die Fragen offen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Mitglieder des Ausschusses haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Wenn Ihnen dabei Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Meine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen - weil das vorhin nicht immer so war - ist, dass erst die MAT-Nummer genannt wird und dann der Vorhalt erfolgt. Das erleichtert es den anderen, Ihnen zu folgen. Und je besser wir uns konzentrieren miteinander, umso kürzer ist die Sitzung. Das sollte uns gemeinsam anspornen, das zu versuchen.

Dann können wir beginnen. Es beginnt die SPD-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Guten Abend, Herr Zeuge! Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nachdem ich immer die Eröffnungsrunde machen darf, kommen die ersten Fragen zum Themenbereich Ihres Sachgebietes. Ist es richtig, dass Sie während des gesamten Untersuchungszeitraums Leiter des Sachgebietes LBAE - Auswertung



Nichtöffentlich

Afghanistan, Politik, Wirtschaft, Islamistischer [sic!] Fundamentalismus - waren?

Zeuge M. S.: Ich war im Untersuchungszeitraum vom 01.04.2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums Sachgebietsleiter, allerdings für den Bereich Wirtschaft und Politik.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie dann beschreiben, warum der islamistische Fundamentalismus dort nicht hineingehört oder wo der Fehler liegt?

Zeuge M. S.: Das ist an und für sich kein Fehler, sondern in der Sache spielt diese Thematik mit in die Bearbeitung hinein, sodass diese Facetten, abgestimmt auch im Haus, bearbeitet worden sind und trotzdem quasi in die Berichterstattung mit eingeflossen sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Wir würden uns gern zu Beginn einen Überblick verschaffen, wie Ihr Sachgebiet materiell und personell aufgestellt war, wie viele Mitarbeiter Sie tatsächlich zur Verfügung hatten. Wenn Sie uns das vielleicht in ein paar Sätzen beschreiben könnten.

Zeuge M. S.: Ja. Wir hatten innerhalb des Referats zwei Sachgebiete, die sich mit Afghanistan befasst haben. Eins davon habe ich geführt. Innerhalb meines Sachgebietes waren wir mit insgesamt einer höheren einstelligen Zahl an Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen über die weitestgehenden Strecken unterwegs und haben dort die Inhalte mit Schwerpunkt „Politik Afghanistan“ bearbeitet.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben wir die zweite Einschränkung vernommen. Als Erstes haben Sie den islamistischen Fundamentalismus anders zugeordnet, da waren es noch die Politik und die Wirtschaft, und jetzt haben Sie es bei Ihrer erneuten Aussage auf die Politik verengt. Welche Informationen aus Politik und vielleicht auch den anderen beiden Gebieten waren Sie beauftragt zu sammeln und zu bewerten? Was hat Sie besonders interessiert?

Zeuge M. S.: Alle drei Themengebiete sind bei mir verortet gewesen in der Bearbeitung. Sie sind

auch eng miteinander verwoben und nicht voneinander zu trennen. Insofern wurden Aspekte der Themen immer aufgegriffen. Allerdings ist es auch eine Frage, was vor allem gefordert wird und wo die Ressourcen ein Stück weit zu priorisieren sind. Und das war vorrangig im Bereich Politik.

Jörg Nürnberger (SPD): Von wem haben Sie hier die Aufträge erhalten, diese Informationen auszuwerten und dann entsprechende Produkte an den Auftraggeber zu liefern?

Zeuge M. S.: Die inhaltliche Verantwortung für die Erarbeitung der Berichterstattung und der Produkte trug der Referatsleiter, und von dem habe ich überwiegend die Aufträge bekommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine Verständnisfrage: Wir haben gerade zweimal den islamistischen Fundamentalismus erwähnt. Es gibt ja auch den anderen Begriff der militanten Opposition, der in den Unterlagen häufig vorkommt. Können Sie das beides abgrenzen und insbesondere die Aktivitäten der Taliban? Zu welchem dieser Begriffe sind die zuzuordnen?

Zeuge M. S.: Die Anteile der Aspekte „internationaler islamischer Fundamentalismus“ waren von unserer Seite aus breiter als nur die Militanz. Hier insbesondere kommen ideologische Aspekte rein, die nicht nur die Militanz selbst betrafen, aber überwiegend die Militanz aufgrund der radikalislamischen Gesinnung. Und dort gab es die häufigsten Bedarfe, wo wir das Thema „internationaler islamischer Fundamentalismus“ tatsächlich dort am Rande immer mitgeführt haben bzw. wo das nach meiner Wahrnehmung im Referat gebraucht wurde.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben in den letzten Sitzungen bereits den Sachgebietsleiter - Ihr Pendant - zu dem Bereich „Auswertung Afghanistan Militär, Sicherheitslage und Militante Opposition“ hier vernommen, und auch Sie haben es bereits angedeutet: Die Informationen, die aus den verschiedenen Quellen und die Ihnen zugänglich waren, haben ja Relevanz offensichtlich für beide Sachgebiete. Daher ist es für uns von Interesse, zu wissen, wie Sie die Zusammenarbeit mit



Nichtöffentlich

Ihrem - lassen Sie es mich so formulieren - Schwestersachgebiet einschätzen. Wie hat das funktioniert? Gab es da gelegentlich Differenzen? Gab es Unterschiede in den Bewertungen? Hat man die - und, wenn ja, wie - zu einem gemeinsamen Ergebnis zusammengeführt?

Zeuge M. S.: Also, der Gegenstand der gemeinsamen Arbeit erforderte es unumgänglich, tatsächlich eng miteinander zusammenzuarbeiten und auch vertrauensvoll miteinander zusammenzuarbeiten. Nichtsdestotrotz - das ist auch Kern unserer Arbeit im Hause - gehört die Diskussion, der offene Diskurs unterschiedlicher Standpunkte und Bewertungen in einem manchmal nicht einfach zu deutenden Informationsumfeld zur Sache. Das heißt, wir haben da immer durchweg einen Konsens gefunden. Wir haben hierzu in Formaten, aber auch in der täglichen Arbeit regelmäßig zusammengefunden und unsere Erkenntnisse ausgetauscht, diskutiert und sind dann aber auch zu einer gemeinsamen Einschätzung gelangt.

Jörg Nürnberger (SPD): Flossen in diese Diskussionen auch noch die Erkenntnisse weiterer Stellen innerhalb des BNDs mit ein, und, wenn ja, mit welchen weiteren Stellen innerhalb Ihres Dienstes haben Sie zusammengearbeitet?

Zeuge M. S.: Ja, das floss regelmäßig mit ein. Insbesondere mit den verantwortlichen Stellen, die Partnerstaaten aus der westlichen Welt betrachtet haben, bzw. Stellen, die sich auch mit dem Themengebiet Terrorismus befassen haben, gab es den regelmäßigen Austausch. Auch gab es den Austausch mit denen, die sich insbesondere mit dem Bereich „islamischer Fundamentalismus“ beschäftigen haben. Da gab es regelmäßig sowohl in Formaten als auch in der täglichen Zusammenarbeit im Rahmen von Abstimmungsprozessen Kommunikation.

Jörg Nürnberger (SPD): Wurde diese Zusammenarbeit zentral koordiniert, oder wie liefen dort die Prozesse ab?

Zeuge M. S.: Die Prozesse werden so letzten Endes durchgeführt, dass einer sozusagen als Federführer bestimmt wird, der die Koordination

übernimmt. Und die anderen arbeiten dann inhaltlich zu.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht an dieser Stelle schon eine Frage, die sich darauf bezieht, dass wir bei den Vernehmungen anderer Zeugen aus Ihrem Hause bereits darauf hingewiesen worden sind - ich denke insbesondere an den Zeugen H. H. -, dass nach dem - - oder während des Verlaufs der Bewertung von Vorkommnissen in Afghanistan innerhalb des Untersuchungszeitraumes auch Maßnahmen ergriffen worden sind, um diese Prozesse noch zu verbessern, man aber offensichtlich das eine oder andere Defizit festgestellt hat, dass Ereignisse, die so vorhergesagt oder bewertet wurden, dann am Ende sich doch anders realisiert haben. Können Sie kurz dazu Stellung nehmen, ob es diesen Prozess einer ständigen Anpassung und Verbesserung Ihrer - - nicht der Methoden an und für sich, sondern der Abstimmung innerhalb der Auswertung gegeben hat?

Zeuge M. S.: Können Sie Ihre Frage bitte noch mal präzisieren?

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte nicht den Fragen vorgreifen, die als Nächstes kommen, aber tatsächlich geht es mir darum, dass offensichtlich auch Defizite innerhalb des Dienstes festgestellt worden sind, wie es ja bei jeder Organisation - jetzt nicht mit einem Vorwurf verbunden - Ineffizienzen gibt, Widersprüchlichkeiten, zum Teil auch Fehlleistungen, und dass man dann versucht, in einem geordneten Prozess eben die eigenen Strukturen oder auch die Vorgehensweise dann anzupassen, damit solche Sachen in Zukunft nicht vorkommen. Haben Sie derartige Anpassungsprozesse während dieser zwei Jahre, über die wir hier reden, auch vorgenommen?

Zeuge M. S.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie die näher beschreiben?

Zeuge M. S.: Es ging aus meiner Wahrnehmung dabei sehr viel um das Thema „Koordinierung inhaltlicher Abstimmung“, die zu verbessern, noch mehr den Fluss zu beschleunigen, um, ich sage



Nichtöffentlich

mal, frühzeitiger berichten zu können. Das war eigentlich das wesentliche übergeordnete Ziel.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. So weit die einleitenden Fragen von meiner Seite. - Ich würde gern jetzt gleich in die Situation im August 2021 springen. Wir wissen alle, wie sich die Vorkommnisse sehr dynamisch, zum Teil sich überschlagend entwickelt haben. Ich habe ja bereits angedeutet - und Sie haben es gerade bestätigt -, dass es intern einen Revisionsbericht gegeben hat zur Arbeit des BND in dieser Zeit. Dieser Bericht ist an und für sich eingestuft; deswegen können wir über die Inhalte hier in dieser Form dieser Sitzung so nicht reden. Ich will Sie auch deswegen gar nicht konkret fragen, aber ganz grundsätzlich: Kennen Sie die Aussagen des Revisionsberichtes? Waren Sie vielleicht auch an seiner Erstellung mit beteiligt?

Zeuge M. S.: An der Erstellung? - Nein. Aussagen? - Ja, kenne ich.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage war unglücklich formuliert; das gebe ich zu. Haben Sie dann am Ende nach der Erstellung des Berichtes, den jemand anderes getan hat selbstverständlich, die Möglichkeit gehabt, dazu Stellung zu nehmen und die dortigen Feststellungen zu bewerten, zu kommentieren?

Zeuge M. S.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Halten Sie die Feststellungen, die in diesem Bericht enthalten sind - wir haben ihn alle hier als Material vorliegen gehabt -, grundsätzlich für fachlich zutreffend, oder haben Sie einige der Feststellungen tatsächlich so nicht für richtig erachtet?

Zeuge M. S.: Die Frage muss ich zweiteilig beantworten. Das eine ist: Wir haben nicht alle Feststellungen als auch fachlich inhaltlich richtig erachtet. Nichtsdestotrotz haben wir dort in der Sache gesamt dienstlich Dinge erkannt, die bereits vorher erkannt worden sind und auch nicht unbedingt einen zwingenden Bezug zum August 21 hatten, die wir durchaus für richtig erachtet haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Hat man Sie vorher, bei der Erstellung des Berichtes, nach Ihren Erfahrungen gefragt? Das ist ja so eine typische Situation einer Innenrevision, wo man ähnlich wie jetzt dann tatsächlich Aussagen treffen muss. Wurde das auch so durchgeführt?

Zeuge M. S.: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Wurden Sie überhaupt befragt zu Ihren Vorgehensweisen?

Zeuge M. S.: Durch die Innenrevision?

Jörg Nürnberger (SPD): Mhm.

Zeuge M. S.: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. Gut. - Ein wichtiger Punkt, den wir in dieser Situation gegen Ende des Einsatzes in Afghanistan häufig bewerten oder als Begriff gehört haben und dann auch für uns bewerten müssen, ist die Diskussion über die sogenannten Kippunkte. Auch der von mir bereits angesprochene Zeuge H. H. hat das dargestellt, und auch Ihr Kollege O. W. des anderen Sachgebietes hat ausführlich hierzu Stellung genommen. Können Sie mir diese Begrifflichkeit aus Ihrer Sicht noch einmal darstellen und auch beschreiben, zu welchem Zeitpunkt diese Begrifflichkeit in die Berichte des BND eingeführt worden ist und welche Bedeutung sie aus Ihrer Sicht für den Nutzer Ihrer Produkte hatte?

Zeuge M. S.: Die Begrifflichkeit des Kippunktes bezeichnete aus unserer Sicht einen entscheidenden Punkt, an dem wir als Indikator festmachen konnten, dass die Lage sich entwickelt. Das kann theoretisch positiv sein, ist aber in diesem Fall aus unserer Sicht negativ verlaufen. Und das sollte den Abnehmern signalisieren, dass sich die Lage jetzt, wenn diese Punkte eintreten, sprunghaft verändern kann und dann Entscheidungen erforderlich sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Erinnern Sie sich noch an den fünften Kippunkt?

Zeuge M. S.: Ich erinnere mich an die Kippunkte, ja.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte Ihnen gern vorhalten aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/22 II, Seite 24, wo Ihr Kollege O. W. den fünften Kippunkt als das Absetzen oder den Beginn einer Absetzbewegung der Führung Afghanistans, also des Präsidenten, dargestellt hat. Waren Sie bei der Definition dieses Kipppunktes mit einbezogen? Weil das ist ja eine politische Frage.

Zeuge M. S.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Worin sahen Sie die Bedeutung dieses Kipppunktes? Die Antwort mag offensichtlich sein, aber für das Protokoll bitte.

Zeuge M. S.: Die Bedeutung liegt darin, dass das natürlich eine Signalwirkung hat, Signalwirkung an andere Entitäten der damaligen Regierung und als solches eben bedeutsam. Deswegen als Kippunkt definiert.

Jörg Nürnberger (SPD): Spielt darin auch die Frage der Loyalität der afghanischen Behörden und insbesondere der Sicherheitskräfte eine entscheidende Rolle?

Zeuge M. S.: Das muss man eher als Auslöser betrachten - als auslösendes Moment, deswegen ja auch als Kippunkt benannt -, der möglicherweise zu Infragestellungen führen kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Es ist ja der Grundsatz, dass die Auswertung die Beschaffung steuert; so viel haben wir aus den bisherigen Vernehmungen der anderen Zeugen erfahren. Haben Sie dann tatsächlich besondere Aufträge an die Beschaffung gegeben, um die Risiken dieses Szenarios, also insbesondere der Frage, wann sich der afghanische Präsident und vielleicht seine engere Entourage Richtung Ausland absetzen wird, näher betrachten zu können?

Zeuge M. S.: Die tägliche Arbeit der Steuerung erfolgte tatsächlich auch täglich in Formaten. Es gab gesonderte Steuerung, aber das waren Punkte, die in der täglichen Steuerung bei der inhaltlichen Befassung mit zur Sprache kamen und erörtert wurden. Insofern wurden sie aus

meiner Wahrnehmung von der Beschaffung als Auftrag aufgenommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Sie wissen ja, dass eine der Fragen, um die sich vieles hier dreht, die Frage ist, dass es für die politischen Entscheidungsträger, denen die Berichte dann zugänglich gemacht werden, nicht nur relevant ist, dass es einen Kippunkt gibt, sondern auch, mit welcher Wahrscheinlichkeit - die sich ja über die Zeitachse hin jederzeit verändern kann - er eintreten kann. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt über die Eintrittswahrscheinlichkeit der einzelnen Kippunkte und insbesondere dieses letzten Kippunktes der Absetzbewegung berichtet? Haben Sie da Änderungen vorgenommen, oder hat sich der über die Zeitachse - Sie können es gerne eingrenzen - der letzten, sagen wir, drei Monate hin auch verändert?

Zeuge M. S.: Aus meiner Wahrnehmung heraus hat das Referat dazu berichtet. Allerdings war das ein laufender Prozess, aus dem die Kippunkte dann später auch entstanden sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es tatsächlich so gewesen, dass Sie sich intern tatsächlich Gedanken über die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios gemacht haben? Zu welcher Bewertung sind Sie da gekommen?

Zeuge M. S.: Können Sie noch mal sagen, welches Szenario Sie jetzt konkret meinen?

Jörg Nürnberger (SPD): Das Szenario, dass Sie Erkenntnisse darüber haben, dass die Regierungen in Afghanistan, aber insbesondere der Präsident und seine Familie, vielleicht die nächsten Angehörigen, das Land verlassen werden.

Zeuge M. S.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie auch die Ergebnisse darstellen?

Zeuge M. S.: Wie ich schon ausführte, waren die Kippunkte ein Ergebnis einer längeren Reiteration. Manche sind etwas früher, etwas später entstanden. Die Frage allerdings, inwiefern Füh-



Nichtöffentlich

rungspersonal das Land verlässt und welche Auswirkungen das hat, wurde diskutiert und wurde dann auch in der Inhaltsdiskussion aufgegriffen, und es gab tatsächlich auch die Auffassung oder es wurde dann die Auffassung geboren, dass wir sagen, dass das einen Ausschlag hat, dass das also lageverändernd wirken würde, wenn es so zuträfe.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn man sich die BND-Morgenunterrichtungen im Zeitraum 9. bis 12. August anschaut, dann heißt es darin immer wieder, dass ein koordinierter Angriff der Taliban gegen die Hauptstadt Kabul kurzfristig bzw. in den nächsten 30 Tagen unwahrscheinlich sei. Man kann alle Morgenlagen zitieren. Ich nehme nur eine: MAT A BND-3.14 VS-NfD, Blatt 170 bis 172. Bis zum 12. August klang das nach einer rein militärischen Bewegung. Wenn Sie bis zu diesem Zeitpunkt bereits den Kippunkt als eine Absetzbewegung der afghanischen Führung und des Präsidenten identifiziert haben, warum wurde darüber in diesem Bericht, in diesen Morgenlagen nicht tatsächlich auch berichtet, dass man jetzt aufpassen muss: „Vorsicht, wenn es Anzeichen gibt, dann könnte sich das in weniger als 30 Tagen realisieren“?

Zeuge M. S.: Das Produkt, von dem Sie sprechen, ist im Regelfall dazu benutzt, einen der Punkte besonders hervorzuheben. Das ist im Regelfall getan. Die aus unserer Sicht zu dem Zeitpunkt von der Bedarfsträgerseite wichtigste Bewertung fließt da am ehesten mit ein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Befragung angekommen. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

(Unterbrechung von
18.33 bis 19.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann setzen wir die Sitzung fort. Öffentlichkeit haben wir keine.

Nach Lage der Dinge geht das Fragerecht zur CDU/CSU-Fraktion. Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen! - Ich würde ein bisschen da anschließen wollen, wo der Kollege Nürnberger schon gefragt hat - ein bisschen ungewöhnlich, weil es retrospektiv ist -, nämlich bei der Ursachenanalyse Afghanistan. Der Bericht der Revision, der ist eingestuft; das wissen wir. Deswegen frage ich Sie nicht nach Inhalten des Berichts; ich gehe davon aus, dass Sie das auch nicht beantworten würden. Mir geht es eher um das Verfahren. Sie hatten schon auf die Frage geantwortet, dass Sie selbst im Rahmen eines Interviews nicht befragt worden sind von der Revision. Meine Frage ist jetzt: Wer aus Ihrer Hierarchie wurde nach Ihrer Kenntnis eigentlich zu welchem Zeitpunkt im Rahmen dieser Berichtserstellung befragt?

Zeuge M. S.: Ich habe aus meiner Wahrnehmung lediglich im Hinterkopf, dass mein Referatsleiter befragt wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und können Sie das zeitlich einordnen aus Ihrer Erinnerung heraus?

Zeuge M. S.: Das fällt auf den Zeitraum Ende 2021.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir kennen uns nicht so gut; ich weiß nicht, wann bei Ihnen das Ende anfängt und wann es aufhört.

Zeuge M. S.: Also, es ist das letzte Quartal.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, das ist sehr großzügig bemessen. Enger können Sie es nicht eingrenzen vielleicht? Also, sozusagen mit dem Auftrag wurde nach unserer Papierlage ja schon im August begonnen. Von daher: Würden Sie das vielleicht noch ein bisschen auf den Monat eingrenzen können? Das würde mir schon reichen.

Zeuge M. S.: Ganz genau kann ich das so nicht eingrenzen aus meiner Erinnerung.



Nichtöffentlich

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Wir haben im Vorfeld dieser Analyse hier eine Beschreibung oder eine Aussage eines Vertreters aus dem Bundeskanzleramt - das ist MAT A BKAm-3.64 VS-NfD, Blatt 312 -, wo es heißt - ich zitiere -,

dass BND in der Berichterstattung nachweislich über einen langen Zeitraum ein präzises Lagebild transportiert habe, die Dynamik des Vormarschs letztlich jedoch nicht ausreichend Berücksichtigung in der Darstellung gefunden habe. Selbstkritische Betrachtung sei daher aus Sicht des BKAmtes zwar angezeigt, nicht jedoch institutioneller Zweifel.

Zitat Ende.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Trifft diese Einschätzung auch Ihre Bewertung aus der Rückschau, was die Berichterstattung zu Afghanistan betrifft?

Zeuge M. S.: Zusammenfassend: Zumindest bis zu dem Punkt „präzise Lageberichterstattung“, bis, sage ich mal, die letzte Phase - - Das würde ich auch so sehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. - Dieser Teil mit der nicht ausreichenden Berücksichtigung der dynamischen Lage des Vormarsches: Würden Sie diese Einschätzung auch teilen?

Zeuge M. S.: Die Dynamik des Vormarsches haben wir durchaus erkannt. Die Dynamik war allerdings so hoch - das war ja innerhalb weniger Tage -, dass dort nur, ich sage mal, in einem begrenzten Rahmen darüber berichtet wurde. Insofern: Nicht erkannt oder nicht ausreichend berücksichtigt, das ist eine perspektivische Frage aus meiner Sicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und aus Ihrer Perspektive, würden Sie sagen, ist das ein Vorwurf, den Sie - - Jetzt rückblickend - wir machen ja so ein bisschen retrospektive Besserwisserei -,

würden Sie sagen: „Das war vielleicht eine Schwachstelle in unserer Berichterstattung“?

Zeuge M. S.: Heben Sie jetzt auf die Geschwindigkeit des Vormarsches ab?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, genau, auf die Erkennbarkeit oder - wie heißt es hier so schön? - Berücksichtigung der „Dynamik des Vormarsches“. Also, „Dynamik“ wird verwandt, nicht „Geschwindigkeit“, aber „Dynamik des Vormarsches“.

Zeuge M. S.: Im Einklang mit dem, dass wir vorher präzise berichtet haben, ist es auch so, dass wir dazu die Informationen vorliegen hatten. Das heißt also: Wenn wir über etwas nicht berichten, heißt das zwar nicht notwendigerweise, dass die Information nicht vorliegt, aber vielleicht nicht in ausreichendem Umfang. Das heißt, das muss man durchaus mit Einschränkungen sehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, aber das ist ja genau Ihre Aufgabe - so verstehe ich das -, in der Berichterstattung als Auswerter an dieser Schnittstelle sozusagen zu einer Bewertung zu kommen. Wie gesagt - ich frage noch mal nach, weil ich nehme das ein bisschen ausweichend war, sage ich ganz offen, wie Sie antworten -, mit dem Wissen von heute: Würden Sie sagen, dass Sie damals die Dynamik des Vormarsches nicht ausreichend in Ihrer Berichterstattung gesehen oder vorhergesehen oder beschrieben haben?

Zeuge M. S.: Was die Geschwindigkeit angeht, war meine Wahrnehmung, dass wir sie retrospektiv nicht so umfangreich transportiert haben wie das davor. Nichtsdestotrotz: Die Grundtendenz wurde tatsächlich dargestellt mit dem Ergebnis; nur, mit dem Zeitpunkt hat das eben dann nicht gepasst.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Ich frage da mal ein bisschen andersrum. Ich nehme an, Sie kennen den Bericht der Innenrevision „Ursachenanalyse Afghanistan“.

Zeuge M. S.: Ja.



Nichtöffentlich

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Stimmen Sie in Ihrer Zuständigkeit den Ergebnissen des Berichts zu?

Zeuge M. S.: Das kann man mit Ja und Nein - das habe ich schon gegenüber Ihrem Kollegen beantwortet - so nicht sauber trennen. Es gibt generelle Erkenntnisse, die den Dienst betreffen, denen man zustimmen kann, die aber nicht notwendigerweise im Zusammenhang mit der Situation im August 2021 stehen, und es gibt eben auch Inhalte dieses Berichts, denen aus unserer Sicht widersprochen wurde, und das vor dem Hintergrund, dass hier Dinge verzerrt oder aus einer Sichtweise dargestellt wurden, die uns nicht nachvollziehbar erschien.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben das schon angesprochen: Gab es nach Ihrer Kenntnis eine Reaktion Ihres Referats auf den Bericht der Innenrevision und, wenn ja, in welcher Form?

Zeuge M. S.: Nach Erscheinen des Berichts wurde eine Stellungnahme gefertigt vom Referat, in der das Referat umfänglich Stellung zu den einzelnen Punkten des Berichts der Innenrevision vorgenommen hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Waren Sie an der Erstellung dieser Stellungnahme beteiligt?

Zeuge M. S.: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und wer hat das federführend koordiniert?

Zeuge M. S.: Tatsächlich war es der Referatsleiter, der das federführend koordiniert hat, auch aus eigenem Interesse heraus, mit dem Ansporn, natürlich selber auch besser zu werden und auch Erkenntnisse zu sammeln. Und da habe ich mitgewirkt; das ist korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich würde in einem zweiten Teil jetzt gerne etwas zu Ihrer Einschätzung der Qualität der Auswertung in dem Zeitraum ab Doha-Abkommen bis dann sozusagen Sommer 2021 erörtern. Am 19. Mai 2020 - das ist MAT A BND-3.46 VS-

NfD, Blatt 15 bis 16 - schrieb eine Ihrer Kolleginnen in einer Mail:

Laut VPr'in ist AFG in der Bundesregierung wieder von höherem Interesse ...

Meine Frage ist: Können Sie mir helfen, das zu verstehen? Also, herrschte bei Ihnen im Referat der Eindruck zuvor, dass Afghanistan in der Bundesregierung nicht von einem großen Interesse gewesen sei?

Zeuge M. S.: Ich kann jetzt die E-Mail in dem Zusammenhang nicht einordnen und würde darum bitten, da mal Einsicht zu nehmen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir können die auch nicht einordnen, weil so viel geschwärzt ist. Deswegen kann ich Ihnen auch nicht helfen. - Das ist gleich der erste Spiegelstrich unter „Lage“, wenn Sie da eben kurz schauen.

Zeuge M. S.: Ja, aus dem Kontext lässt sich das tatsächlich erklären, und zwar dahin gehend: In der wöchentlichen Unterrichtung, die die Bundesregierung ja durch die Leitung des Hauses unterhält, werden Schwerpunkte gesetzt. Und da wird darauf geschaut, weil logischerweise aus Zeitgründen der Rahmen ja begrenzt ist, welche Themen zeitweise eher vorrangig betrachtet werden und welche zeitweise - zumindest temporär, für einige Wochen oder eine Woche oder zwei Wochen - eher nachrangig. Das heißt also, es gibt thematisch unterschiedliche Schwerpunkte. Und darauf referenziert das Statement der Kollegin.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie muss ich mir das vorstellen? Werden diese Prioritäten - so würde ich das jetzt mal sagen - skaliert? Also, gibt es so Dringlichkeitsstufen für einzelne Regionen oder Länder, oder wie erfolgt das? Und wie wird das vor allen Dingen innerhalb der Arbeitsbereiche kommuniziert, was wichtiger oder was dringlich, weniger dringlich oder vordringlich ist?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Das ist vor allem gesteuert durch den Bedarf, also: Was wollen die Abnehmer, das heißt also die Ressorts der Bundesregierung, wissen? Das wird im Bundeskanzleramt gesteuert, und entsprechend versuchen wir, diesen Bedarf dann zu decken.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wissen Sie, was der Auslöser für dieses Umdenken oder diese neue Priorisierung gewesen ist?

Zeuge M. S.: Ich denke, Sie heben darauf ab, dass das ein generelles Umdenken ist. Das ist nicht so manifest, wie Sie es vielleicht wahrnehmen. Vielmehr ist der Punkt, dass es sich immer zeitweise verschiebt. Das ist also nichts Atypisches oder etwas, was nur im Kontext jetzt auf Afghanistan zu sehen ist, sondern der Schwerpunkt ist thematisch tatsächlich auch vom Input, sagen wir mal, des Bedarfs der Ressorts abhängig. Das heißt also, es ist mitnichten eine von oben herabgesetzte Priorisierung, sondern es wird entschieden nach Bedarf.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will nicht suggestiv fragen, aber ich würde jetzt aus meiner Wahrnehmung sagen: Das war die Ankündigung, dass es in Zukunft eine vermehrte Berichterstattung zu dem Themenkomplex Afghanistan geben würde. Habe ich das so richtig verstanden? Also, es hat jetzt nicht eine Priorisierung im Sinne von - - sondern eher so eine Warnung, so eine Gewinnwarnung: Rechnet bitte damit, dass die Politik oder das Bundeskanzleramt in Zukunft etwas mehr über Afghanistan wissen will. - Kann ich das so für mich einordnen?

Zeuge M. S.: Das kann man so nur begrenzt einordnen, weil wir nämlich kontinuierlich berichtet haben, weil wir mit den Ressorts ja auch außerhalb, sage ich mal, der wöchentlichen Lage in Verbindung standen und dort den Bedarf entgegengenommen haben. Das heißt also, wir haben durchaus Bedarfe auch jenseits gedeckt, sodass das ja nur eine Facette ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, dann frage ich anders, weil ich es ja nicht richtig verstehe: Was hat diese Ankündigung konkret verändert?

Zeuge M. S.: Letztlich war einfach nur die Beschreibung, dass wir in diesem wöchentlichen Format wieder mit etwas mehr rechnen müssen. Das ist das Einzige, was es wirklich dann - - Das war eine Vorankündigung: Es könnte demnächst wieder was kommen. - Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - In dem Zusammenhang: Das ist ja die eine - - Also, das ist die Bedarfslage sozusagen. Jetzt würde ich mal auf die Frage des Angebots kommen. Wir wissen ja, dass in der Folgezeit, also nach Abschluss des Doha-Abkommens, sich an der Lage in Afghanistan etwas verändert hat: das Einklappen der Speichen beispielsweise, der beginnende Truppenabzug nicht nur der Bundeswehr, sondern auch anderer Nationen, die an dem Mandat beteiligt gewesen sind - also die Vorbereitung des Abzugs, so will ich das mal überschreiben. Inwieweit hat das auf die Qualität Ihrer Auswertung eigentlich eine Auswirkung gehabt? Also, hatten Sie dadurch ein geringeres auswertbares Meldeaufkommen und einen geringeren Zugriff auf die blaue Lage anderer Dienste?

Zeuge M. S.: Also, erstens. Wir haben auch danach regelmäßig mit anderen Diensten gesprochen; das gehört zum Geschäft. Zum Zweiten ist es natürlich so - rein figurativ gesprochen -: Je weniger Augen und Ohren im Land sind, desto weniger kann auch insgesamt an Informationen generiert werden. Das ist eigentlich relativ plausibel und liegt einfach auf der Hand. Insofern gab es dort schon Einbußen im Rahmen des Abzuges.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich beschwere mich sonst nie über zu kurze Antworten, aber Sie müssen dann ertragen, dass ich nachfrage. - Das betrifft sowohl das eigene Aufkommen, also aus eigenen Quellen, als auch sozusagen die Verfügbarkeit von auswertbaren Informationen anderer Dienste. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge M. S.: Die Summe aller, sage ich mal, akquirierten Informationen, aus der wir quasi schöpfen konnten, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil am 1. Juni 2021 Ihr Referatsleiter geschrieben hat - das ist MAT A BND-3.157 VS-



Nichtöffentlich

NfD, Blatt 12 -, dass fast alle europäischen Staaten außer Deutschland „die AFG-Bearbeitung bereits stark zurückgefahren“ hätten. Der BND dürfe aber die Fehler der 90er nicht wiederholen und müsse die Bearbeitung über den Rückzug hinaus aufrechterhalten. Ist das sozusagen ein in Ihrem Referat abgestimmter Standpunkt gewesen? Und wie wollten Sie eigentlich sicherstellen, dass Sie auch unter diesen Rückzugsbedingungen verlässliche Auswertungen vornehmen können?

Zeuge M. S.: Zur ersten Teilfrage: Ja, das war eine so abgestimmte Position im Referat. Das war auch tatsächlich breit akzeptiert.

Und zur zweiten Frage: Wir haben versucht, auf verschiedene Weisen in unseren Aufkommensarten, wo immer es ging, zu kompensieren, bzw. versucht, auch unter den Rahmenbedingungen eines sich ankündigenden und dann auch vollziehenden Abzuges - muss man zu dem Zeitpunkt, den Sie zitiert haben, ja schon sagen - das größtmögliche Informationsaufkommen zu erhalten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Zu dem Bereich abschließend gefragt: Wenn Sie das jetzt wiederum rückblickend betrachten, würden Sie sagen, dass die Qualität Ihres Lagebildes aufgrund dieser externen Veränderungen, die wir eben besprochen haben, unzuverlässiger geworden ist und, wenn ja, in welchem Umfang?

Zeuge M. S.: „Unzuverlässiger“ kann man pauschal so nicht sagen. Die Schwierigkeit ist: Man braucht mitunter länger, um Informationen zu gewinnen, die ausreichen, um ein Lagebild zu generieren. Aber nichtsdestotrotz hat es auch einen Wegfall an Aufkommen gegeben; das ist korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt haben Sie die Qualitätsfrage nicht beantwortet: Hatte das Auswirkungen? Also, Sie haben gesagt: Es hat nur Zeitverzug gebracht, aber sich an Inhalt und Qualität nichts geändert. - Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge M. S.: Das ist so korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann habe ich in dieser Runde noch einen letzten Punkt; der betrifft CENTCOM. Am 1. April 2021 war Ihr Bereich aufgefordert worden, anlässlich einer Videokonferenz mit CENTCOM Fragen zu formulieren. Einer Ihrer Mitarbeiter schrieb - das ist MAT A BND-3.183 VS-NfD, Blatt 111 [sic!]; Zitat -:

... die spannendsten Punkte, die mich im Moment zu POL interessieren, betreffen irgendwie alle die USA selbst. Das kann ich die ja leider nicht so direkt fragen ;)

Da frage ich: Hat es aus Ihrer Sicht einen Kippunkt für den offenen Informationsaustausch insbesondere mit den USA und Ihnen gegeben? Also, gibt es da irgendeinen Zeitpunkt oder Anlass, wo Sie sagen würden: „Da hat sich aus der Informationszulieferung insbesondere der Amerikaner uns gegenüber etwas geändert“?

(Ein Signal ertönt)

- War das ein Zeichen an mich?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nee, noch nicht.

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hoffe, es war gar kein Zeichen!)

Zeuge M. S.: Also, an der Gesprächsbereitschaft hat sich nichts geändert aus meiner Sicht. Allerdings muss man berücksichtigen, dass jeder Dienst nur nach seinen Möglichkeiten tatsächlich arbeiten kann. Das heißt also, wir waren damit nicht alleine, dass wir diese Phase Abzug zu spüren bekommen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann eine letzte Frage, Herr Vorsitzender. Herr Zeuge, am 15. August 2021 schrieb der BND-Verbindungsbeamte in Tampa - das ist MAT A BND-3.183 VS-NfD, Blatt 111; Zitat -:

US CENTCOM ist auf dem völlig falschen Fuss und sehr kalt erwischt worden.



Nichtöffentlich

Zitat Ende. - Hatten auch Sie den Eindruck, dass Teile der Administration des US-Militärs durch deren eigenen Abzug aus der Green Zone überrascht gewesen sind? Also, war Ihr Eindruck auch, dass das bei den US-Militärs nicht durchgängig kommuniziert gewesen ist?

Zeuge M. S.: Aus meiner Wahrnehmung kann ich sagen, dass es bei uns so nie angekommen ist bis zum Fall von Kabul, dass dort, sage ich mal, dieses Vorhaben in dieser Reihenfolge, wie es zeitlich sich dann ereignet hat, tatsächlich stattfinden soll. Das ist bei uns nie so angekommen vorher.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann nur eine kurze Nachfrage, Herr Vorsitzender. - Es ist bei Ihnen nicht angekommen, weil es dazu keine einheitliche Kommunikation seitens der Amerikaner gab oder weil der Weg zu den Amerikanern unterbrochen gewesen ist? Also keine Inhalte von Meldungen und so, einfach nur so die Frage: War das ein Kommunikationsproblem zwischen Ihnen und den Amerikanern?

Zeuge M. S.: Also, tatsächlich ist es so, dass kurz vor knapp aufgrund der Dynamik die Kommunikation nicht vollständig bis zu dem Zeitpunkt Fall Kabul stattgefunden hat. Aber das war, ich sage jetzt mal, in dem Sinne kein böser Wille, sondern aus unserer Wahrnehmung einfach die Dynamik der Ereignisse, die die Konzentration auf das eigene Geschäft gefordert haben.

(Der Zeuge blickt zu Vertretern der Bundesregierung)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Zeuge, erlauben Sie mir den Hinweis, dass die Fragen sich ausschließlich an Sie selbst richten und Sie insofern keine Orientierung bei anderen nehmen sollten - wenn ich mir das erlauben darf. - Und das andere: Das Geräusch war, glaube ich, liberale Vorfreude. Das ist ein anderer Punkt.

(ORR Michael Steppan
(BKAmT) meldet sich zu
Wort)

Aber ich habe nicht die Bundesregierung angesprochen gehabt, sondern den Zeugen eben. - Die Bundesregierung hat jetzt das Wort.

ORR Michael Steppan (BKAmT): Danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

ORR Michael Steppan (BKAmT): Ich möchte bloß vorsorglich darauf hinweisen, dass keine Angaben über die Kommunikation mit ausländischen Nachrichtendiensten gemacht werden können. Das nur zur Klarstellung in diesem Zusammenhang, weil das so ein bisschen in diesen Bereich ging.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das nehmen wir zur Kenntnis; das ist so. Aber ich bitte darum, dass wir bei dem geordneten Verfahren bleiben. Wenn die Bundesregierung das Wort wünscht, dann meldet sie sich, und Fragen richten sich an den Zeugen, ohne dass der optische Hinweis entgegennimmt.

Dann geht das Fragerecht jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen, und die Frau Kollegin Nanni hat das Wort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag! - Ich würde einmal noch anfangen mit dem sogenannten Zweischichtsystem unter Coronabedingungen. Das war Teil Ihrer Realität im Untersuchungszeitraum, und Sie haben sich vielfach mit Ihrem Kollegen L. Z. bei der Leitung des Sachgebiets abgewechselt. Das können wir in einer Vielzahl von Übergabe-E-Mails in den Akten auch erkennen.

In seiner Befragung am 26.01. hier bei uns sagte Ihr Kollege O. W. aus, dass Corona die Arbeitsfähigkeit teilweise eingeschränkt hatte, und er sagte - das kann ich aus dem vorläufigen Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 26.01., Seite 15, zitieren -:

Wir haben die Berichterstattung
etwas reduzieren müssen - das ist
klar - in den Bereichen, die für die



Nichtöffentlich

Sicherheitslage nicht so entscheidend waren, ein bisschen im politischen, ein bisschen im wirtschaftlichen Bereich, das ja. Aber wir haben trotzdem in diesem gesamten Zeitraum über 300 Berichte - also in dem Untersuchungszeitraum - geschrieben, auch während der Covid-Zeit.

Sie haben ja gerade beim Kollegen auch schon teilweise dazu Stellung genommen. Ich habe einen Widerspruch rausgehört in der Antwort, die Sie dem Kollegen Röwekamp gegeben haben. Sie haben nämlich einerseits gesagt, dass natürlich die Anzahl der Ohren und Augen vor Ort die Berichte besser oder schlechter macht. Und auf die explizite Nachfrage, ob das an der Qualität etwas geändert habe, haben Sie das verneint. Können Sie das vielleicht noch mal in Einklang bringen?

Zeuge M. S.: Gerne. - Die Summe der vorhandenen Informationen bzw. die Konkretisierung des Lagebilds entscheidet eigentlich darüber, wie häufig wir berichten. Das ist das, was der Kollege auch gesagt hat, was Sie auch zitiert haben: dass das runtergegangen ist. Die Qualität ist aber, sage ich mal, die handwerkliche Konsistenz des Produkts sozusagen. So habe ich die Frage zumindest verstanden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Bedeutung würden Sie dem Faktor Zeit - also: wann kann ich Bedarfsträger informieren? - beimessen bei der Bewertung der Qualität der Bedarfsträgebefriedigung sozusagen?

Zeuge M. S.: Können Sie die Frage bitte noch mal erläutern?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, wenn Ihnen Informationen in guter Qualität heute vorliegen oder in vier Tagen, dann kann das ja für Ihre Beratungsleistung, die Sie gegenüber den Bedarfsträgern haben, einen wesentlichen Unterschied machen. Wie würden Sie das einschätzen?

Zeuge M. S.: Also, wenn wir eine Information vorliegen haben, wo wir sagen, dass man die

plausibel einordnen kann, dann wird, wenn sie auch von uns, sagen wir mal, als entsprechend relevant erachtet wird - - dass sie frühzeitig transportiert wird, das heißt so schnell als irgendwie möglich, und dann im Nachgang noch mal weiter geschaut wird: „Wie entwickelt sich das denn?“, um dann vielleicht noch mal im Bedarfsträgerinteresse nachzulegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hintergrund der Frage sind natürlich insbesondere die Entwicklungen ab Juli und dann sozusagen bis hin zum Fall von Kabul. Was würden Sie sagen: Im Vergleich zu - zum Beispiel - einem Jahr vorher, wie hat sich die Dichte verändert der Informationen und auch der Schnelligkeit? Also, wann ist ein Event passiert? Wir sehen das ja auch teilweise in den Geheimdokumenten: Wann ist das Event passiert, wann wurde eine Meldung dazu über eine Quelle verfasst, und wann kann das weitergeleitet werden? Wie würden Sie die Veränderungen im Juli 21, jetzt als Beispiel, und Juli 20 beschreiben?

Zeuge M. S.: Primär: Im Sommer 21 war die Gesamtheit der verfügbaren Informationen eigentlich dadurch geprägt, dass wir den Abzug vorher hatten. Das heißt also, da kam von dem, was wir vorher, sage ich mal, über Verbündete oder das Bündnis bekommen haben - - Die Informationen, die hatten natürlich quasi abgenommen auf - bis zum Abzug dann - null.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zum Abzug null.

Zeuge M. S.: Also dann zum Abzug null. - Das heißt, wir waren dort auf die Möglichkeiten, die wir hatten, auch unter Berücksichtigung der Pandemiebedingungen, die da teilweise mit reinspielen, die auch von meinem Kollegen dargestellt wurden - - waren wir dort schon etwas eingeschränkt, was die Summe der Informationen - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir jetzt sagen: „Juli 20 ist 100, und der Abzug ist null“, was würden Sie sagen: Wann hat sich sozusagen die Dichte des Aufkommens in etwa halbiert?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Das kann man schwer in Zahlen fassen aus meiner Sicht; denn die Quantität ist das eine. Das ist durchaus auch wichtig.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können es gerne auch qualitativ einschätzen.

Zeuge M. S.: Das ist durchaus das eine, die Quantität, weil es hilft, ich sage mal, wie ein Puzzle das Ganze zusammenzusetzen, auch wenn im Zweifel wesentliche Teile fehlen. Das ist natürlich, wenn man tatsächlich hochwertige Informationen hat, etwas einfacher, Referenzpunkte zu bilden, das zu bewerten und entsprechend in ein Lagebild zu verpacken. Aber man kann in der Summe sagen, dass der Informationszugang erheblich zurückgegangen ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hochwertige Informationen zum Beispiel zu den Dingen, die später auch in den Berichten im Bundeskanzleramt als Kippunkte bezeichnet wurden. Angerissen wurde ja auch schon die Frage nach dem Umfeld von Ghani. Würden Sie sagen, das sind so Hochwertinformationen, die dann bis zum Punkt null trotzdem auch noch vorhanden waren?

Zeuge M. S.: Die Informationen - - Oder andersrum gesagt: Man müsste ja irgendwo die Möglichkeit haben, wenn man solche Punkte formuliert, sie dann auch zu bewerten: Wird der erreicht oder nicht? - Wir sind davon ausgegangen, dass wir diese Informationen verfügbar machen können.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine wichtige Information. Also, Sie sind davon ausgegangen, dass zu den Punkten, die als Kippunkte definiert worden sind einige Tage vor dem Fall von Kabul - - dass Sie sozusagen, bis das dann auf null runtergegangen ist, auch noch diese Informationen bereitstellen konnten.

Zeuge M. S.: Ja. Die Frage ist halt nur, auf welcher Zeitlinie. Das ist dann wieder das andere.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da würden Sie welche Einschätzung zu abgeben?

Zeuge M. S.: Das kann man - - Das ist eine Einzelfallsache, weil Sie ja nicht wissen, welche Informationen Sie bekommen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen ja, welche Sie bekommen haben.

Zeuge M. S.: Ja, das ist richtig. Man identifiziert eben dann auch noch Bedarfe, und man kommt dann irgendwann an den Punkt, wo man sagen kann: Okay, jetzt ist es genug. - Dann wird es diskutiert, und dann kommt man zu einem Votum, wo man sagt: Okay, jetzt wäre - zum Beispiel, theoretisch gesprochen - Kippunkt eins erreicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da waren die Events dann schneller als Ihre Informationslage?

Zeuge M. S.: Das ist korrekt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Das ist korrekt.“ Danke schön. - Dann habe ich noch eine Frage zur internen Aufstellung zur Zusammenarbeit. Sie haben ja dem Kollegen schon berichtet, dass es Diskussionen gab über bestimmte Sachverhalte. Wozu Sie nicht ausgeführt haben, war, welcher inhaltlichen Natur diese Diskussionen waren. Können Sie sich an Diskussionen erinnern, wo Sie sagen: „Da haben wir verschiedene Positionen vertreten“, also, wenn ja, welche Inhalte das waren?

Zeuge M. S.: Es wurden auch vorhin angesprochen bereits im Gespräch die verschiedenen Inhalte, die wir im Referat bearbeiten. Und dadurch, dass das ja auf der einen Seite die afghanische Regierung, auf der anderen Seite die Militanz ist, gibt es da natürlich ein Spannungsfeld logischerweise in der Frage: Wer setzt sich denn möglicherweise weshalb durch? Das ist zum Beispiel ein Themenfeld, was man diskutieren kann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und darüber hatten Sie unterschiedliche Auffassungen zunächst am Anfang der Diskussion mit dem Sachgebietsleiter LBAA?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Dass man unterschiedlicher Auffassung ist, ist nichts Ungewöhnliches.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war denn Ihre Auffassung in der Diskussion am Anfang?

Zeuge M. S.: Die Schwierigkeit entsteht da, wo man erst mal sich gegenseitig die Ausgangspunkte schildern muss, woher die Überlegungen noch mal kommen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihen Sie, wenn ich Sie noch mal unterbreche.

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was war denn sozusagen Ihr Pitch, den Sie in der Debatte gemacht haben, inhaltlich?

Zeuge M. S.: Zu welchem Punkt?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem Punkt, den Sie gerade angesprochen haben: Wer wird sich am Ende durchsetzen, Militanz oder afghanische Regierung?

Zeuge M. S.: An der Stelle muss ich sagen, dass ich ja hauptsächlich Politik und den Bereich Wirtschaft bearbeitet habe und ein wesentliches Moment der Durchsetzungsfähigkeit auch das afghanische Militär war. Also, das ist eine entscheidende Frage in dem Punkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das verstehe ich jetzt nicht ganz. Weil Sie haben ja gesagt: Es gab Diskussionen. - Dann habe ich Sie gefragt: Welcher inhaltlichen Art, zum Beispiel?

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie als Beispiel rausgesucht die Frage: Wie verhält sich das, afghanische Regierung/Militanz? - Das haben Sie ja selber als Beispiel ausgesucht einer Debatte.

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt sagen Sie aber, eigentlich hatten Sie da gar keinen inhaltlichen Pitch. Das verstehe ich nicht so ganz.

Zeuge M. S.: Es gibt ja mehrere Dimensionen. Ich habe das vorhin ja ausgeführt. Man kann es nicht voneinander trennen, dass man Politik, Wirtschaft und auch Militär - in dem Fall Militär versus Militanz - zusammen beschreibt. Und es gibt ja auch mehrere Prozesse, die parallel abgelaufen sind - also einmal den Doha-Prozess. Der war dann eher mit meinem Blickwinkel, also dem politischen. Und deswegen habe ich das Beispiel gewählt. Darunter oder daneben musste man aber irgendwo auch das Militärische legen, um die Frage nachher beantworten zu können, also diese Diskussion in Gang zu bringen und dann nachher zu einem Konsens zu finden: In welche Richtung geht es denn?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch dran erinnern, wie Sie sich in der Diskussion eingebracht haben inhaltlich? Frage ich jetzt noch einmal.

Zeuge M. S.: Ja, das sind lange Diskussionen gewesen. Aber vom Standpunkt her war es so, dass politisch für mich der Punkt war, dass die Republik versuchen wird, Maximalforderungen durchzusetzen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende des Zeitraums. - Das Fragerecht geht zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Guten Abend, Herr S.! - Aus den Unterlagen wissen wir, dass der Sonderbeauftragte der Bundesregierung, der Markus Potzel, schon vor der Unterzeichnung des Doha-Abkommens über die geheimen Annexe informiert war und diese auch einsehen durfte. Das ist Fundstelle MAT A BKAmT-3.60, Blatt 27. Die Bundesregierung hatte diesen ja auch grundsätzlich zugestimmt.

Die Frage ist: Wann erfuhr der Bundesnachrichtendienst und wann erfuhren Sie persönlich von den Inhalten dieser geheimen Zusatzvereinbarung und der Tatsache, dass die der Bundesregierung bekannt waren?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Das kann ich aus meiner eigenen Wahrnehmung so nicht schildern, weil ich erst am 01.04. tatsächlich in Verantwortung gekommen bin. Ich kann nur sagen, dass zu diesem Zeitpunkt Kenntnis herrschte.

Stefan Keuter (AfD): Zum 01.04. hatten Sie Kenntnis?

Zeuge M. S.: Es herrschte Kenntnis im Referat.

Stefan Keuter (AfD): Okay.

Zeuge M. S.: Also, ich wusste, dass es dort im Referat ist, und dann habe ich dort in der Folge Kenntnis genommen, also noch im April.

Stefan Keuter (AfD): Wen von Ihren Kollegen oder Vorgesetzten müssten wir dazu befragen, wenn wir da genauere Informationen zu haben wollten?

Zeuge M. S.: Der Kollege, der bereits hier war, wüsste das, aus meiner Sicht, und natürlich der Referatsleiter, dem die Gesamtverantwortung obliegt.

Stefan Keuter (AfD): Haben Sie Initialen da für uns?

Zeuge M. S.: R. S., O. W.

Stefan Keuter (AfD): R. S. und O. W. Prima. Vielen Dank. - Aus den Unterlagen wissen wir ferner, dass die USA sich im Doha-Abkommen dazu verpflichtet hatten, den Taliban Standorte deutscher Truppen und Truppenstärken zu nennen. Das haben wir der Fundstelle MAT A BND-3.76, Blatt 378 entnommen. Eine BND-Unterlage spricht diesbezüglich von - ich zitiere - „nicht abzuschätzendes Gefährdungspotential“. Das ist MAT A BND-3.53, Blatt 250. Ihr Kollege W. hat uns dann im Januar hier im Untersuchungsausschuss bestätigt, dass die USA dies dann auch in die Tat umgesetzt haben. Das hat uns natürlich wirklich sehr verblüfft, weil schließlich die USA in Afghanistan ja unser Verbündeter waren. Wir konnten das kaum glauben.

Deshalb noch einmal die Frage: Haben die USA nach Ihrem Kenntnisstand nur einmalig - das heißt, etwa kurz nach dem Abschluss des Doha-Abkommens oder gegebenenfalls davor - die Standorte und Bewegungen unserer in Afghanistan eingesetzten Bundeswehreinheiten angezeigt oder auch während des gesamten Untersuchungszeitraums?

Zeuge M. S.: Darüber habe ich keine Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung. Ich darf nur darauf hinweisen, wenn Sie Wir-Formulierungen verwenden: Sie sollten nicht für den Ausschuss sprechen, sondern - -

Stefan Keuter (AfD): Wir sprechen über unsere Fraktion. Jetzt fragt ja auch die Fraktion der AfD, also wir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist in Ordnung. Vielleicht fügen Sie das dann hinzu.

Stefan Keuter (AfD): Ja. Danke, dass Sie das noch mal klargestellt haben, Herr Vorsitzender. - Ist es korrekt, dass sich die USA in den geheimen Zusatzvereinbarungen zum Doha-Abkommen dazu verpflichtet haben, nicht nur die Standorte der deutschen Bundeswehreinheiten an die Taliban zu übermitteln, sondern auch die Standorte unserer Entwicklungshilfeprojekte? Oder wissen Sie darüber dann folglich wahrscheinlich auch nichts, oder?

Zeuge M. S.: Hierzu mache ich an der Stelle keine Aussage. Das ist eingestufte Information.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Aber in eingestufter Sitzung können Sie dazu weitere Ausführungen machen?

Zeuge M. S.: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Danke. - Bekanntlich informierte der US-Sonderbeauftragte Khalilzad ja bereits im August 2019 während seines Besuches in Berlin die Bundesregierung über die Grundzüge des späteren in Doha abgeschlossenen Abkommens mit den Taliban und legte hierbei auch eine schriftliche Fassung vor, die sich im



Nichtöffentlich

Wesentlichen mit dem späteren Doha-Abkommen deckte; Fundstelle: MAT A AA-8.452, Blatt 20 bis 21 und die Bundestagsdrucksache 20/4966, Seite 3.

Dazu die Fragen: Wie gut und wie eng war Ihres Wissens nach die Zusammenarbeit zwischen Khalilzad und der Bundesregierung? Und wissen Sie, inwieweit die Bundesregierung mit den Inhalten dieser Vorabversion des Doha-Abkommens einverstanden war und dieses mittrug? Was können Sie uns über die Inhalte dieser Vorabversion des Abkommens sagen?

Zeuge M. S.: Zu den Abstimmungen von Zalmay Khalilzad mit der Bundesregierung habe ich keine Kenntnis.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Wie schätzen Sie während des Untersuchungszeitraums den US-amerikanischen Sonderbeauftragten Zalmay Khalilzad ein? Und hat es Sie überrascht, dass Khalilzad auch unter Biden im Amt verblieb und, wenn nein, warum nicht?

Zeuge M. S.: Zalmay Khalilzad war aufgrund seiner Vergangenheit und aufgrund seiner Provenienz natürlich eine gute Basis, um, sagen wir mal, zwischen zwei Seiten in Afghanistan zu vermitteln. Er ist deshalb aus meiner Wahrnehmung im Amt geblieben, dass man hier auf einen aus unserer Wahrnehmung verlässlichen Partner, also seitens der US-Regierung, zurückgegriffen hat, um da keinen Bruch in einer entscheidenden Phase herbeizuführen.

Stefan Keuter (AfD): Danke. - Ihr Kollege Herr W. hat uns hier im Januar mitgeteilt, dass der BND bereits im Jahr 2013 der Bundesregierung dargelegt habe, dass bei einer sich verringernden westlichen Unterstützung die ANDSF nicht in der Lage sein würde, den Staat gegen die Taliban zu verteidigen. Das entstammt dem Protokoll der UA-Sitzung vom 26. Januar 23, Seite 17, die Fundstelle. Weiter habe der BND schon im Jahr 2016 eine deutliche Motivationssenkung in den ANDSF feststellen können.

Dazu die Frage: Inwieweit beeinflusste diese Prognose und dieses Wissen Ihres Dienstes Ihre Arbeit während des Untersuchungszeitraums?

Zeuge M. S.: Die Darstellung ist zwar zutreffend, sowohl was 2013 angeht und als 2016 ff. Die Anknüpfungspunkte wurden aus der Sicht fortgeschrieben. Das heißt also, durchaus wurde dieses Wissen natürlich genutzt. Nichtsdestotrotz, muss man sagen, gehört es auch ein Stück weit zur Professionalität, insgesamt, wenn da Gesamtbetrachtungen angestellt werden, ähnlich wie 2013, noch mal das Gesamte komplett zu betrachten und das historische Wissen als solches zwar zu kennen, aber nicht zwingend eins zu eins zu übernehmen, das heißt also, sich ein Urteil zu bilden, das sich an der tatsächlichen Lage orientiert.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Wir machen in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist schön. - Dann geht es weiter zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr S.! - Ich möchte auch noch mal zum Thema Kippunkte zurückkommen. Wir haben in MAT A BND-4.06 VS-NfD, Blatt 52, eine Auflistung der BND-Einschätzungen zur Entwicklung in Afghanistan vorliegen. Und darin heißt es - ich zitiere -:

SC an BK Amt 12.8. --> ...

Hinter diesem Pfeil ist es geschwärzt. Und dann:

Kippunkte (... Nahezu vollständige Isolierung Kabulstadt ... bis 30 Tage)

Diese Schwärzung ist am Rande begründet mit dem Vermerk „AND-V“. Und damit liegt es ja nahe, dass es sich um eine Information eines ausländischen Dienstes handelt. Meine Frage wäre, ob ausländische Dienste ebenfalls Kippunkte identifiziert haben.



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Es gehört zum Instrumentarium, Indikatoren zu definieren. Inwiefern hier Kippunkte definiert wurden, kann ich von meiner Wahrnehmung her nicht sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das wissen Sie also nicht, ob andere Dienste auch Kippunkte identifiziert haben und diese mit Ihnen geteilt haben?

Zeuge M. S.: Wir hatten sehr wohl Indikatoren besprochen. Ob man die jetzt ex post als Kippunkte bezeichnet, wäre etwas zu sehr verengend. Aber natürlich beschreiben Indikatoren auch ein Stück weit - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wann war das? Wann hatten Sie von den Kippunkten oder Indikatoren anderer Dienste Kenntnis? Wann war diese Besprechung, von der Sie gerade geredet haben?

Zeuge M. S.: Es gab mit - - Wir hatten ja regelmäßig, ich habe ja vorhin gesagt, Gespräche. Also, so singular kann man es eigentlich kaum verengen, also auf einen Termin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber können Sie vielleicht versuchen, das mal einzugrenzen? War das ein paar Tage, erst - - War das August 2021? Oder war das 2020 oder - - Also irgendwie ein bisschen versuchen, mal konkret zu werden?

Zeuge M. S.: Ja. Die Problematik ist: Da wir fortwährend mit Diensten sprechen und auch das Thema „Lage und wie verändert sie sich?“ immer mit Indikatoren belegt ist, lässt sich das schwer eingrenzen. Wir haben das fortwährend im Diskurs vor dem Fall auch getan.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und haben sich die Kriterien sehr unterschieden, oder waren die deckungsgleich?

(ORR Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Regierung hat das Wort.

ORR Michael Steppan (BKAm): Danke schön. - Es geht jetzt gerade um den Inhalt und die Daten eines Austauschs mit einem ausländischen Nachrichtendienst. Insofern können wir leider keine Angaben dazu machen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Ich nehme das zur Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: ... (akustisch unverständlich) in dem Fall unmittelbar an.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann würde ich gerne was anderes fragen, und zwar: Uns liegt eine E-Mail vor - MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 49 - vom 12. August 2021, also zwei Tage vor der Räumung der Green Zone und drei Tage vor der Evakuierung der Botschaft, in der Sie an den Point of Contact der Tageslage des Auswärtigen Amtes bezüglich des BND-Anteils an der Lage des Auswärtigen Amtes schreiben. Es ist also von Ihnen. Aus dieser Mail geht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt die vorherrschende Meinung der Auswertung des BND war, dass sich die USA aufgrund der Bedeutung Afghanistans und auch aufgrund des damit verbundenen internen Drucks auch nach dem offiziellen Abzug weiter militärisch in Afghanistan engagieren würden. Und dazu schreiben Sie weiter - ich zitiere -:

LASE regt an diesen Einschätzung abzuschwächen. US-Präsident BIDEN, sowie das DoD und das DoS betonten zuletzt mehrmals die Entscheidung zum Abzug nicht rückgängig zu machen. Hiesiger Bewertung nach ist es aber wahrscheinlich, dass die USA ihre Luftangriffe zur Unterstützung der ANDSF auch über den 31.08.2021 hinaus aufrecht erhalten werden. Ein umfassender Militäreinsatz ist aber aktuell eher unwahrscheinlich.

Meine Frage wäre, ob Sie uns erläutern können, wie Sie in Abteilung LBA zu dem Schluss gekommen sind, dass Sie die Pläne der USA besser einschätzen können als die mit den USA befasste Fachabteilung, weil Sie ja sagen, dort wäre die Bitte gewesen, die Einschätzung abzuschwächen,



Nichtöffentlich

und da hatten Sie offensichtlich ein bisschen Bedenken dagegen.

Zeuge M. S.: Ich glaube, andersrum wird ein Schuh draus: dass unsere Counterparts, die sich mit den anderen Teilen befasst haben, also unseren westlichen Partnern in dem Fall, die Abschwächung der Aussagen des Auswärtigen Amtes in seiner Tageslage erreichen wollten. So rum ist das zu verstehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie das noch mal weiter ausführen, dass man noch mal besser versteht, was Sie damit meinen?

Zeuge M. S.: Dass man diese Aussage, die Sie gerade vorhin verlesen haben, von der Tageslage, dass man diese abschwächt, das heißt also in der Deutlichkeit herunternimmt, was das Engagement angeht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm. - Sie haben ja geschrieben, dass ein umfassender Militäreinsatz der USA eher unwahrscheinlich sei. Das bedeutet, dass Sie davon ausgehen, dass die Wahrscheinlichkeit für einen umfassenden Einsatz des US-Militärs nach dem offiziellen Abzug aus Afghanistan bei zwischen 20 und 50 Prozent liegen würde. Ist das richtig?

Zeuge M. S.: Können Sie das noch mal sagen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben geschrieben, dass ein umfassender Militäreinsatz der USA eher unwahrscheinlich sei. Das bedeutet, dass Sie davon ausgingen, dass die Wahrscheinlichkeit für einen umfassenden Einsatz - also umgekehrt gesprochen sozusagen - nach dem offiziellen Abzug aus Afghanistan bei zwischen 20 und 50 Prozent liegen würde. Ist das richtig?

Zeuge M. S.: In der Terminologie, ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Okay. Gut. Danke. - Dann weiß ich nicht, ob ich noch ein bisschen Zeit habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Dann würde mich noch interessieren: Sie kennen ja sicherlich den sicherheitspolitischen Jour fixe zu Afghanistan. Der wurde per 7. Juli 2021 eingestellt und war dann nur noch vierteljährlich vorgesehen als weiter gefasste Staatssekretärsrunde Afghanistan und Sahel. Ist da Ihre Fachabteilung dazu gefragt worden, ob das sinnvoll ist, so diesen Rhythmus zu ändern? Oder haben Sie davon überhaupt Kenntnis gehabt?

Zeuge M. S.: Daran kann ich mich nicht erinnern, nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Würden Sie denn auf Basis Ihrer Einschätzung der damaligen Lage in Afghanistan sagen, dass das eine angemessene Entscheidung war? Das ist jetzt eine persönliche Meinung, die ich von Ihnen erfrage. Sie dürfen auch gerne persönliche Meinungen abgeben.

Zeuge M. S.: Sie reden von welchem Zeitpunkt bitte noch mal?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vom 7. Juli 2021.

Zeuge M. S.: Also, grundsätzlich bewerte ich die Positionierung und die Handlungen der Bundesregierung an sich nicht. Das ist nicht meine Aufgabe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm.

Zeuge M. S.: Und so gesehen lag es in meiner Zuständigkeit, mich auf Afghanistan zu konzentrieren, was ich auch getan habe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und ab welchem Zeitpunkt hätte man Ihrer Meinung nach - - Oder hatten Sie vielleicht den persönlichen Drang, dass man gesagt hat, man müsste einen Krisenstab einrichten? Oder wann hatten Sie das Gefühl, dass jetzt Alarmstufe Rot ist; man muss jetzt was machen?

Zeuge M. S.: Der Punkt der Lageverschärfung im August ist ja allgemein bekannt, also in den letz-



Nichtöffentlich

ten, sage ich mal, grob neun Tagen. Die Schwierigkeit dahin gehend war aus unserer Sicht heraus, zu fragen, wie resilient die Republik noch ist. Und dahin gehend ist es tatsächlich so, dass die Lageentwicklung, wie schon dargestellt, sehr schnell vorangeschritten ist. Also, ich hatte tatsächlich zum Zeitpunkt um die Sitzung des Krisenstabes die Notwendigkeit für richtig erachtet, das zu tun.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich noch eine Nachfrage stellen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Sie sprachen gerade von der Resilienz. Ich meine, ein letzter Baustein sozusagen war ja auch, wie sich die afghanische Regierung und auch die Kabuler Eliten gegenüber den Taliban verhalten würden. Hatten Sie da Zugang dazu und Informationen, inwieweit dort Kontakte zwischen den genannten Personengruppen und den Taliban waren und ob es da auch Kooperationen oder Kollaborationen gab?

Zeuge M. S.: Wir hatten Informationen zu Kommunikation, ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und worin bestand die?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt - -

Zeuge M. S.: Jetzt sind wir etwas inhaltlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir über die Zeit.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Für die Runde danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war die erste Runde. Ja, das wird ja spannend nachher in der Fortsetzung. - Das Fragerecht geht an die SPD-Fraktion, an die Kollegin Yüksel.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von meiner Seite guten Abend, Herr S.! - Ich würde gerne noch mal kurz einige

Fragen zur Lageentwicklung im August stellen. Und zwar gab es am Freitag, den 13. August, ja die erste Sitzung des Krisenstabs der Bundesregierung, auf MAT A BMVg-5.04 VS-NfD, Blatt 60 zu finden. Aus den Unterlagen ergeht, dass Sie an dieser Krisenstabssitzung teilgenommen haben. Ist das zutreffend?

Zeuge M. S.: Nein.

Gülistan Yüksel (SPD): Wissen Sie, ob das Bundeskanzleramt vertreten war?

Zeuge M. S.: Ich war selber nicht vor Ort.

Gülistan Yüksel (SPD): Aber Sie haben auch keine Kenntnis darüber?

Zeuge M. S.: Nein. Über die Teilnehmerschaft keine Kenntnis, zumindest was das Bundeskanzleramt angeht.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie uns denn sagen, ob vom BND überhaupt jemand vertreten war in dieser Sitzung?

Zeuge M. S.: Ja. Nach meiner Kenntnis waren es drei.

Gülistan Yüksel (SPD): Drei. Können die Namen genannt werden?

Zeuge M. S.: Nein.

Gülistan Yüksel (SPD): Nein. - Initialen? Aber dann die Initialen eventuell?

Zeuge M. S.: Ja. O. W., R. S., T. U.

Gülistan Yüksel (SPD): Herzlichen Dank. - Dann möchte ich noch mal aus MAT A BMVg-5.173 VS-NfD, Blatt 66 bis 69 zitieren. In dem Ergebnisvermerk des Auswärtigen Amts zu dieser Sitzung wird die Position des BND wie folgt festgehalten:

Übernahme Kabuls durch TLB

- Taliban -



Nichtöffentlich

vor 11.9. eher unwahrscheinlich.

War damit hier erstmals auch inkludiert, dass Kabul ohne militärischen Kampf an die Taliban fallen könnte?

Zeuge M. S.: Ja, das war inkludiert. Tatsächlich hatten die Taliban das ja sogar selbst adressiert, dass es eigentlich nicht die Absicht sei, Kabul militärisch zu nehmen.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie auch noch mal sagen, wie das dann zu einer Veränderung des Bewertungsprozesses vom 12. auf den 13. August gekommen ist? Also: Welche Erkenntnisse haben dazu geführt, dass es dann eben sich verändert hat, diese Bewertung? Was hat dazu beitragen, dass - -

Zeuge M. S.: Die Bewertung hat sich aus Ihrer Sicht verändert?

Gülistan Yüksel (SPD): Ja, vom 12. auf den 13. Das war ja „eher wahrscheinlich“, und dann ist es „eher unwahrscheinlich“ geworden.

Zeuge M. S.: Da müsste ich jetzt die Unterlagen noch mal sehen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Diese Einschätzung, wie sie hier in der Anlage 21 drin ist, deckt sich mit meiner Erinnerung. So viel kann ich dazu sagen. Diese Einschätzung deckt sich also mit dem, wo ich mich erinnere.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Zeuge M. S.: Diese Einschätzung, die hier in der Anlage verfasst ist, niedergelegt ist, deckt sich mit meiner Erinnerung.

Jörg Nürnberger (SPD): Darf ich an dieser Stelle nur nachfragen, weil es sich auf den Punkt bezieht, den ich vorhin als Letztes gefragt habe? Da habe ich Sie damit konfrontiert, dass die Aussage bis zum 12. August Übernahme Kabul innerhalb

der nächsten bis zu 30 Tage „unwahrscheinlich“ sei. Und darauf bezieht sich die Frage der Kollegin, wie diese Änderung in „eher unwahrscheinlich“ zustande gekommen ist.

Zeuge M. S.: Ja, das lässt sich, sagen wir, aus der Dynamik der Lage erklären. Wir haben sehr wohl wahrgenommen, dass der Druck sich landesweit erhöht. Und dahin gehend wurde die Bewertung angepasst.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt das Wort „Druck“ benutzt. Bedeutet „Druck“ in diesem Zusammenhang die militärischen Erfolge der Taliban, Geländegewinne der Taliban, verstärkte militärische Aktivitäten der Taliban? Oder wie muss ich den Begriff „Druck“ in diesem Zusammenhang verstehen?

Zeuge M. S.: Druck in dem Fall als Kombination aus militärischem Vorgehen und tatsächlich Raumgewinnen auch ohne militärische Konfrontation.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist dann „Druck“ ein Synonym dafür, dass sich die afghanischen Taliban dem Machtzentrum der Hauptstadt Kabul und anderen, den regionalen Zentren sehr schnell genähert haben und dort in dem Umfeld die Kontrolle übernommen haben?

Zeuge M. S.: Das lässt sich so generell nicht bestätigen, da bereits im Vorhinein vor allem in ländlichen Räumen um bedeutende Zentren herum aus unserer Bewertung die Lage so weit gediehen war, dass wir sagen konnten, hier besteht tatsächlich maßgeblicher Einfluss oder Kontrolle, sodass der, ich sage mal, Sprung, wenn man es so sagen will, zum Provinzzentrum gar nicht - in Führungsstrichen - so groß war.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es den Taliban gelungen, die Situation, die Sie jetzt beschrieben haben, ganz überwiegend gewaltfrei herbeizuführen? Weil Sie ja in Ihrer vorherigen Aussage erklärt haben, dass es nicht nur mit militärischen Mitteln der Fall war.

Zeuge M. S.: Das müsste man jetzt regional differenzieren. Es hat beides Anwendung gefunden.



Nichtöffentlich

Also, man kann sagen, dass es durchaus militärische Konfrontation gegeben hat. Vor allem war das zu beobachten in den südlichen Teilen des Landes - und in anderen Regionen, auch teilweise in anderen Bereichen im Norden eher weniger bzw. eher fokussiert auf Punkte. Das heißt also, es kam beides zur Anwendung. Wir haben das in der Berichterstattung unter dem großen Titel „Fight and Talk“, „Reden und Schießen“, subsumiert. Diese Vorgehensweise hat da Anwendung gefunden.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es in den Regionen, in denen militärische Handlungen zur Übernahme der Macht durch die Taliban geführt haben, aus Ihrer Sicht einen nennenswerten Widerstand der afghanischen Verteidigungskräfte? Und ich beziehe mich auf den Zeitpunkt vor dem Fall der Hauptstadt Kabul.

Zeuge M. S.: Ja, gab es, nach meiner Wahrnehmung.

Jörg Nürnberger (SPD): Mit entsprechenden auch Verlusten an Menschenleben durch die Gefechte, die dort stattgefunden haben?

Zeuge M. S.: Das kann ich jetzt so im Einzelnen nicht beziffern. Aber es ist anzunehmen.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich habe noch mal kurz - - Darauf möchte ich gern noch mal eingehen. Sie waren ja kein Teilnehmer der Krisenstabssitzung, hatten Sie ja eben gesagt. Aber können Sie vielleicht sagen, ob Sie das mitbekommen haben, ob die Teilnehmer der Krisenstabssitzung die veränderte Lagebewertung auch - - dass das eben bei den anderen Ressorts auch angekommen ist? Hatten Sie da Informationen drüber? Weil es ist ja verändert worden. Ich weiß nicht, ob der BND in der Krisenstabssitzung - - Sie waren ja nicht da. Ich weiß nicht, ob Sie dazu was sagen können, ob darauf hingewiesen worden ist, dass diese Bewertung eben verändert worden ist, und wie das eben bei den anderen Ressorts angekommen ist, ob Sie dazu was sagen können.

Zeuge M. S.: Das kann ich jetzt - - Ich war nicht dabei. Ich kann nicht sagen, ob die Botschaft - in

Anführungsstrichen - angekommen ist - da kann ich nichts zu sagen - und was wie genau gesagt worden ist. Ich kenne im besten Fall das Protokoll.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde ich gerne noch mal fragen, und zwar: In den Tagen vor dem Fall Kabuls gab es ja intensive Bemühungen seitens der USA, um doch noch eine Übergangsregierung unter Beteiligung der Taliban zu erreichen. Können Sie uns sagen, welche Erkenntnisse Sie darüber hatten und wie nah man dran war, zu diesem Zeitpunkt wirklich eine Verhandlungslösung hinzubekommen?

Zeuge M. S.: Ich kann Ihnen sagen, dass wir eben Informationen hatten, die diese Entwicklung, die Sie beschreiben, tatsächlich bestätigen, und dass die Möglichkeit bestand, zu einer politischen Lösung zu gelangen - nach unserer Wahrnehmung und Kenntnis tatsächlich, ich will nicht sagen, bis kurz vor knapp, aber tatsächlich sehr lange.

Gülistan Yüksel (SPD): Wie hat sich das dann entwickelt? Wenn Sie sagen, man war da so nah dran: Könnten Sie das auch noch mal ein bisschen näher erläutern?

Zeuge M. S.: Das referenziert jetzt vor allem auf die Gespräche, die rund um Doha gelaufen sind. Diese Gespräche haben in unterschiedlicher Intensität in Phasen zu- und abgenommen oder wurden mehr oder minder ergebnisreich geführt. Nichtsdestotrotz ist die Kommunikation bis zum Schluss dort gelaufen. Das heißt also, dort wurde versucht, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen.

Und die Bemühungen waren auch Ende Juli noch mal so sichtbar, als auch die Taliban noch mal klar formulierten: Wir würden einer Regierung ja zustimmen. - Und dann hatten sie auch Bedingungen genannt.

Gülistan Yüksel (SPD): Aus Ihren Erfahrungen: Woran ist es dann am Ende gescheitert? Könnten Sie das vielleicht noch mal so - - Wenn man so nah dran war, dann hofft man ja, dass es doch erfolgreich wird. Und dann scheitert es.



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Nun, letztlich sind das eigentlich - - Ja, es ist ein Amalgam aus mehreren Punkten. Einerseits ist ja afghanische Politik sehr personenzentriert. Das heißt also, auch bestimmte Interessen spielen da eine durchaus nicht zu vernachlässigende Rolle. Und auf der anderen Seite geht es schon dadrum, tatsächlich auch Verhandlungen so zu bestehen, dass man mindestens auf Augenhöhe - das ist ja so ein bisschen kulturell verankert - herauskommt und nicht als Verlierer letzten Endes gilt. Das sind aber Mechanismen, die eine Konsensfindung natürlich erschweren. Und das ist etwas, was wir beobachtet haben, was eigentlich den gesamten Prozess begleitet hat aus unserer Sicht und auch bis zum Schluss gewirkt hat.

Gülistan Yüksel (SPD): Okay. - Dann würde ich gerne von Ihnen noch mal wissen wollen, was Ihnen über die Geschehnisse in Kabul und eventuell auch Doha am 14. August 21 bekannt ist. Wissen Sie, ob es an diesem Tag zu Verhandlungen zwischen den USA und Taliban hinsichtlich einer geregelten Übergabe der Macht zum 31. August 2021 in Afghanistan gekommen ist? Ist Ihnen auch bekannt, ob es Gespräche zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban gab?

Zeuge M. S.: Am 14.08.?

Gülistan Yüksel (SPD): Genau: 14. August 21. Es sollte ja eine geregelte Übergabe geben zum 31. August in Afghanistan. Und dann, ob Ihnen dazu was bekannt ist, zwischen der afghanischen Regierung und der Taliban, ob es da Gespräche gab.

Zeuge M. S.: Ex post ja, weil dazu gibt es vom 6. April ein Statement des Weißen Hauses.

Gülistan Yüksel (SPD): Haben Sie weitere Erkenntnisse zu den relevanten Ereignissen an diesem Tag? Haben Sie da noch irgendwas?

Zeuge M. S.: Woran ich mich ein Stück weit erinnere, ist, dass - - Zumindest schien es in Kabul ruhig zu sein. Das war bezeichnend, zumindest von dem, was ich mitbekommen habe - was, sage

ich mal, die fortfolgende Phase bis zum 15. natürlich ein bisschen schwierig macht, also im Verständnis, wie es dann „so schnell“ - in Anführungsstrichen - kippen konnte.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich habe noch eine Frage, bevor ich das dann an meinen Kollegen weitergebe, und zwar: Am 15. August 21 wissen wir ja, dass der Staatspräsident Ghani das Land verlassen hat; die Taliban rückten in Kabul ein und besetzten den Präsidentenpalast. Welche weiteren Erkenntnisse haben Sie zu dem Geschehen an diesem Tag? Und vielleicht auch - zweite Frage -: Welche Rolle spielten nach Ihren Erkenntnissen die Vereinigten Arabischen Emirate bei der Flucht Ghanis?

Zeuge M. S.: Also, wesentlich prägend aus der Erinnerung, die ich habe, ist für den Tag einmal die Aufgabe der Green Zone durch die Sicherungstruppen der USA.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich habe das wieder - -

Zeuge M. S.: Die Aufgabe der Green Zone durch die Sicherungskräfte der USA. Und dann folgend tatsächlich die Flucht des Staatspräsidenten, wo ich sagen kann, dass die Vereinigten Arabischen Emirate wohl das Zielland final waren. Und dass in der Folge die Sicherheitskräfte dann ihre Waffen sozusagen außer Gebrauch gesetzt haben im Sinne von „niedergelegt“, zumindest in Teilen. Das sind so die prägenden Erinnerungen, die ich an den 15.08. hätte.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie auch noch mal vielleicht sagen, welche Beziehungen Ghani zu den Vereinigten Arabischen Emiraten hatte? Können Sie da auch was zu sagen?

Zeuge M. S.: Dazu kann ich tatsächlich nichts sagen, nein.

Gülistan Yüksel (SPD): Meine letzte Frage: Gab es ein Interesse der Emirate, die Friedensverhandlungen zu sabotieren und eine inklusive Lösung zu verhindern? Haben Sie da Erkenntnisse drüber?

Zeuge M. S.: Dazu habe ich keine Kenntnisse.



Nichtöffentlich

Gülistan Yüksel (SPD): Danke schön. - Dann übergebe ich an meinen Kollegen und danke Ihnen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte an der Stelle vielleicht noch mal einen Versuch unternehmen, eine gewisse Plastizität in der Beschreibung der Situation herzustellen, die an diesem Tag geherrscht hat. Ich möchte dazu einen historischen Vergleich heranziehen, der vielleicht nicht wirklich Parallelen aufzeigt, aber der auch mit technischer Aufklärung oder Aufklärung insgesamt zu tun hat.

Als die Sowjets und die verbündeten Warschauer-Pakt-Staaten 1968 in die Tschechoslowakei einmarschiert sind, erfolgte das auch von einem Tag auf den anderen. Es gab vorher gewisse Anzeichen oder auch nicht. Unsere deutschen Dienste - und das ist historisch nachweisbar - waren eigentlich in einem relativ ruhigen Modus. Plötzlich tauchten nachts um 11 Uhr extrem viele Funksprüche unerwarteterweise auf völlig unbekannten Frequenzen auf, die dann dazu geführt haben, dass eine Armee mit über 600 000 Leuten plötzlich die Tschechoslowakei besetzt hat.

Jetzt kann man die Taliban sicher nicht mit einer damals vielleicht noch besser organisierten sowjetischen Streitmacht vergleichen. Aber können Sie mir beschreiben aus Ihrer Wahrnehmung, wie das Informationsaufkommen an diesem Tag war? War dann plötzlich tatsächlich auch an den - - Konnten Sie da situativ mit zuschauen und mit Ihren Quellen nachverfolgen, wie sich die Situation quasi stündlich entwickelt? Oder war das eher immer nur mit Zeitverzug und mit Ihren entsprechenden Verfahren möglich, hinterher ebendiese Lagebewertungen durchzuführen? Oder war man da live und in Farbe mit dabei?

Zeuge M. S.: Ich kann Ihnen sagen, dass wir im Grunde genommen beides hatten, also sowohl Informationen, die ja aufgrund der Geschwindigkeit vor allem aus dem offenen Bereich fast, ich will nicht sagen, unmittelbar waren, aber sehr zeitnah, aber auch Informationen, die das mit einem Eindruck vor Ort verbunden haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Man muss ja festhalten, dass die Übernahme Kabuls in der Form, wie Sie sie jetzt beschrieben haben, mit einer Waffen-niederlegung der afghanischen Streitkräfte sicher eine Zäsur war, und zwar auch aus Ihrer Perspektive als Nachrichtendienst.

Ich möchte Ihnen zunächst die Frage stellen, was die Abkürzung Sachgebiet „TEEA“ bedeutet. Diese Abkürzung erschließt sich mir nicht. Aber das ist offensichtlich ein Sachgebiet bei Ihnen im Haus.

Zeuge M. S.: Es ist korrekt, dass das ein Sachgebiet darstellt. Das ist zumindest - - Es kommt drauf an, auf den Kontext. Das ist ein breit aufgefächertes Zuständigkeitsgebiet. Da muss man jetzt im Einzelnen sehen, in welchem Kontext Informationen hier vorliegen oder worauf Sie abheben.

Jörg Nürnberger (SPD): Mir geht es nur um die Abkürzung im Moment.

Zeuge M. S.: Ja. Das ist ein Sachgebiet aus der Abteilung, die sich unter anderem mit Terrorismus befasst hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. Danke für die Erklärung. - Da geht es um einen Mitarbeiter in einer Nachricht, in einer Mail - MAT A BND-3.160 VS-NfD, Blatt 39. Für diesen Mitarbeiter war vorgesehen - 15. August, muss man dazu sagen, ist dieses Mail datiert -, dass ein Einsatz bis in den März 2022 in Kabul vorzusehen war. Und ich darf zitieren aus dieser Nachricht:

Dass [REDACTED] Einsatz bis März 2022 vorgesehen war, belegt, wie weit unsere Behörde von den tatsächlichen Ereignissen vor Ort entfernt war/ist.

Es ist nicht so lange her, dass der Pr BND die Entsendung [REDACTED] nach Kabul als Meilenstein gefeiert hat und herausstellte, dass die AFG AND

- also der ausländische Nachrichtendienst -
uns dafür beglückwünscht haben.



Nichtöffentlich

Das sollte uns besonders nachdenklich stimmen.

Spätestens jetzt sollte man sich einmal darüber Gedanken machen, intern den eisernen Besen zu verwenden.

Nachdem man sich ja erfolgreich darum bemüht hat „die große Sause“ als Krieg zu deklarieren, darf man jetzt auch für den ersten verlorenen Krieg seit dem II. Weltkrieg gerade stehen.

Ich nehme an, dass Sie diese Nachricht nicht kennen.

Zeuge M. S.: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber es ist sehr dezidiert ausgedrückt, wie zumindest Teile Ihres Dienstes intern die Lage eingeschätzt haben. Wie würden Sie Ihre eigenen Reaktionen beschreiben? Waren die in einem ähnlich drastischen Ton gehalten? Oder wie haben Sie die Situation um diesen 15. August herum im Nachhinein analysiert?

Zeuge M. S.: Also, die unmittelbare Phase war natürlich geprägt von, ich sage mal, einer Fehler- suche, nach dem Motto: Wo hätten wir besser und wo hätten wir vielleicht früher oder anders handeln können? - Das ist auch tatsächlich etwas, was im Grunde genommen bis heute anhält. Also, es ist schon etwas, dass es natürlich in unserem ureigenen Interesse liegt, so etwas richtig zu prognostizieren und zeitgerecht zu prognostizieren. Und der Anspruch, da besser zu werden, der war natürlich die Triebfeder. Und da, sage ich mal, setzt auch dann später die Stellungnahme an, die vorhin bereits erfragt worden ist und die vom Referatsleiter erstellt wurde.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke für die Extrazeit.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Bonusminute gibt es vom neuen Vorsitzenden. Ich übernehme die Sitzungsleitung für die Dauer der Debatte, in der der Vorsitzende jetzt als

Sprecher auftritt. Ob ich das bei den anderen mache, muss ich mal schauen.

(Heiterkeit)

Das Fragerecht hat die Union, und das mache ich auch selber - mit oder ohne Bonus, überlege ich mir noch.

(Heiterkeit)

Gut. Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich möchte noch mal auf die auch eben erwähnte E-Mail vom 7. Juni zurückkommen, in der der Referatsleiter die Auswirkungen des Herunterfahrens des Aufklärungsansatzes auf das Lagebild eben sehr kritisch beschreibt mit dem Punkt: Der Abzug geht mit weitgehendem Verlust an Informationen von [REDACTED] einher, seit Frühjahr 2020 ist die [REDACTED] erheblich reduziert, und Kompensation der Verluste durch [REDACTED] sei unrealistisch.

Und dann ist noch ein Fazit drin: Force Protection bis zum 04.07. sei ein „Flug bei extrem schlechter Sicht“. Waren Sie auch an der Erstellung dieses Standpunktes beteiligt, und haben Sie das so gesehen und mitgetragen?

Zeuge M. S.: An der E-Mail selber war ich nicht beteiligt, an der Erstellung. Nichtsdestotrotz hat natürlich im täglichen Lagegespräch eine Erörterung stattgefunden. Die vorrangige Aufgabe war, eben dafür zu sorgen, dass vor allem deutsche Staatsbürger - konkret hier deutsche Soldaten; das war ja der Umfang der Force Protection im Gros - nicht zu Schaden kommen. Und dafür die bestmögliche Informationsabdeckung zu erlangen, war eben das Ziel. Durch den beschriebenen Prozess, den Sie dargelegt haben, ist natürlich dieser Punkt erreicht worden, wo wir gesagt haben: Wir müssen das können. - Und dahin geht der Verweis, den Sie hier aufführen, das Fazit.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wie sinnvoll war dann aus Ihrer Sicht die Konzentration auf Kabul, und welche Konsequenzen hatte dann ebendiese zunehmende Konzentration?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Das muss man in Kontext setzen tatsächlich mit dem Abzug. Wie vorhin beschrieben: Das Thema „Speichen einklappen“ hatte stattgefunden. Somit waren aus meiner Wahrnehmung die verbleibenden militärischen Kräfte dann vor allem zum Schluss beim Hauptquartier, und auch die wurden dann irgendwann abgezogen, sodass für die unmittelbare Force Protection der Ansatz durchaus zielführend war.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön. - Ich nenne für das Protokoll noch mal die MAT-Nummer zu der erwähnten E-Mail: MAT A BND-3.158 VS-NfD, Blatt 80 bis 83.

Ich beziehe mich auf eine weitere E-Mail, 9. Februar 2021, die Sie verfasst haben. Das ist MAT A BND-3.67, VS-NfD, Blatt 161 bis 164. Dort schreiben Sie:

... herausgefunden, dass die Kritik nicht von ...

- einer geschwärzten Stelle -,

sondern vom Kommandeur TAAC-N kommt. Diese Einschätzung nehme ich zur Kenntnis, aber nicht zum Anlass für eine Rechtfertigung. Die Bundeswehr pflegt n. m. E.

- nach meinem Ermessen -

eine oft zu positive und zu wenig tiefgehende Einschätzung der Lage vor Ort.

Was meinten Sie konkret mit „oft zu positive und zu wenig tiefgehende Einschätzung“?

Zeuge M. S.: Muss ich jetzt noch mal rückfragen: Sind Sie sicher, dass die E-Mail von mir stammt?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wir können es Ihnen selbstverständlich geben.

Zeuge M. S.: Hätte ich gern noch mal eingesehen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Kommt. Wir haben natürlich immer nur die Kürzel.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge M. S.: Ja, das kann ich einordnen. Und zwar beziehe ich mich hierbei auf die politische Lage, die ja in meiner Verantwortung lag. Das hier zitierte Produkt hebt eben auf den Bereich der Politik ab. Und dahin gehend hatten wir bzw. ich damals bewertet, dass wir an der Stelle mit der Berichterstattung ein tieferes Verständnis vor dem Hintergrund einer anderen Informationslage hatten. Das ist der Hintergrund.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. - Also waren Sie dann der Ansicht, dass der Kommandeur TAAC-N ein unzureichendes Lagebild hatte?

Zeuge M. S.: Es entsprach zumindest in der Facette, auf die hier abgehoben wird, nicht unserem.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Würden Sie sagen, dass es, um so was zu vermeiden, eine stärkere Verzahnung des BND mit der Bundeswehr, mit den Intelligence-Zellen der Bundeswehr, bräuchte, um so was zu vermeiden in Zukunft?

Zeuge M. S.: Tatsächlich ist die Kommunikation mit der Bundeswehr genau so ausgelegt, dass wir Informationen transportieren. Und das wurde auch getan. Auch in diesem konkreten Fall wurde es getan. Ich sehe hier, dass in diesem Fall konkret die Information dann auch zurückgeflossen ist. Und dafür gab es die etablierten Kanäle, und die wurden genutzt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. Danke schön. - Ich komme auf eine weitere E-Mail, die der stellvertretende Leiter der Botschaft in Kabul verfasst hat; MAT A AA-8.133 VS-NfD, Blatt 175 bis 178. Dort schreibt der stellvertretende Leiter der Botschaft Kabul:



Nichtöffentlich

Lage im Land und Kabul verdüstert sich für „Republik“-Reste weiter, deutliche kürzere Zeitlinien und gefährlichere Szenarien als BND.

Meine Frage an Sie dazu: Wie empfanden Sie die Lagebilder des Residenten und des stellvertretenden Leiters der Botschaft? Waren diese oft unterschiedlich?

Zeuge M. S.: Ich kann mich nicht konkret dran erinnern, dass hier gravierende Unterschiede transportiert worden waren, indes vor allem, sage ich mal, gegen Ende es schwierig wurde, nachzuvollziehen, worauf die Bewertung fußte. Das kann ich dazu sagen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wie oft haben Sie Meldungen aus der Residentur zur politischen Lage der afghanischen Regierung bekommen, und wie gut waren diese?

Zeuge M. S.: Ich kann hier für meinen Zuständigkeitsbereich nur sagen, dass es enorm schwierig war, sage ich mal, gerade in der Endphase - man lebt ja im Grunde genommen von Kommunikation, Information, die irgendwo ausgetauscht wird, die fließt - an die Prozesse der afghanischen Politik tatsächlich sich anzunähern. Wir haben dort, wo immer möglich, auch gerade mit Blick auf den Doha-Prozess die eine oder andere Information erhalten, die auch aus unserer Sicht zielführend war dahin gehend, dass sie unser Lagebild zumindest vervollständigt hat.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Hatten Sie einen direkten Kontakt zum Kollegen vom Auswärtigen Amt an der Botschaft in Kabul und da auch einen Austausch?

Zeuge M. S.: Direkter Kontakt, ich selber?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ja.

Zeuge M. S.: Nein.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. - Und dann abschließend zu diesem Komplex die Frage: Hatte dann der stellvertretende

Leiter der Botschaft recht mit der Annahme: „deutlich kürzere Zeitlinien und gefährlichere Szenarien als der BND“? Hielt sozusagen die Auswertung des BND zu lange an den konservativen Zeitlinien fest?

Zeuge M. S.: Die Zeitlinie: Da sage ich Ja. Bei gefährlichen Szenarien ist aus meiner Sicht die Frage, was hier als gefährlich bewertet wurde. Aus unserer Sicht war das gefährlichste Szenario tatsächlich eine militärische Einnahme, und das wäre eine Analogie gewesen zum afghanischen Bürgerkrieg.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. Danke für diese Einschätzung. - Ich komme weiter zu einer E-Mail bzw. einem Vermerk, den Sie schrieben, zu einem Drahtbericht der Botschafterin Haber vom 9. August 2021. Da steht geschrieben:

Die in den Gesprächen teilweise alarmistischen Lageeinschätzungen werden durch LBA nicht geteilt.

Warum war dieser Bericht aus Ihrer Sicht „alarmistisch“? Die E-Mail, auf die ich mich beziehe, ist MAT A BND-3.184 VS-NfD, Blatt 122 bis 123.

Zeuge M. S.: Weil die - -

(LR I Andreas Gloßner
(AA): Herr Erndl, wenn ich
da kurz reinspringen darf!)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ja. Sie haben das Wort.

LR I Andreas Gloßner (AA): Ich will bloß kurz drauf hinweisen, dass der Bericht als VS-Vertraulich eingestuft ist. Sprich: Wenn der Zeuge sich da zu den Inhalten äußern würde, müssten wir dann in eingestufte Sitzung gehen. - Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vor diesem Hintergrund und unseren Rahmenbedingungen bitte ich Sie, die Antwort dann entsprechend auszugestalten.



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Schlicht und ergreifend: Da steht ja auch „teilweise“ drin. Das heißt, dort sind mehrere Einschätzungen gehalten in dem Bericht, zumindest von denen, die dort aufgeführt werden. Und da, wo es auf das Thema „alarmistisch“ hinzugeht, entsprach das nicht unserem Lagebild zu dem Zeitpunkt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Dann springe ich weiter. Wir haben vom Zeugen Plate gehört in der Befragung im Dezember, dass es scheinbar für die Übergabe Kabuls Absprachen gegeben haben muss. Hatten Sie Kenntnis, hatte der BND insgesamt Kenntnis solcher Absprachen, und wurden sie als Berichtserstattung vor dem Fall Kabuls transportiert?

Zeuge M. S.: Wir hatten davon keine Kenntnis.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wann und wie haben Sie von der Flucht des Präsidenten erfahren?

Zeuge M. S.: Davon haben wir erfahren am Tag der Flucht, und das wurde im Gespräch mit einer Stelle aus dem Haus in Erfahrung gebracht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Hatten Sie jetzt im Rückblick in Ihren Berichten das Gefühl des Verraten-worden-Seins der afghanischen Eliten genug eingepreist, jetzt in der Rückschau?

Zeuge M. S.: Wie meinen Sie das: das Verraten-worden-Sein durch die afghanischen Eliten? Darf ich da mal fragen?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Na ja, dass Sie sozusagen - - Wie soll ich es beschreiben? Die afghanischen Eliten haben ja sozusagen ihre Verantwortung nicht wahrgenommen. War dieses Szenario oder dieses Verhalten etwas, mit dem man rechnen musste, und wurde das sozusagen genügend beleuchtet und betrachtet aus Ihrer Sicht?

Zeuge M. S.: Eine der Besonderheiten, die Afghanistan - und das ist jetzt unabhängig von dieser konkreten Entwicklung - ausmachen, ist, dass an

bestimmten Punkten unglaublich schnell Dynamiken einsetzen können. Das macht dieses Land so unglaublich schwer vorhersagbar. Und das heißt, dass die Möglichkeit bestünde, dass auch das hier personifiziert, wie von Ihnen beschrieben, passieren könnte. Das wurde auch tatsächlich diskutiert.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. Gut. Vielen Dank. - Dann machen wir weiter mit dem nächsten Komplex und springen noch mal auf den Januar 21. Da waren Sie an einem Mailverkehr zu einem möglichen Briefing für den NATO-Generalsekretär beteiligt. Während das deutsche Briefing scheinbar nicht stattfinden konnte, waren im gleichen Zeitraum aber Briefings mit USA und Frankreich geplant. Ich beziehe mich da auf den Mailverkehr MAT A BND-3.76 VS-NfD, Blatt 16 bis 53.

Meine Frage dazu: Wie ist der BND mit der NATO vernetzt? Gibt es da eine feste Verbindungsstelle, oder wie wird da der Informationsfluss ausgestaltet?

Zeuge M. S.: Ähnlich wie mit unseren Partnern existieren tatsächlich etablierte Kommunikationskanäle.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wie eng, würden Sie sagen, war der Kontakt von LBA mit der NATO während des Untersuchungszeitraums? War das ein regelmäßiger Austausch?

Zeuge M. S.: Es gab Informationsfluss, so wie das zwischen Entitäten ist. Zudem muss man sagen, dass ein Großteil des Informationsflusses, was die NATO anbelangte, auch seitens der Bundeswehr gedeckt wurde.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wissen Sie, ob das Briefing für den Generalsekretär dann zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt wurde?

Zeuge M. S.: Es wurde nicht nachgeholt.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wurde nicht nachgeholt. - Und die Briefings USA und Frankreich haben stattgefunden?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Da kann ich mich nicht dran erinnern, ob die stattgefunden haben.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Können Sie nicht sagen. Okay. Vielen Dank. - Wie lange haben wir noch?

(RDn Dr. Kerstin Schult-
heiß (BT): Drei Minuten!)

- Drei Minuten. Gut. Dann machen wir noch einen Komplex.

Ihr Sachgebiet war auch federführend für den Friedensprozess zuständig. Wie ich aus der Akte entnehmen konnte - das ist MAT A BND-4.01 VS-NfD, Blatt 27 -, haben Sie dazu auch Berichtserstattungen und Vorträge erstellt. Wie war denn Ihre Erstbewertung des Doha-Abkommens, und was haben Sie da an Effekten für den weiteren Verlauf rausgezogen?

Zeuge M. S.: Das Doha-Abkommen - und das ist ja insoweit teilweise auch pressebekannt - war schwierig dahin gehend, dass die Zugeständnisse, die seitens der USA gemacht worden waren, deutlich konkreter und griffiger waren als die, die die Taliban bringen mussten. Zudem ist es so was wie ein Geburtsfehler, dass die USA mit den Taliban verhandelt haben, ohne die afghanische Regierung zu beteiligen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ohne da jetzt zu tief einsteigen zu wollen: Dachten Sie, dass es da tatsächlich Erfolgsaussichten für einen funktionierenden Friedensprozess gibt, dass das ein realistisches Szenario ist, dass es tatsächlich so klappt, wie man das sich ausgedacht hat?

Zeuge M. S.: Ein Friedensprozess an sich war etwas, was ja von der Bevölkerung erwünscht war; also „wurde erwünscht“ im Sinne von, dass Frieden in dem Land eingekehrt. Das heißt also, da gab es seitens der Bevölkerung Rückhalt. Die Aussichten für einen gelungenen Friedensprozess waren aber ein Stück weit damit verknüpft, glaubwürdig, sage ich mal, auch die Positionen vertreten zu können, die man seitens der Republik vertreten hat. Und diese Aussichten wurden

mit einer Terminierung eines Abzugs der internationalen Kräfte gemindert. Insofern waren wir skeptisch, ob es hier eine tragbare Lösung gibt, und: je eher, desto besser.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Hat die afghanische Regierung der Republik die Situation realistisch eingeschätzt, dass tatsächlich auch ein Abzug erfolgt und dass die Verantwortung irgendwann damit auch selber zu tragen ist, oder würden Sie sagen, die haben das eigentlich nie so eingeschätzt und immer damit gerechnet, auch weiter unterstützt zu werden?

Zeuge M. S.: Also, die Regierung hat sich schon versprochen, dass die internationale Gemeinschaft Afghanistan weiter unterstützt. Bis zu einem gewissen Punkt hat man auch darauf gesetzt - nach meiner Wahrnehmung war das sogar bis ins Frühjahr 2021 -, ohne dass wir, sage ich mal, konkrete Erkenntnisse dazu hatten.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Okay. Vielen Dank. - Das Fragerecht geht über an Bündnis 90/Die Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich habe zuerst eine organisatorische Frage an die Sitzungsleitung: Ist es möglich, dass wir die Mikrofone ein bisschen lauter stellen? Ich habe das Gefühl, dass die Antworten manchmal nicht so ganz rüberkommen.

(RDn Dr. Kerstin Schult-
heiß (BT): Das liegt daran,
wie laut der Zeuge redet!)

- Eigentlich muss es technisch möglich sein, auch die Mikrofonanlage höherzudrehen. Ich hatte häufiger mal das Problem, dass es zu laut war, dass wir es dann runterdrehen mussten.

(RDn Dr. Kerstin Schult-
heiß (BT): Aber nicht
individuell im Saal!)

- Doch, individuell im Saal; das habe ich selber schon gemacht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Können wir prüfen.



Nichtöffentlich

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre nett.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Bis dahin einfach die Bitte, dass alle ein bisschen näher ans Mikro rücken. - Bitte schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vielleicht noch mal die Bitte an den Zeugen: Ruhig auch nah ans Mikro ran und gerne auch mit guter Aussprache, dass wir nicht noch nachfragen müssen, wenn es akustische Probleme gibt.

Ich würde mit einem Vorhalt beginnen, und zwar handelt es sich um eine Übergabe-E-Mail von L. Z. an Sie, und zwar am 20.04.21. Das ist MAT ABND-3.78 VS-NfD, Blatt 48 f. Da geht es um die ND-Lage am selbigen Tag:

Auswirkungen US Truppenabzug
auf AFG - FF lag zunächst bei
LBAA, Fokus aber zunehmend auf
MIL, daher hat

- geschwärzt -

entschieden, dass B

- geschwärzt -

die FF

- Federführung -

übernimmt. Fertiges Dokument zK
an S

- und mehrere Geschwärzte -

verteilt.

Jetzt kommt's:

In der Vorbesprechung am 19.04.
wurde sehr deutlich, dass die
Leitung (VPr/A)

- ich denke, Vizepräsidentin -

sich eher für Terrorgefahr und Auswirkungen auf DEU Kräfte interessiert als für pol. Entwicklung. Alle TER/MIL Punkte, die im reaktiven Teil waren sollten auf ihren Wunsch in den aktiven geschoben werden. Ich musste mich bemühen, dass im Ausblick unsere Punkte überhaupt erhalten bleiben und nicht in den reaktiven Teil geschoben werden. Sie sagt, je mehr nd, desto besser. Es soll explizit keine Presse-Wiedergabe sein. Friedensprozess und Fortgang „is a given“ [sic!] und hat daher Streichpotential. Hat sie leider wirklich so gesagt :(

- Smiley trauriges Gesicht.

Können Sie uns erläutern, wie Sie bei der Übergabemail diese Aussagen über die Vizepräsidentin Tania von Uslar-Gleichen verstanden haben?

Zeuge M. S.: Ja. Ich habe das im Rahmen der Schwerpunktsetzungen auch mit dem vorher erwähnten Thema „Force Protection“ verstanden. Das ist tatsächlich hoch priorisiert gewesen. Und wir hatten - das muss man vielleicht in den Kontext dazu setzen - regelmäßig zum Thema Friedensprozess ohnehin berichtet. Das heißt, das ist eine augenblickliche Schwerpunktsetzung auf ein Produkt bezogen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie würden sagen, dass grundsätzlich die Aufmerksamkeit der Hausleitung für die Bereiche Politik und Friedensprozess ausreichend war.

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch einen Vorhalt aus dem, was Sie gerade hier im Untersuchungsausschuss gesagt haben. Sie sagten: Wichtigste Bewertung für die Bedarfsträger fließt am ehesten ein. - Können Sie das noch mal erläutern?

Zeuge M. S.: Ja. In regelmäßigen Gesprächen wird durchaus transportiert, welche, sage ich mal, konkreten Fragen oder welche Themenkomplexe möglicherweise unklar sind, wo hier von unserer



Nichtöffentlich

Seite dann - wie soll man sagen? - eine Aufklärung betrieben werden soll, damit die Informationsbedarfe gedeckt werden. Und das ist natürlich ein bisschen abhängig von dem ganzen Konstrukt, also tagespolitisch teilweise, dann aber auch teilweise eben strategischer Natur. Das ist sehr unterschiedlich. Und das ist etwas, was immer zusätzlich zu dem Informationsbedarf da steht, der ohnehin im Auftragsprofil der Bundesregierung definiert ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem Auftragsprofil der Bundesregierung ergibt sich ja auch, dass man vielleicht von Ihrer Stelle aus eine gewisse Sensorfunktion hat, also auf Sachverhalte aufmerksam zu machen, wo der Bedarfsträger nicht tagespolitisch akut Informationen zu einholt, die aber auf Grundlage Ihrer Bewertung dem globalen Anspruch der Bedarfsträger entsprechen würden. Gab es mal so einen Moment, wo Sie von Ihrer Position aus gesagt haben: „Unabhängig davon, was oben jetzt eingefordert wird an Bedarfen akut, halte ich folgenden inhaltlichen Punkt für so wichtig, dass ich ihn selber von unten nach oben spiele“?

Zeuge M. S.: Ja. Regelmäßig.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das inhaltlich ausführen, welche Punkte das waren?

Zeuge M. S.: Das sind vor allem Themenkomplexe. Also, wenn Sie in das morgendliche Produkt schauen, dann obliegt das regelmäßig uns. Also, das ist das, was wir entweder antizipieren, oder wo wir denken, wir müssen es transportieren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie die Inhalte noch mal ausführen? Wir können aus den Dokumenten für den Abschlussbericht nicht zitieren, nur aus den Protokollen der Vernehmungen. Deswegen würde ich Sie bitten, inhaltlich noch mal auszuführen, welche Punkte das waren, die Sie nach oben gespielt haben.

Zeuge M. S.: Ja, gut. Also, immer dann tagesaktuell, also entweder vom Vortag oder unmittelbar die Tage davor, haben wir zum Beispiel, wenn wir Bewegungen im politischen Prozess in Doha gesehen haben, wo wir gesagt haben, die sollten wir noch mal aus unserer Sicht einordnen - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel? Welche Art Bewegungen?

Zeuge M. S.: Dass jetzt zum Beispiel nicht mehr im großen Forum gesprochen wird, sondern nur noch mit kleinen Kontaktgruppen, zum Beispiel.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also eine Verschlechterung der Verhandlungen.

Zeuge M. S.: Das ist nicht notwendigerweise der Fall. Es war einfach auch dahin gehend, dass man versucht hat, die Verhandlungen oder, sagen wir mal, ein gewisses Momentum aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, zum Beispiel. Also, wenn uns solche Dinge aufgefallen sind und wir sagen: „Jetzt kommt Bewegung rein“ oder: „Jetzt läuft es schleppender“, zum Beispiel, dann haben wir selber geguckt: Das müssen wir berichten, das ist berichtenswert.

Und das wurde nach meiner Wahrnehmung auch im anderen Sachgebiet vor allem für den militärischen Anteil gemacht. Das sieht man dann in der Phase, wo dann auch die Taliban militärisch noch stärker aktiv geworden sind als zuvor, vor allem 2021, in der Regelmäßigkeit der morgendlichen Berichterstattung sehr schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin ausgeführt zu der Frage, wie die Rückmeldung ist: Ich kenne im besten Fall das Protokoll.

Zeuge M. S.: Das war die Krisenstabssitzung, auf die Sie jetzt -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge M. S.: - referenzieren. Das ist in dem Zusammenhang auch zu sehen: dass ich da eben nicht anwesend war. Ich habe das Protokoll dann



Nichtöffentlich

im Nachgang zur Kenntnis genommen. Und darüber hinaus war ich natürlich nicht anwesend und war an dem Tag halt eben auch nicht im Krisenstab.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie würden Sie insgesamt den Rücklauf an Feedback bezeichnen von den Produkten, die Sie nach oben gegeben haben, also nicht im Sinne von, wie gut das gefallen hat, sondern, was daraus auch im weiteren Arbeitsprozess der Bundesregierung geworden ist, was der Bedarfsträger also damit umgesetzt hat?

Zeuge M. S.: Meinen Sie jetzt von den Ressorts oder hausintern oder die Rückläufer?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insbesondere von den Ressorts, also die, die dann exekutiv auch ins Handeln kommen, aber natürlich auch hausintern.

Zeuge M. S.: Dadurch, dass wir mit den Ressorts regelmäßig in Verbindung standen, zumindest mit einigen, kam da regelmäßig Feedback. Aber da kam natürlich auch - das lässt sich auch im Schriftverkehr sehen; das liegt Ihnen auch vor -, dass der Referatsleiter mal zusammengefasst hat: Aus dem Gespräch mit ... habe ich Folgendes rausgenommen, bitte das entsprechend bei der Berichterstattung berücksichtigen, zum Beispiel, oder auch auf der Kollegenebene mit meinem Sachgebietsleiterkollegen, der dann Dinge transportiert hat, wo er sagte: Da gucken wir drauf. Könnt ihr mal da vielleicht von politischer Seite draufgucken?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie meinen jetzt Ihren internen Sachgebietsleiterkollegen?

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben ja auch mit AP 05 aus dem Auswärtigen Amt regelmäßig im Jour fixe, bzw. das Referat LBA insgesamt, zu tun gehabt. Wie würden Sie den Austausch mit dem Referat beschreiben?

Zeuge M. S.: Der war konstruktiv tatsächlich. Es war ein Austausch, weil aus unserer Sicht natürlich gerade im Friedensprozess das Auswärtige Amt nah dran war und wir aus unserer Sicht teilweise eben, was die militärische oder die Sicherheitslage anging, dort unsere Informationen austauschen konnten, sodass das schon tatsächlich ein regelmäßiger Dialog war, den ich als sehr gut empfunden habe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch einen Vorhalt machen. Das ist aus einer weiteren Übergabemail von L. Z. an Sie am 22.04. Da heißt es mit Blick auf die anstehende Staatssekretärsrunde - das ist MAT A BND-3.72 VS-NfD, Blatt 234:

L ist wieder mit der Erstellung und Vorbereitung der Unterlagen betraut. Da wird sicherlich eine MZ notwendig. Inhaltlich betrifft die StS-Runde ja nur noch LBAE, da POL vom AA vorgetragen wird.

Können Sie mir erklären, warum POL in diesen Runden - also Politik, nehme ich an - nur noch vom AA vorgetragen werden sollte und wie Sie das inhaltlich einschätzen? War das eine gute Idee?

Zeuge M. S.: Wie ich schon gerade sagte, war das Auswärtige Amt gerade in Sachen Friedensprozess näher dran ein Stück weit; das muss man schon sagen. Wir haben uns trotzdem abgeglichen. Das heißt, es gab da in der Bewertung keine Ablage. Insofern war das für uns akzeptabel, das zu konzedieren, und deshalb hat das Auswärtige Amt da vorgetragen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich würde noch mal zu dem Thema Kippunkte kommen. Das habe ich auch schon mit anderen Kollegen von Ihnen besprochen; aber ich würde es auch gern noch mal mit Ihnen besprechen, weil ich dieses Tool der Kippunkte für eine sehr schlaue Erfindung halte, die jetzt aus meiner Sicht vielleicht etwas spät den politischen Raum sozusagen getroffen hat. Eine Sache, die mir aber noch fehlt, sind sozusagen die Triggerpunkte für die Kippunkte, also dass man sich



Nichtöffentlich

die Frage stellt: Welche Vorstufen müssen bestimmte Teillagen haben, damit ein Kipppunkt wiederum erreicht wird, der dann ja insgesamt eine Verschlechterung der Lage auslösen kann? - Die Frage ist also: Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, was sozusagen die Kipppunkte der Kipppunkte sind?

Zeuge M. S.: Ja, das wurde diskutiert. Nach meiner Wahrnehmung haben wir in dem Zusammenhang uns die Frage gestellt: Wann gilt denn jetzt der Kipppunkt, ich sage mal zum Beispiel: Provinzzentren? Wann ist es dann wirklich so, dass wir sagen: „Jetzt wird es entscheidend“? - Das haben wir diskutiert, die Frage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern, wann Sie das ungefähr diskutiert haben und mit wem?

Zeuge M. S.: Es war eine laufende Diskussion; aber ich entsinne mich, dass wir im Frühsommer mit der Diskussion begonnen haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Juni, Juli?

Zeuge M. S.: Eher so Juni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Juni. Mhm.

Zeuge M. S.: Die Diskussion lief auf Arbeitsebene, auf Sachgebietsleiterebene. Also, wir waren da gleichermaßen involviert, hatten ja regelmäßig auch Besprechungen dazu: Wie entwickelt sich die Lage? - Und dahin gehend hat man sich schon Gedanken gemacht: Was ist es denn nun?

Wobei ich sagen muss, also jetzt von meiner Wahrnehmung her: Da war es schwierig, zu bewerten, was denn den De-facto-Ausschlag gibt, damit dieser Kipppunkt erreicht wird: also ein Provinzzentrum, zwei, fünf oder vielleicht welches? - Und das welche war dann nachher das, was dann tatsächlich den Ausschlag für ein Erreichen des Kipppunktes gegeben hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gegeben hat.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Nächste Runde. - Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Zeit ist inklusive Bonus abgelaufen. - Das Fragerecht hat der Kollege Keuter, AfD-Fraktion.

Stefan Keuter (AfD): Danke, Herr Kollege. - Herr S., ein Zeuge des BMVg hat hier im Untersuchungsausschuss durchblicken lassen, dass die Terrororganisation al-Qaida ein wesentlicher, vielleicht sogar *der* Hauptgeldgeber der Taliban gewesen ist; Fundstelle: Protokoll dieses Ausschusses, 16. März, Seite 127. - Damit meinte er wohl gemerkt nicht die Zeit vor dem NATO-Einsatz in Afghanistan, sondern tatsächlich die Jahre 2020 und 21. Dazu die Frage: Können Sie uns bestätigen, dass al-Qaida trotz des jahrzehntelangen Afghanistaneinsatzes noch während des Untersuchungszeitraums ein wichtiger Geldgeber für die Taliban gewesen ist?

Zeuge M. S.: Das kann ich in der Form so nicht bestätigen.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie nicht bestätigen?

Zeuge M. S.: Kann ich nicht bestätigen.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Dann machen wir bitte noch mal weiter, wo wir eben aufgehört hatten, und zwar ging es um die Einschätzung Ihres Kollegen W. aus dem Jahr 2013, der die Situation mit der ANDSF alles andere als leuchtend dargestellt hatte. Dazu noch die Frage: Hatten Sie in Ihrem Umgang mit Vertretern der Bundesregierung, insbesondere mit denen des Auswärtigen Amtes, den Eindruck, dass diese Prognosen, also diese von 2013, und Nachrichten Ihres Dienstes zu ANDSF in die Afghanistan-Politik der Bundesregierung mit einfließen und, wenn ja, in welcher Weise, und, wenn nein, woran erkennen Sie das?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Das kann ich über die Jahre tatsächlich nicht bewerten, ob das und in welcher Form das eingeflossen ist. Ich weiß, dass die Stellen davon Kenntnis genommen haben. Wir haben das ja auch regelmäßig gebrieft, insbesondere in der Phase nach dem Übergang vom ISAF-Mandat zur Resolute Support Mission. Und die Verschlechterung wurde auch regelmäßig durch die Bundeswehr transportiert im Rahmen der Unterrichtung des Parlaments.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Danke. - Ein Zeuge aus dem BMVg hat uns hier im September dargelegt, dass deutsche Ortskräfte auch als Informationsbeschaffer für die Taliban fungierten; Fundstelle: Protokoll vom 29.09.22, Seite 60. Was wissen Sie hierüber, und war dies ein verbreitetes Phänomen?

Zeuge M. S.: Die Taliban unterhielten ein landesweit ausgeprägtes Informantennetzwerk. Die Wahrscheinlichkeit, obwohl ich es nicht sicher sagen kann, dass dort auch Ortskräfte dabei waren, ist zumindest aus meiner Sicht gegeben.

Stefan Keuter (AfD): Die Wahrscheinlichkeit? Oder sind Ihnen auch konkrete Fälle bekannt?

Zeuge M. S.: Mir persönlich nein.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Danke. - Was wissen Sie über an Taliban verübte Kriegsverbrechen durch ANDSF-Kräfte?

Zeuge M. S.: Kann ich keine Aussage zu treffen.

Stefan Keuter (AfD): Nicht in diesem Format? Oder ist Ihnen da nichts bekannt?

Zeuge M. S.: Ist mir nichts bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Nicht vom Hörensagen, überhaupt gar nicht?

Zeuge M. S.: Höchstens im historischen Zusammenhang.

Stefan Keuter (AfD): Ihr Kollege Herr W. hat uns hier im Januar dargelegt, dass der IS in Afghanistan sehr stark gewesen sei. Können Sie das bestätigen?

Zeuge M. S.: Die Frage ist: zu welchem Zeitpunkt?

Stefan Keuter (AfD): Wir haben ja den Untersuchungszeitraum eingegrenzt, also während des Untersuchungszeitraums. Mich würde mehr interessieren; aber nur das darf ich fragen.

Zeuge M. S.: Im Untersuchungszeitraum hat nach meiner Wahrnehmung die Stärke des IS wieder zugenommen bzw. die Sichtbarkeit hat zugenommen.

Stefan Keuter (AfD): Uns ist aufgefallen - und darüber hat ja inzwischen auch die Zeitung „Die Welt“ berichtet -, dass terroristische Bedrohungen, insbesondere auch durch den IS, bis nach Berlin gewirkt haben, wo wohl Terrordrohungen gegen eine Moschee ausgesprochen wurde, die relativ gemäßigt ist und eine Vereinbarkeit zwischen beispielsweise Homosexualität und Islam aufgezeigt hatte. Sind Ihnen solche Fälle bekannt?

Zeuge M. S.: Mir persönlich ist das so nicht bekannt. Allerdings bitte ich hier zu unterscheiden zwischen der IS-Organisation als Ganzes und dem IS, der in unserem regionalen Bezug mit in unsere Bewertung fällt.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie den Unterschied noch mal kurz aufzeigen?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ich bitte, im Rahmen des Untersuchungsgegenstands zu bleiben, und habe da meine Zweifel, ob das bei dieser Frage so ist.

Stefan Keuter (AfD): Es geht aber insbesondere um die Wirkung des Terrorismus, insbesondere des IS-Terrorismus, aus Afghanistan nach Deutschland, und das ist durchaus untersuchungsgegenständlich.



Nichtöffentlich

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Das ist nicht der Untersuchungsgegenstand.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Wir wollen uns darüber nicht streiten. Dann machen wir weiter. - Wir wissen aus den Unterlagen, dass es den USA sehr wichtig war, dass der Terrorismus in Afghanistan nach Abzug des Westens nicht aufblühen würde. Wir wissen aus den Unterlagen auch, dass die Taliban korrekt nach dem Doha-Abkommen handelten und sich daran hielten. Aus BND-Unterlagen geht ebenfalls hervor, dass die Taliban den „Islamischen Staat“ in Afghanistan erfolgreich bekämpften und verdrängten; Fundstelle: MAT A BND-3.53, Blatt 108.

Ist es in Ihren Augen so gewesen, dass die Biden-USA am Ende die Republik Afghanistan deswegen aufgaben, weil sie es den Taliban eher als der Republik zutrauten, den Terrorismus in Afghanistan zu bekämpfen?

Zeuge M. S.: Das ist eine Mutmaßung, die ich nicht teile.

Stefan Keuter (AfD): Erkenntnis haben Sie dazu gar keine, oder?

Zeuge M. S.: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Dann soll es das für diese Runde gewesen sein. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Vielen Dank. - Das Fragerecht geht an die FDP. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Erndl. - Ich möchte noch mal auf das Thema Kippunkte zurückkommen, was die Kollegin Nanni vorhin angesprochen hat und ich vorher in der ersten Runde auch. Ich möchte wirklich auf Kippunkte - - Sie hatten vorher auch das Wort „Indikatoren“ in den Mund genommen; aber ich möchte wirklich auf das konkrete Konzept eingehen.

Könnten Sie vielleicht noch mal genau sagen, wann Sie damit begonnen haben, Kippunkte zu definieren, und auf wessen Veranlassung? Und

wie viele Personen waren an dieser Erstellung beteiligt?

Zeuge M. S.: Kann ich wiederum nur aus meiner Wahrnehmung berichten. Die Kippunkte haben sich tatsächlich aus Indikatoren entwickelt, die teilweise bereits im Frühsommer - Juni, Juli - sichtbar wurden in der Berichterstattung, nach meiner Wahrnehmung. Und dann wurden die nach meiner Erinnerung Anfang der zweiten Augustwoche zu den Kippunkten entwickelt. Der Auftrag kam im Zusammenwirken - - Na ja, das war wieder ein Zusammenwirken zwischen meinem Kollegen und der Referatsleitung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und von wem kam der Auftrag?

Zeuge M. S.: Der Auftrag kam quasi hinterher vom BKAmte noch mal.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Im Nachhinein, als Sie schon fertig waren sozusagen, oder?

Zeuge M. S.: Da war schon die - - Also, aus meiner Wahrnehmung waren die Kippunkte schon benannt. Es war nur noch die Frage, sie noch mal zu formulieren bzw. zu prüfen: Ist das plausibel? - Aber nach meiner Kenntnis kam der Auftrag des BKAmtes, der dann in dem Schreiben am 12.08. mündete, danach.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben also Ende Juli, Anfang August an diesen Kippunkten gearbeitet.

Zeuge M. S.: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Okay. - Und inwiefern haben Sie sich dabei, bei der Erstellung dieser Kippunkte, eigenen Materials bedient und in welchem Ausmaß Materials von anderen Diensten, ausländischen Diensten?

Zeuge M. S.: Das lässt sich so nicht auftrennen; denn hier laufen im Grunde genommen alle Informations- oder Aufklärungsdisziplinen zusammen, plus das, was Partnerdienste mit uns besprechen. Das lässt sich so nicht quantifizieren,



Nichtöffentlich

zu welchem Prozentsatz was eingeflossen ist. Da kann ich aus meiner Wahrnehmung keine Quantifizierung vornehmen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hätten Sie diese Kippunkte, die Sie damals formuliert haben, in der Form, wie sie dort waren, auch ohne die Zulieferung von ausländischen Diensten erstellen können?

Zeuge M. S.: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Dann: Vorher war ja sozusagen so ein bisschen der Cliffhanger, als ich aufhören musste, was die Informationslage bezüglich der Republik Afghanistan war, insbesondere inwieweit Informationen aus dem inneren Führungszirkel vorlagen bezüglich informeller Verbindungen von Mitgliedern der afghanischen Regierung und Mitgliedern der Taliban und auch Mitgliedern der Kabuler Eliten und deren Verhältnis zu den Taliban. Wie weit hatten Sie darüber Informationen, vor allem in der letzten Phase?

Zeuge M. S.: Unsere Information bezog sich vor allem auf den tatsächlich, ich nenne es jetzt mal, diplomatischen Kontakt zwischen der afghanischen Republik, zum Beispiel durch Delegationen oder zu Gesprächen, die über Doha liefen. Und hinzu trat die eine oder andere Information über ehemalige Regierungsgrößen, denen durchaus auch Verbindungen zu den Taliban nachgesagt wurden oder zumindest Kommunikationskanäle.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und welche Qualität hatten die Kontakte zwischen den Taliban und eben Regierungsmitgliedern oder anderen Mitgliedern der Kabuler Eliten? Was wollten die Taliban von denen?

Zeuge M. S.: Im Wesentlichen ging es um die Frage - - Ja, das muss man so und so rum sehen. Also, in der letzten Phase der Republik insbesondere gingen ja Eliten oder Einzelne der Eliten auf die Taliban zu.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Weil sie Angst hatten oder weil sie sich da was von - - Was haben sie sich davon erhofft?

Zeuge M. S.: In der Lage, insbesondere um den Fall von Kabul herum, erst mal Sicherheit.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wie haben Sie das interpretiert?

Zeuge M. S.: Bitte?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wie haben Sie das interpretiert, wenn Sie davon Kenntnis genommen haben, da gehen jetzt Eliten auf die Taliban zu, weil sie Sicherheit suchen? Was waren Ihre Rückschlüsse daraus?

Zeuge M. S.: Dass zumindest die öffentliche Sicherheit in der Hauptstadt Vorrang hatte aus der Sicht derjenigen, die gefragt haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wäre ein Schluss auch gewesen, dass sozusagen das Ende Kabuls unmittelbar bevorsteht oder der Fall Kabuls?

Zeuge M. S.: Wenn man es so sieht, dass eine mögliche Einladung ausgesprochen wurde: Ja, aber im Sinne von einer nichtmilitärischen, also kampflösen Einnahme.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War das für Sie ein Trugschluss, den Sie auch so gesehen haben und auch so kommuniziert haben und auch in seiner Tragweite bewertet haben?

Zeuge M. S.: Was meinen Sie jetzt konkret für einen Trugschluss?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Na ja, wenn Sie sagen, dass eine kampflöse Übergabe von Kabul möglich sei, hat es doch eine ziemlich große Tragweite, weil das dann auch noch schneller geht sozusagen. Und dann sind die Taliban da, und dann passieren eben die Dinge, die jetzt dann auch passiert sind tatsächlich. Haben Sie das in der Tragweite damals sich vorstellen können und gesehen und auch kommuniziert?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Die Geschwindigkeit, mit der die Taliban vorgerückt sind, hat dann auch, sage ich mal, zu einem anderen, ich will nicht sagen, Gewicht ist vielleicht falsch - - aber ich sage einmal: Wir sind davon ausgegangen, dass die Ankündigung, eben zunächst militärische Mittel bei der Einnahme Kabuls zu vermeiden, dass die Taliban dazu stehen. Insofern war das schnelle Vorgehen auch für die Taliban selbst überraschend, dass Kabul gefallen ist. Darauf waren sie in der Geschwindigkeit selbst nicht vorbereitet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben gesagt, es gab Indizien für Kollaborationen. Das ist jetzt ein bisschen interpretiert von mir, aber zumindest dieses Zugehen auf die Taliban. Könnte man das auch interpretieren oder als Indikator für eine Beschleunigung des Prozesses werten? Und haben Sie das so bewertet?

Zeuge M. S.: Nein, weil tatsächlich auch während des Konflikts es aus denselben Familien sowohl Talibanmitglieder als auch ANDSF-Mitglieder gegeben hat. Das heißt, Verbindung und Kommunikation ist dort aus meiner Sicht etwas Übliches auch über, sagen wir mal, Konfrontationsgrenzen hinweg. Deshalb ist das kein Indiz für einen bevorstehenden Fall.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Habe ich noch ein Moment Zeit, oder wie sieht es aus?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: So viel haben wir noch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja? Gut. - Ich habe noch eine ganz andersartige Frage, und zwar zum Thema Ressorts. Sie liefern natürlich naturgemäß den Ressorts zu; aber die Ressorts selber erstellen auch Lagen oder bewerten die Situation. Was war Ihre Wahrnehmung über die Zeit gesehen? War das immer konsistent, dass jedes Haus genau das Gleiche gesehen hat, oder haben Sie Situationen gehabt, wo Sie persönlich wahrgenommen haben, dass für Sie spürbar war, dass Häuser die Dinge anders sehen oder sich vielleicht auch anders erhoffen?

Zeuge M. S.: In der - - Man muss da, glaube ich, ein bisschen differenzieren, wenn man - - Ich

kann die Hausmeinung aus meiner Sicht so nach ex post nicht bewerten, aber ich habe viele Berichte gelesen - und davon habe ich überwiegend auch von der Erinnerung her so -, dass ich sage, die lagen auf der Linie, wie wir sie auch vertreten haben. Also, ich kann mich jetzt an keinen konkreten Fall erinnern, wo ich sagen würde, da war es ganz anders. Die Ausnahme war dann tatsächlich zum Schluss, als ein anderer Bericht reinkam, wie vorhin schon erwähnt wurde, wo wir gesagt, das deckt sich nicht mit unserem Lagebild. Und wir konnten auch nicht nachvollziehen, woher diese Lageschilderung stammte oder worauf sie fußte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich dann noch eine - -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Damit wäre diese Runde vorbei. Aber so, wie ich es jetzt wahrgenommen habe, machen wir noch eine Runde, wo möglicherweise nicht alle ihre volle Zeit ausschöpfen. - Aber dann geht es weiter mit der SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte mich genau an diese Vorgabe halten und habe nur ein paar abschließende Fragen, um das Bild dann zu vervollständigen. - Ich möchte Ihnen zunächst eine allgemeine Frage stellen, weil Ihre Aufgabenbeschreibung auch lautet: Bewertung der Lage aus wirtschaftlicher Sicht. Wenn Sie uns vielleicht in einem kurzen Abriss die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens, ob es da Hoffnungen gab oder nicht, bis zu dem kritischen Zeitpunkt Mitte August 2021 darstellen könnten und welchen Einfluss das dann auch auf die Sicherheitslage oder auf andere Faktoren hatte, auch auf die politische Lage.

Zeuge M. S.: Ja. Aus dem Zeitraum bis, ich sage mal, Doha-Abkommen, kann man sagen, dass die afghanische Wirtschaft durchaus Wachstum verzeichnete in verschiedenen Sektoren. Einschneidender Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung war tatsächlich die Pandemie, die dort sich negativ ausgewirkt hat und das Bruttoinlandsprodukt schon deutlich eingeschnitten hat. Der Trend wurde dann durch die Sicherheitslage noch mal



Nichtöffentlich

weiter verschärft, insbesondere dann zur späten Phase, als dann auch die Grenzübergänge nicht verfügbar waren, da also kein Warendurchfluss mehr stattfinden konnte, sodass die gesamtwirtschaftliche Lage quasi in dem Untersuchungszeitraum sich verschlechterte. Das war dann auch die Ausgangslage und der Ausgangspunkt für die humanitäre Lage, die wir derzeit wahrnehmen. Das heißt also, dort sind so die ersten Anfänge, die dann durch den tatsächlich - - durch die oder im Zuge der Machtübernahme noch weiter verschärft wurden.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben die Taliban oder andere Kräfte in Afghanistan von dieser sich verschlechternden Wirtschaftslage profitiert, waren die quasi der Hoffnungsschimmer für die Bevölkerung, dass es dann, wenn sich das Regime ändert, vielleicht vorwärts-, aufwärtsgehen könnte, also aus der subjektiven Wahrnehmung nach Ihren Erkenntnissen in der afghanischen Bevölkerung? Das ist wahrscheinlich auch differenziert zu beantworten.

Zeuge M. S.: Ja, leider. Das muss man so tun. Die Trennung ist da zwischen - - Wenn man die Wirtschaft so anschaut, ist ein Großteil tatsächlich in der Landwirtschaft immer noch verhaftet. Es handelt sich natürlich auch um die Bevölkerung in den ländlichen Räumen. Für die hat das wirtschaftlich, da sowieso in den ländlichen Räumen überwiegend reichlich talinbankkontrolliert, eigentlich kaum Auswirkungen. Auswirkungen zeigt es dann eher in den urbanen Räumen, also in den größeren Städten, wo das wirtschaftlich sich ausgewirkt hat. Aber eine Besserung hat sich nach meiner Einschätzung keiner vorstellen können unter den Taliban.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für diesen kurzen Abriss zur wirtschaftlichen Situation. - Eine Frage zurück an den Anfang des Untersuchungszeitraums: Wenn Sie das Doha-Abkommen aus Ihrer persönlichen Sicht bewerten, welche Folgen haben Sie als Mitarbeiter des BND für die weitere Entwicklung in Afghanistan erwartet?

Zeuge M. S.: Was im Grunde genommen schon ein Stück weit vorherzusehen war, dass es lange und schwierige Verhandlungen werden aufgrund

des Umstandes, den ich vorhin beschrieben habe, mit dem Abzug der westlichen Kräfte auf der einen Seite, andererseits den immer selbstbewusster auftretenden Taliban, die durchaus, also beide Seiten, mit Maximalforderungen die Verhandlungen begonnen haben. Man kann sagen, dass von Beginn an die beiden Seiten schon sehr lange verhandeln mussten, auch selbst Rahmen für Verhandlungen festzulegen. Insofern war das schon mal ein Menetekel dahin gehend, dass es dort lange dauern würde, bis es dort zu irgendwelchen Ergebnissen kommt.

Jörg Nürnberger (SPD): Parallel dazu ist die nächste Frage: Was sagen Ihre nachrichtendienstlichen Erkenntnisse darüber, wie die afghanische Politik auf das Abkommen reagiert hat? Die waren ja nicht am Verhandlungstisch dabei, ähnlich wie andere Verbündete der USA ebenfalls. Wie würden Sie die Reaktionen der afghanischen Politik auf dieses Abkommen bewerten?

Zeuge M. S.: Man muss das noch mal in einen zeitlichen Kontext setzen. Wir waren zu dem Zeitpunkt Doha-Abkommen, 29.02.2020, zu einem Zeitpunkt, als es expressis verbis keinen amtierenden Präsidenten gab. Das heißt, wir haben einen geschäftsführenden Präsidenten gehabt, auch nur, weil die Wahlergebnisse erst kurz vorher tatsächlich bekannt wurden oder in der finalen Fassung bekannt wurden, je nachdem, wie man das sagen möchte, und dass dort eine Rivalität zwischen zwei afghanischen Politikern herrschte um das Präsidenschaftsamt. Das war im Endeffekt die Ausgangslage der afghanischen Politik um das Doha-Abkommen. Dahin gehend war aus unserer Sicht die afghanische Politik primär erst mal mit sich selbst innenpolitisch befasst und geriet natürlich durch die Zeitlinien, die im Doha-Abkommen dargelegt wurden, ein Stück weit auch unter Druck. Das wurde auch wahrgenommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil Sie es gerade erwähnt haben, schon die vorletzte Frage: Entspricht das - nach Ihren Erkenntnissen - am Ende veröffentlichte Ergebnis der Präsidenschaftswahlen dem tatsächlichen Ergebnis?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Ja, das ist eine gute Frage. Kann ich Ihnen so nicht endgültig bestätigen.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie eine Einschätzung, wie hoch - das ist ja ein Begriff, den Sie als Dienst sehr oft benutzen - die Wahrscheinlichkeit ist, dass dieses Ergebnis dem tatsächlichen Ergebnis entsprochen hat?

Zeuge M. S.: Ich denke, es gibt in dem Wahlprozess insgesamt einige Unschärfen. Insofern wird es mit Sicherheit - - oder wird es wahrscheinlich Abweichungen geben. Inwiefern die tatsächlich eingetreten sind, wie groß sie sind, kann ich Ihnen nicht erläutern.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. Ich hätte jetzt auf „eher unwahrscheinlich“ getippt, aber Sie sagen „wahrscheinlich“; ist gut.

Letzte Frage: Es gibt auch das GIZ-Risikomanagement. Haben Sie Informationen, die aus diesem Bereich kommen? Haben Sie die verwerten können, und haben Sie sie tatsächlich verwertet? Und wie haben Sie diese Informationen eingeschätzt?

Zeuge M. S.: Also, ich habe mich mit dem Thema Sicherheits- und Bedrohungslage persönlich nicht befasst. Insofern kann ich dazu keine Aussage treffen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich Ihnen an der Stelle danken. Wir haben im Moment, zumindest in diesem Bereich, was die nichtöffentliche, aber nicht als Verschlussache deklarierte Sitzung betrifft, keine weiteren Fragen. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Kollege Nürnberger. - Das Fragerecht geht zur Union, zum Kollegen Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe noch drei abschließende Fragen und will noch mal zurückkommen auf diesen Sachverhalt, dass ein Mitarbeiter Ihres Sachgebiets hier in einer Mail vom April 20, schreibt:

Inhaltlich betrifft die StS-Runde ja nur noch LBAE, da POL vom AA vorgetragen wird.

Also, wir haben ja vorher besprochen, dass das kritische Lagebild in den Staatssekretärsrunden grundsätzlich durch das Auswärtige Amt transportiert wird. Dazu meine Frage: Wurden Sie dann zu dem vorgestellten Lagebild im Nachgang vom Auswärtigen Amt debrieft?

Zeuge M. S.: Wie ich dargestellt habe: Wir hatten regelmäßig Verbindungen mit dem Auswärtigen Amt. Insofern haben wir uns davor und danach über das Lagebild unterhalten. Es war nichts, wo wir aufgeschrieben hätten: Nein, das ist nicht so.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, es war auch sozusagen möglich, abweichende Einschätzungen zu transportieren grundsätzlich?

Zeuge M. S.: Ja, in dem Austausch, ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. - So, dann entnehmen wir den Akten, dass es den Willen des BND gab, die Friedensverhandlungen [REDACTED] besonders intensiv zu begleiten. Ich nehme Bezug auf MAT A BND-4.01 VS-NfD, Blatt 27. Waren diese Versuche erfolgreich, und wenn ja, ganz abstrakt, welche Ansätze waren da vorgesehen?

Zeuge M. S.: Zu dem Konzept kann ich nichts sagen, weil das war im Bereich des anderen Sachgebiets federführend betrieben worden und wurde in einem engen Kreis gehalten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Hatten Sie insgesamt ausreichendes Aufkommen, um belastbare Berichterstattungen und Voraussagen zu den Verhandlungen zu verfassen?

Zeuge M. S.: Wir haben dort in den Aufklärungsdisziplinen oftmals, weil tatsächlich zeitlich am nächsten, auch auf Offenes zurückgegriffen und bestätigt. Insofern hatten wir zumindest für die Bewertung des Verlaufs ausreichend Informationslage aus unserer Sicht.



Nichtöffentlich

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Und dann letzte Frage: Sie hatten vorher gerade schon mal gesagt, vor und nach den Briefings gab es einen Abgleich oder einen Austausch mit dem Auswärtigen Amt. Es entsteht tatsächlich beim Aktenstudium an einigen Stellen der Eindruck, dass der BND direkt die Tageslage des Auswärtigen Amts mit abgestimmt hat. Zum Beispiel geht das hervor aus MAT A BND-3.53 VS-NfD, Blatt 89, oder MAT A BND-3.63, Blatt 29. Stimmt dieser Eindruck? Gab es hier tatsächlich einen täglichen Abstimmungsprozess zwischen den beiden Häusern?

Zeuge M. S.: Also, ich kann es für unseren Bereich sagen. Da, wo wir inhaltlich berührt waren, waren wir in dem Abstimmungsprozess mit drin.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Das heißt, das Auswärtige Amt war in die Abstimmung der Morgenlage des BND eingebunden?

Zeuge M. S.: Ich dachte, wir reden jetzt von der Tageslage.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, und sozusagen gegebenenfalls eben auch Morgenlage des BND, sozusagen in beide Richtungen.

Zeuge M. S.: Bei der Tageslage kann ich Ja sagen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. - Wie direkt war sozusagen der Kontakt mit dem Fachbereich AP 05? War das sozusagen täglicher Austausch dann?

Zeuge M. S.: „Täglich“ ist etwas zu weitgehend, aber auf unterschiedlichen Ebenen regelmäßig, teilweise mehrfach die Woche.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Dann allerletzte Frage: Sie standen dem Auswärtigen Amt oder auch dem BMVg sozusagen auch ad hoc für Einschätzungen zur Verfügung, wenn es - -

Zeuge M. S.: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. Wir haben in diesem Format auch keine weiteren Fragen. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Kollege Erndl. - Das Fragerecht geht zu den Grünen, Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich würde noch mal bei den Kippunkten ansetzen. Und zwar haben wir aus unserer Sitzung mit O. W. vom 26.01. im vorläufigen Protokoll auf Seite 50 eine Aussage des Kollegen, und zwar, dass bereits im Frühjahr 21 „Teile der afghanischen Eliten dafür sorgen, dass sie sich absetzen können ..., also: Visa für die Kinder in der Golfregion oder für sich selbst“. Das wäre ja sozusagen ein Indiz auf die Realisierung des Kippunktes, Ghani oder Umfeld macht sich vom Acker. Haben Sie in dem Moment, weil Sie haben ja die Kippunkte entwickelt als Werkzeug, nachdem diese Informationen das erste Mal den BND erreicht hatte - - Haben Sie denn im Nachgang, als Sie das Werkzeug dann hatten, geguckt: Was haben wir schon für eine Informationslage, die uns genau auf diese Kippunkte der Kippunkte Hinweise geben könnte?

Zeuge M. S.: Das, was Sie ansprechen, das war tatsächlich vorhandenes Wissen. Das heißt, vor dem Hintergrund muss man den Einschub machen, dass es nicht unüblich ist, dass afghanische Eliten ihre Kinder ins Ausland schicken zum Studieren, zumindest in der Vergangenheit - das ist übrigens teilweise auch heute noch so -, und dass ein Teil der afghanischen Eliten eben auch doppelte Staatsbürgerschaften innehatte. Daraus jetzt konkret Absetzbewegungen zu machen, wäre aus unserer damaligen Bewertung zu weit gegangen. Nichtsdestotrotz haben wir den Punkt quasi in memoriam gehalten, weil er eben gerade im Zusammenhang mit den anderen Kippunkten tatsächlich an Bedeutung auch gewinnt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hatten Sie konkrete Hinweise darauf, dass Staatspräsident Ghani selbst - denn in dem Zitat ist nur von afghanischen Eliten die Rede - sich auch auf eine Flucht vorbereiten kann?

Zeuge M. S.: Dabei ist mir kein Hinweis bekannt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Eine letzte Frage noch zu den Kippunkten der



Nichtöffentlich

Kipppunkte. Ist Ihnen aufgefallen, dass Teile der Kipppunkte einander auslösen können oder die Realisierung des anderen Kipppunktes wahrscheinlicher machen? Ist Ihnen das bei der Aufstellung dieses Analysewerkzeugs aufgefallen?

Zeuge M. S.: Dass Verkettungen von Umständen - so haben wir das genannt - dazu führen können, das war uns bewusst.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, zum Beispiel war ein Kipppunkt: vollständiger Rückzug der internationalen Präsenz. Und „Abwärtsbewegung [sic!] von Ghani“ war ein anderer Kipppunkt. Im Nachhinein, muss man sagen: Da gab es auch einen - - Also, Ghani wäre vielleicht länger geblieben, wenn die Amerikaner länger geblieben wären. Ist Ihnen das aufgefallen, dass die Kipppunkte sich vielleicht gegenseitig auch auslösen können?

Zeuge M. S.: Das kann so sein, hätte nicht notwendigerweise so sein müssen; denn das lässt wiederum außer Acht, welche Möglichkeiten die Republik selber hatte, sich zur Wehr zu setzen. Das heißt also, das eine wäre eine rein politische Dimension, die zwar Ausstrahlwirkungen hat auf andere Bereiche; aber das hätte nicht so sein müssen. Also, hätte man Kabul verteidigt, hätte es auch keine Notwendigkeit gegeben, zu fliehen, zum Beispiel, rein hypothetisch.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder die Green Zone zu räumen. - Können Sie das in Worte fassen, Ihre Geste? Sonst ist es nicht im Protokoll. - Oder die Green Zone zu räumen.

Zeuge M. S.: Wie meinen Sie das mit „oder“?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, hätten die Afghanen weiter gekämpft vor Kabul, hätte es keine Notwendigkeit gegeben, das Land zu verlassen, haben Sie gesagt. Dann habe ich gesagt: „oder die Green Zone zu räumen“.

Zeuge M. S.: Das ist eine Erwägung, die Verbündete getroffen haben. Die kann ich so vor dem Hintergrund nicht bewerten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich würde gern noch einmal auf etwas sehr Innenpolitisches eingehen, und zwar den Themenkomplex Migration aus der Berichterstattung. Beispielsweise auch aus der wöchentlichen Steuerung von LBAA wissen wir, dass die Entwicklung der Migration von Auslands- und Binnenflüchtlingen ein Thema war, mit deren Analyse und Auswertung das Sachgebiet auch befasst war. Im Protokoll der Lage- und Steuerungsgruppe Afghanistan vom 02.03. heißt es hier zum Beispiel - das ist MAT A [REDACTED] VS-NfD, Blatt 89 -:

brain-drain: was machen die gebildete Mittelschicht, welche weder doppelte Staatsbürgerschaften noch Geld für Schleusungen bis Europa haben? Sind verstärkte Ausreisen erkennbar? in welche Länder? wie? und ist es ein größeres Phänomen oder noch Einzelfälle?

Können Sie uns sagen, wer den konkreten Bedarf, mehr zu Migration herauszufinden, wer von den Bedarfsträgern diesen Bedarf bei Ihnen angemeldet hat?

Zeuge M. S.: Thematisiert wurde das Thema Migration hauptsächlich von uns proaktiv. Ich muss dazusagen, dass es allerdings so ist, dass die Zuständigkeit für Migration selbst zu dem Zeitpunkt nicht eigentlich bei uns lag in der Federführung. Wir haben da nur zugearbeitet. Wir haben uns hauptsächlich auf die Binnenflucht konzentriert und haben, wo wir konnten, einem anderen Fachbereich zugearbeitet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das Thema selbst sozusagen aufgesetzt?

Zeuge M. S.: Ja. Wir haben es etwas breiter betrachtet, einfach um ein aus unserer Sicht besseres Bild zu haben. Das haben wir über die Fragen dann versucht zu steuern.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir sagen, welche Anknüpfung das zu dem insgesamten Auftrag der Bundesregierung gegenüber dem BND hat?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Ja, gut, das Thema Migration an sich ist hoch priorisiert.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Auftrag der Bundesregierung?

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zum Thema „innerafghanische Friedensgespräche, Szenarienbildung“. Am 14.02. haben Sie für den 29.10.2020 zu einem Brainstorming eingeladen. Hier wollten sie zusammen mit den Kollegen und Kolleginnen Faktoren für eine Szenarienanalyse entwickeln. Da ist unter anderem - ich lese einmal kurz vor; das ist MAT A BND-3.146 VS-NfD, Blatt 81:

Ziel ist es, ein Brainstorming durchzuführen, an dessen Ende wir die Frage beantworten, welche Ausgänge (Zukünfte) sich aus den innerafghanischen Verhandlungen ... ergeben können. Hierzu bitte ich, sich zu den nachfolgenden Leitfragen Gedanken zu machen:

1. Welche unabhängigen Faktoren (nicht Indikatoren) haben einen Einfluss auf die IAV?
2. Welche dieser Faktoren sind bestimmend (mit Begründung)?

Können Sie da einmal kurz erklären: Was ist der Unterschied zwischen Faktoren und Indikatoren, und was war der Anlass dafür, dass Sie so ein Brainstorming in Auftrag gegeben haben?

Zeuge M. S.: Ja. Einmal, die erste Frage: Faktoren, Indikatoren. Die Faktoren setzen sich aus Indikatoren zusammen. Das heißt, Indikatoren sind das mehr oder minder Beobachtbare der Faktoren, die dann nachher Rückschlüsse auf die Gesamtlage zulassen. Da ging es eben darum, die wichtigsten zu identifizieren. - Das zum ersten Teil.

Zum Zweiten: was mich dazu veranlasst hat. Der Referatsleiter hat mir da einen klaren Auftrag erteilt, mal zu entwickeln, wie könnte es denn in

Afghanistan weitergehen. Das war der Ausgangspunkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke für die Antwort. - Am 4. August 2021, also knapp zehn Tage vor dem Fall Kabuls, führte der BND ein Fachgespräch mit einem ausländischen Nachrichtendienst, an dem Sie auch teilgenommen haben. Laut den Unterlagen gab es da auch Einschätzungen zu diesen Szenarien; das ist MAT A BND-3.81 VS-NfD, Blatt 250. Hier heißt es:

LBAA trug den aktuellen Stand einer Szenarienanalyse in Arbeit vor.

Ich gehe davon aus, dass sind die Szenarienanalysen, von denen wir gerade gehört haben; falls nicht, bitte intervenieren.

Diese beinhaltete folgende Szenarien: Patt, Emirat 2.0, Bürgerkrieg, und Rumpfrepublik. - Hierbei wurde das Szenario eines Emirates als mittelfristig wahrscheinlichstes Szenario bezeichnet.

Was heißt denn „mittelfristig“ zu diesem Zeitpunkt, am 4. August 21?

Zeuge M. S.: In der Terminologie heißt das den Zeitraum zwei Jahre in etwa. Man muss dazu sagen, dass wir zu dem Zeitpunkt noch mitten in der Erarbeitung waren und natürlich uns auch interessiert hat, was der Partner denkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Sie fragen, weil ich mich sehr gefreut habe über die Methoden, mit denen Sie auch gearbeitet haben - die Kippunkte, die Szenarienanalysen sind sehr hilfreiche Methoden auch, um sich einer Realität zu nähern -, darf ich die Frage stellen, warum Sie so spät diese gute Methoden, jetzt im Rückblick muss man sagen, so spät diese klugen Methoden aufgesetzt haben?

Zeuge M. S.: Na ja, ich formuliere es mal so: Ich bin am 01.04.2020 auf meine derzeitige Zuständigkeit gekommen bzw. auf die damalige im Untersuchungszeitraum. Ich hatte vorher noch einen anderen Auftrag. Und unmittelbar danach,



Nichtöffentlich

mit etwas Zeitverzug, habe ich damit begonnen, im Auftrag des Referatsleiters. Ich persönlich kann sagen: So spät war es gar nicht, im Sinne von persönlich spät. Das war eigentlich relativ kurz nach dem Amtsantritt sozusagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sind das Methoden der Analyse, die geläufig sind beim BND? Hätte der gleiche Auftrag auch schon an Ihren Vorgänger gehen können, oder ist das etwas, was Sie jetzt sozusagen innovativ mit eingebracht haben?

Zeuge M. S.: Das ist eine situative Antwort. Die Frage ist, ob das andere Vorgesetzte auch so sehen. Das kann ich natürlich jetzt schlecht beantworten. Aber ich selber kann sagen, dass ich das Tool da nicht zum ersten Mal eingesetzt habe, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht zum ersten Mal?

Zeuge M. S.: - nicht zum ersten Mal, und entsprechend da auch meine Sache - - sozusagen dabei war, das einzusetzen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Szenarienanalyse meinten Sie jetzt?

Zeuge M. S.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bei den Kippunkten? Haben Sie auch schon mal mit dem Tool „Kippunkte“ gearbeitet?

Zeuge M. S.: Ja, mehr oder minder. Wir haben es mal Triggerpunkte genannt. Das ist im Wording dann einfach so entstanden. Aber ich muss dazu sagen: so, in der Intensität, wie wir es da gemacht haben mit den Kippunkten, vorher noch nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Frau Kollegin, das Tool der Zeiterfassung haben wir schon überzogen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schade.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir gehen rüber zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beschränke ich mich in diesem Format auf drei abschließende Themenbereiche. Bei uns taucht in den Akten zu Fundstücken MAT A AA-8.142 VS-NfD auf Blatt 19 und 85 der Sachverhalt von Busoperationen auf. Da ist von Busoperationen und Evakuierungen die Rede. Können Sie uns dazu was sagen?

Zeuge M. S.: Nein. Das sagt mir nichts.

Stefan Keuter (AfD): Der Sachverhalt, dass Personen zum Flughafen begleitet worden sind mit Genehmigung der Taliban oder jedenfalls durch die Taliban, da haben Sie keine Kenntnis drüber?

Zeuge M. S.: Ich habe Kenntnis darüber - - Sie reden jetzt wahrscheinlich von der Evakuierungsphase.

Stefan Keuter (AfD): Ja.

Zeuge M. S.: Gut. - Ich habe Kenntnis darüber, dass die Taliban an der Verkehrsregelung und, sagen wir mal, an den Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung beteiligt waren. Das ist korrekt.

Stefan Keuter (AfD): Da tauchen auch Begriffe wie „kostenpflichtige Deals“ oder „kostenintensive Deals“ auf, dass also dafür bezahlt worden ist, dass die Taliban bestimmte Konvois oder Fahrzeuge durchgelassen haben. Haben Sie darüber Erkenntnisse?

Zeuge M. S.: Da kann ich nichts zu sagen.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Dann haben wir den ersten Themenbereich schon abgehandelt. - Bekanntlich hagelte es ja im August 2021 massive Kritik am BND. Der wurde dafür verantwortlich gemacht, dass er den schnellen Fall Kabuls nicht hervorgesehen hätte. Der Zeuge W. hatte hier allerdings im Januar dargelegt, dass dies ursächlich damit zusammenhängt, dass die Amerikaner sowohl die Green Zone als auch die US-Botschaft



Nichtöffentlich

in der Nacht auf den 15. August verlassen haben. Ist das auch Ihr Kenntnisstand?

Zeuge M. S.: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Über diesen Schritt der Amerikaner, die Green Zone plötzlich zu verlassen, sei die deutsche Seite laut des Zeugen W. überrascht worden, und nicht einmal der BND zuvor durch die amerikanischen Partner informiert worden. Ist das auch Ihr Kenntnisstand?

Zeuge M. S.: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Wissen Sie, weshalb die US-Administration weder die Bundesregierung noch den BND über diese Schritte informierte?

Zeuge M. S.: Keine Hintergründe bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Dann kommen wir zum letzten Punkt. Aus dem Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes des Jahres 2021 geht hervor, dass 31 Prozent der zum Teil tödlichen Angriffe auf Journalisten in der Republik Afghanistan auf Regierungsvertreter zurückging; Fundstelle: MAT A BKA-3.07, Blatt 16. Uns liegt ferner auch - MAT A BKA-3.64, Blatt 54 - eine Anfrage des Auswärtigen Amtes an den Bundesnachrichtendienst vom August 20 vor. Der BND wurde um Einschätzung zu Vorwürfen gebeten, die in einem Brief an Präsident Ghani von afghanischen Oppositionellen erhoben worden waren. Ghanis Umfeld, unter anderem seinem Vizepräsidenten, wurde hierbei vorgeworfen, zu gezielten Tötungen früherer Staatsminister und politischer Gegner aufgerufen zu haben und durch Drohungen ein Klima des Terrors erzeugt zu haben. Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt?

Zeuge M. S.: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Dann war es das in diesem Format. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. Dann geht das Fragerecht zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank, Vorsitzender. - Ich habe auch nur zwei kurze Rückfragen. Wir haben uns vorhin über die Tatsache unterhalten, dass die verschiedenen Ressorts eben auch Lagebilder erstellen und sich ein Bild machen und Sie dort zuliefern. Im Grunde genommen liefern Sie zu, aber auch die Ressorts haben eigene Informationsquellen, sodass Sie da eben so eine parallele Rolle haben, aber gleichzeitig auch diese Zulieferrolle haben. Inwiefern haben Sie das als Ihre Aufgabe betrachtet, wenn Sie gesehen haben, dass Lagebilder von anderen Ressorts vielleicht nicht Ihren entsprechen oder Sie da Korrekturbedarf gesehen haben, sie darauf aufmerksam zu machen? Haben Sie einfach nur geliefert, oder haben Sie auch versucht, zu intervenieren oder zu korrigieren?

Zeuge M. S.: Man hat mit den Ressorts im Dialog jeweils die Lage dargestellt und dann eben diskutiert, sofern, sagen wir mal, hier der Bedarf bestand. Wenn ich dann festgestellt habe, da sind Ablagen drin, habe ich eben noch mal dargestellt, wie sich unsere Erkenntnis ableitet, und dann darauf hingewiesen. Und, ja, eine unserer Erfahrungen ist halt, dass wir da vielleicht an mancher Stelle deutlicher hätten sein sollen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was war denn Ihre Erwartung, wo solche Widersprüche oder Diskrepanzen aufgelöst werden sollten und durch wen, wenn es welche gibt?

Zeuge M. S.: Also, in Sachen Lage war das Auflösen der Diskrepanzen, wenn das jetzt im Gespräch mit dem Ressort war, vor allem wenn es um den Bereich Sicherheitslage ging, unsere.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also Ihre Aufgabe, das aufzulösen?

Zeuge M. S.: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, ja. - Hatten Sie den Eindruck oder haben Sie den Eindruck, dass in den anderen Häusern die Wahrscheinlichkeitsskala, die Sie im BND verwenden, verstanden wird, also nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch verstanden wird?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: Das ist in Summe zu ganzen Häusern schwierig zu sagen, wie der Einzelne das verstanden hat. Wir haben zumindest wahrgenommen, dass das Lageverständnis und die Tendenz, dass die wahrgenommen wurden. Das war aus unserer Sicht das Wesentliche. Insofern sind wir davon ausgegangen, dass das zumindest überwiegend auf der Grundlinie verstanden wurde.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir hatten vorhin einen Zeugen, der hatte „eher unwahrscheinlich“ als eine Eintrittswahrscheinlichkeit von fünf Prozent verstanden zum Beispiel. Also, da gibt es wahrscheinlich schon noch auch Diskussionsbedarf, weil das natürlich gerade bei solchen Lagen, die eskalieren, unglaublich wichtig ist, das zu verstehen.

Zeuge M. S.: Ja. Da ist natürlich in dieser Wahrscheinlichkeitsdefinition sicher Spannung drin. Das ist so. Ja, da wäre es mal tatsächlich - - darüber nachzudenken. Das ist eine Möglichkeit, ja. Es gibt hier auch unterschiedliche Maßstäbe tatsächlich, wobei ich jetzt nicht sagen möchte, dass es bessere oder schlechtere gibt. Es ist einfach eine Frage der Anwendung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie hatten gerade eben gesagt, dass es vielleicht noch mehr Nachdruck braucht, wenn es irgendwie unklare Lagen gibt oder Diskrepanzen gibt, dass Sie da als Haus vielleicht da noch etwas deutlicher werden müssen. Vielleicht meinen Sie, dass es auch mit Bezug auf Wahrnehmung von Wahrscheinlichkeiten sein könnte, dass Sie da deutlicher und vielleicht auch noch ein bisschen pädagogischer sein müssten?

Zeuge M. S.: Tatsächlich hat der Denkprozess auch schon, ich sage mal, stattgefunden und findet noch statt. Ich nehme wahr, dass inzwischen das eine oder andere an vielleicht nicht klarer Sprache klarer formuliert wird.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist eines der Learnings sozusagen aus - -

Zeuge M. S.: Das kann man genau so sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann bedanke ich mich bei Ihnen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Jurisch. - Dann stelle ich fest, dass wir in der nichteingestuften Sitzung mit den Fragen - nicht durch sind? - Bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Zugabe noch für die Frau Kollegin von den Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Herr Vorsitzender für die Gelegenheit. - Ich hatte aufgehört bei dem Punkt, ob der Auftrag sozusagen zu spät gegeben wurde, die Szenarienanalyse zum Beispiel zu machen. Sie haben gesagt, für Sie kam das sozusagen, jetzt rein biografisch gesehen, früh, weil Sie waren gerade erst auf dem Posten. Haben Sie denn in dem Moment, wo Ihnen der Auftrag gegeben wurde, gedacht: „Ja, da habe ich jetzt noch Zeit“ oder: „Huch, warum hat mein Vorgänger das nicht schon angefangen“? Oder - -

Zeuge M. S.: Nee, ich habe nur einfach gedacht - - Ich habe versucht, dieses Produkt so schnell wie möglich rauszubringen -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge M. S.: - im Sinne der Informationen auch für die Bundesregierung, weil mir klar war, dass natürlich das eine Basis für eine Vorbereitung von Entscheidungen sein kann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie das hinsichtlich des Abzugstermins beurteilt?

Zeuge M. S.: Wie meinen Sie jetzt genau?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie sozusagen Zeitstress jetzt aufgrund eines möglichen Abzugs, oder war das eher so schnell wie möglich, aber jetzt ohne gefühlte Deadline innerlich?



Nichtöffentlich

Zeuge M. S.: So schnell wie möglich, aber natürlich auch mit Blick auf den 30.04.2021.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke. Ich habe keine Fragen mehr. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann stelle ich jetzt fest, dass das die Fragen waren, die wir in nichteingestufte Sitzung behandelt haben, und frage den Ausschuss, ob es gewünscht wird, dass wir in eingestufte Sitzung fortfahren. - Es gibt einen Antrag dahin gehend. - Bitte sehr.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank.- Der Zeuge hat eben in der Befragung ganz klar gesagt, dass er Antworten auf eine von mir gestellte Frage hat, die er allerdings nicht in dem gegebenen Format, sondern im eingestuften Format geben kann. Ich halte die Antwort auf diese Frage, insbesondere ob unsere Partner, die USA, Standorte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weitergegeben haben, für die Aufklärungsarbeit dieses Ausschusses für sehr wichtig und würde diese Frage gerne im eingestuften Format beantwortet haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wird dazu das Wort gewünscht? - Das sehe ich nicht, dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann sind wir in der Tat am vorläufigen Ende dieser Befragung, wobei ich den Zeugen darauf hinweisen möchte, dass ein Protokoll erstellt wird und dass Sie dann 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Protokollfehler zu monieren oder Ihre Aussage im Nachhinein richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen für Ihr Kommen. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Rechtsanwalt eine gute Heimreise.

Zeuge M. S.: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vor der Vernehmung des dritten Zeugen machen wir eine ganz kurze Pause, jedenfalls so lange, bis der Zeuge hier ist - ich wollte es nur nicht genau terminieren -, ungefähr 10 Minuten. So lange unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von
21.41 bis 22.00 Uhr)



Nichtöffentlich

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben sich alle gestärkt, hoffe ich, sodass wir die Beweisaufnahme mit der nicht-öffentlichen Vernehmung des Zeugen A. R. fortsetzen können.

Vernehmung des Zeugen A. R.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr R., Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. März 2023 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen zu später Stunde und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor. Insofern ist die Formulierung für jeden gleich und nicht unfreundlich.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. - Irgendwann kann ich das auswendig.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge A. R.: Dazu habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Und mein letzter Hinweis an den Zeugen: Wir sind zwar hier in einem abhörgeschützten Sitzungssaal. Der Ausschuss hat sich jedoch darauf geeinigt, für Ihre Vernehmung zunächst nur die Öffentlichkeit auszuschließen, aber die Sitzung vorerst nicht mit einem Geheimhaltungsgrad zu versehen. Sollten Sie daher während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren Kenntnis durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Aber das ist, wie gesagt, auch ein Regel-Ausnahme-Verhältnis, was sich aus der Verfassung ableitet. Wir sind da also streng. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge A. R.: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich zum Ablauf der Vernehmung.

Ich werde ich Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungs-



Nichtöffentlich

ausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen bzw. Ihren Initialen in diesem Fall, Ihrem Alter - nicht dem Geburtsdatum -, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge A. R.: Mein Name ist A. R. Ich bin 48 Jahre alt. Und die Adresse ist die Chausseestraße 92*, meine ich, in Berlin 10115.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und Ihren Beruf verraten Sie uns auch noch?

Zeuge A. R.: Ich bin Angehöriger des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist kein Geheimnis, aber ich muss das trotzdem fragen. Vielen Dank dafür. - Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darstellen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge A. R.: Also, grundsätzlich ist mir erst mal bekannt, um was sich der Untersuchungsausschuss handelt. Ich selber habe aber jetzt keine konkreten Statements abzugeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist auch keine Pflicht. Herzlichen Dank. - Wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin entsprechende Unterlagen vorlegen. Ich bitte noch mal darum, dass zu Beginn der Frage die MAT-Nummer vorgelesen wird. Das erleichtert es, sie schnell zu finden. Ich möchte auch noch mal wiederholend sagen, dass wir für die Anwesenheit des Stenografischen Dienstes ganz besonders dankbar sind um diese Zeit, weil es hier professionell unsere Arbeit erleichtert.

Dann beginnen wir mit den Fragen. Die erste Frage hat die SPD-Fraktion, der Kollege Jörg Nürnberger. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Guten Abend, Herr Zeuge, auch von unserer Seite! Wir würden uns gern eingangs zunächst mit Ihrer Funktion im BND beschäftigen. Und die erste Frage: Ist es richtig, dass Sie über den gesamten Untersuchungszeitraum zunächst als Referent und dann später als Leiter des Sachgebietes LBIA - Einsatzbegleitung Bundeswehr Einsatzpool 1 - tätig waren?

Zeuge A. R.: Das ist richtig. Ich war über den gesamten Zeitraum kommissarisch zunächst und dann schließlich auch endgültig zuständig für die von Ihnen beschriebenen Tätigkeiten.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem die Struktur des BND natürlich nicht jedem bekannt ist und auch nicht bekannt sein soll, können Sie uns zu Beginn Ihrer Vernehmung nähere Angaben über die Struktur und die Aufgaben ebendieses, Ihres Referates, erläutern und darstellen, bitte?

Zeuge A. R.: Also, das durch mich geführte Personal stellt sozusagen oder stellte in dem Untersuchungszeitraum sicher, dass die Bundeswehr gemäß dem vereinbarten Auftrag durch den BND nachrichtendienstlich unterstützt wird.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie das etwas konkretisieren, damit wir uns vorstellen können, was das in der Realität genau bedeutet?

Zeuge A. R.: Also, grundsätzlich stellen wir Personal ab, das sozusagen in einer autarken Dienststelle vor Ort die Bundeswehr dahin gehend unterstützt, dass die Produkte des Bundesnachrichtendienstes der militärischen Führung zur Verfügung stehen und somit der Force Protection, also der sogenannten Warn- und Schutzfunktion, Genüge tun und - - Ja, das sind so die wesentlichen Aufgaben.

Jörg Nürnberger (SPD): Verstehe ich Sie dahin gehend richtig, dass dann dort die Zusammenarbeit jeweils mit dem Führungsgrundgebiet 2, wenn ich mich recht entsinne in meiner lange



Nichtöffentlich

zurückliegenden militärischen Tätigkeit, zusammenarbeitet?

Zeuge A. R.: Also, das betrifft unter anderem das Führungsgrundgebiet 2 - das ist richtig -, aber auch die unmittelbare Beratung des Kontingentführers und auch höherer deutscher Offiziere, die dann im jeweiligen Einsatzgebiet eingesetzt sind, in dem konkreten Fall in Afghanistan.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es dann tatsächlich so zu verstehen, dass die von Ihnen vor Ort eingesetzten Mitarbeiter/-innen so eine Art Mittlerrolle übernehmen zwischen den Erkenntnissen, die zum Beispiel frühere Zeugen im Rahmen ihrer Auswertungen in Produkte gefasst haben und dann von den von Ihnen betreuten Mitarbeiterinnen an die Truppe weitergegeben werden?

Zeuge A. R.: Das ist ein System, was in beide Richtungen führt. Sie haben vollkommen richtig dargestellt, wir unterstützen die Truppe, indem wir die Produkte unseres Hauses zur Verfügung stellen, aber auch Beratung leisten unmittelbar im Gespräch und auch gleichzeitig entsprechende Fragen vonseiten der Streitkräfte verarbeiten und dann eben mit unserem Bereich hier in Deutschland jeweils abklären.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es, weil Sie gerade selber erwähnt haben, dass es in beide Richtungen funktioniert, auch ein Teil der Informationsgewinnung, wenn Ihnen aus den Gesprächen dieser Mitarbeiter mit der Truppe besonders relevante Informationen bekannt werden, die vielleicht nicht auf anderem Wege den Nachrichtendiensten zugänglich gemacht werden, dass Sie denn die auch weiterleiten?

Zeuge A. R.: Grundsätzlich besteht ein Informationsaustausch auch zwischen der Bundeswehr und dem BND, und in dem Rahmen kriegen wir auch die Informationen zur Verfügung gestellt.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, auch Ihr Sachgebiet ist zumindest in der Theorie hier eingebunden?

Zeuge A. R.: Richtig.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem wir jetzt die Grundzüge Ihrer Arbeitsweise etwas besser verstehen, will ich Sie fragen: Was ist dann ganz persönlich Ihre Aufgabe als Referent gewesen? Welche Aufgaben hatten Sie zu erledigen? Wie muss ich mir Ihren Arbeitsablauf vorstellen?

Zeuge A. R.: Also, ich war ja zu dem Zeitpunkt bereits sozusagen der kommissarische Sachgebietsleiter von dem Bereich, und ich habe zwei Elemente betreut, also diese sogenannten Elemente, die da im Einsatz sind, eins in Kabul und eins in Masar-i-Scharif. In dem Zusammenhang bin ich zuständig gewesen sowohl für die Sicherstellung, dass immer entsprechend Personal vor Ort ist, zeitgerecht auf die Reise geschickt wird, gleichzeitig natürlich alle Aufgaben, die ein Vorgesetzter hat, über die entsprechende Führung des Personals bis hin auch zur Sicherstellung der materiellen Einsatzbereitschaft, das dann mit Unterstützung natürlich unseres Hauses und den entsprechenden Stellen, sodass vor Ort immer die Einsatzbereitschaft gegeben ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem ja die Kontingente in Afghanistan regelmäßig ausgetauscht worden sind, trifft das dann auch für die Mitarbeiter zu, die die jeweiligen Truppenkontingente betreut haben, dass die in einem ähnlichen oder vielleicht einem anderen Rhythmus entsprechend auch wieder Richtung Heimat geschickt wurden und ausgetauscht wurden?

Zeuge A. R.: Ja. Wir haben ein Wechselsystem etabliert gehabt, um die Phasen vom Einsatz und Erholung in einem gesunden Maß zu halten. Das orientiert sich im Groben auch an dem, was in der Bundeswehr üblich ist. Und natürlich haben wir das Personal ausgetauscht. Sie waren in kürzeren Zeiträumen in der Regel vor Ort, sind aber dafür öfters innerhalb eines Jahreszeitraums in den Einsatz gegangen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank so weit. - Wir haben ja bereits hier ganz verschiedene Personen aus Ihrem Hause vernommen, unter anderem den Leiter für die Beschaffung im Referat LBB oder auch den für die Auswertung zuständigen Mitarbeiter aus dem Referat LBA und den Sachgebietsleiter LBAEY. Wenn Sie sich jetzt



Nichtöffentlich

hier einordnen müssten, gehören Sie eher in den Bereich Beschaffung, oder ist es dann eher etwas, das sich näher an die Auswertung anlehnt, oder, wenn ich Ihre Ausführungen vorhin richtig verstanden habe, ist es eher etwas sui generis, das eine ganz eigene Funktion wahrnimmt?

Zeuge A. R.: Also, es ist in gewisser Weise auch ein Teil der Beschaffung, richtig. Es ist ein Teil auch der Auswertung, aber eher als Verbindungselement. Und selbstverständlich, man müsste es eher beschreiben vergleichbar wie Beratung zum Beispiel des Personals des Auswärtigen Amtes durch Mitarbeiter von uns im Ausland. Wir haben dann eben die Bundeswehr als Abnehmer. Das ist vielleicht der einfachste Vergleich.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie mir beschreiben, wie die Zusammenarbeit mit den beiden Referaten, die ich schon genannt habe, LBA und LBB, funktioniert hat? War der Informationsaustausch regelmäßig? Wie war die Auftragssteuerung für die Mitarbeiter dann tatsächlich vor Ort in dieser Einsatzbegleitung - ein Begriff, an den ich mich erst gewöhnen muss - strukturiert? Und wie verliefen da die Arbeitsabläufe?

Zeuge A. R.: Also, grundsätzlich ist es so, dass die engste Zusammenarbeit mit dem auswertenden Bereich stattfindet, also das von Ihnen genannte Referat LBA und mit den beiden zuständigen auswertenden Sachgebieten. Da gab es täglich Kontakt und routinemäßig auch Kontakt, weil natürlich die entsprechend sowohl gewisse Informationen eingeordnet haben möchten und Ähnliches, gleichzeitig natürlich die auch diejenigen sind, die uns die Produkte zur Verfügung stellen, die auch mal kurzfristig Anfragen der Truppe bearbeiten können etc. pp.

Mit dem Bereich LBB haben wir insofern keine großen Kontakte gehabt, außer dass im Rahmen bestimmter Abstimmungsrunden innerhalb des Hauses jährlich eventuell Fragen zum Deconflicting stattgefunden haben, aber keinen direkten Kontakt.

Jörg Nürnberger (SPD): Das bedeutet aber dann auch, wenn ich Sie richtig verstehe, dass es auch im Hinblick auf die sogenannte Force Protection,

die eigentlich auch LBB mit zugeordnet ist, tatsächlich mit den Mitarbeitern, die von Ihnen eingesetzt worden sind, keine Berührungspunkte oder Schnittpunkte in der Arbeit gegeben hat?

Zeuge A. R.: Also Berührungspunkte, wie eben angesprochen, nur im reinen Deconflicting, dass man sozusagen jeder in seinem Bereich auch seine Aufgaben wahrnimmt, aber nicht grundsätzlich. Natürlich liegen auch LBB unsere Erkenntnisse vor, weil die letztendlich auch mit LBA im engen Kontakt und Austausch stehen. Das ist jetzt nicht so, dass wir da keinerlei Informationsaustausch in dem Sinne haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie erwähnt haben, dass es in Ihrem Dienst die Einrichtung eines Deconflicting gibt, dann bedeutet es ja denknotwendigerweise, dass es offensichtlich zu Konflikten kommen kann, die dann aufgeklärt bzw. beigelegt werden müssen. Können Sie mir Beispiele sagen, die im Zusammenhang mit dem Untersuchungszeitraum stehen, wo es zu solchen Konflikten gekommen ist, welchen Umfang diese Konflikte hatten, welche Inhalte, und wie dann die Konfliktbeilegung vonstattenging?

Zeuge A. R.: In dem Zusammenhang würde ich das Wort „Deconflicting“ nicht als „Konflikt“ bezeichnen, sondern eher mit dem deutschen Wort „Abstimmen“ beschreiben. Und im konkreten Untersuchungszeitraum war der Schwerpunkt der Tätigkeit natürlich die Auflösung unserer Elemente, die ja gemäß dem Auftrag unmittelbar an den Bundeswehreinsatz gebunden sind und natürlich exakt wie die Bundeswehr auch sich in die Abzugsplanung eingereiht haben. Entsprechendes Personal und Material musste dann abgestimmt auch zurückgeführt werden, bzw. wir mussten natürlich auch entsprechend regeln, wie bestimmte Verfahren auch im operativen Bereich geregelt werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Gleichzeitig gehe ich davon aus, dass Sie auch mit den Residenturen in Afghanistan zusammengearbeitet haben. Ich bitte Sie, mich zu korrigieren, falls es nicht der Fall war. Und ich würde gern die Frage stellen: Wenn es eine Zusammenarbeit gab, welche Bedeutung



Nichtöffentlich

hatten diese Residenturen für Ihre Arbeit und die Arbeit Ihrer eingesetzten Mitarbeiter vor Ort?

Zeuge A. R.: Mit den Residenturen in Afghanistan haben wir selbstverständlich zusammengearbeitet, da auch eine grundsätzliche Verantwortung des Residenten selbst für alle Mitarbeiter gegeben ist. Gleichzeitig gab es auch einen Austausch und gegenseitige Unterstützung. Vor allen Dingen haben wir auch natürlich den Link zur Bundeswehr dargestellt, was dann gerade im Rahmen des Abzuges und nach entsprechenden Antragstellungen auch unseres Hauses über uns auch zum Teil gemanagt worden ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Die nächste Frage richtet sich auf das Zusammenspiel der Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes und der eigenen Aufklärungstätigkeiten der Truppe im Rahmen der militärischen Sicherheit. Können Sie uns beschreiben, wie da die Aufgabenteilung stattgefunden hat, ob sich die beiden Bereiche gegenseitig beeinflusst haben oder ob sie relativ getrennt voneinander waren?

Zeuge A. R.: Also, grundsätzlich haben wir mit der Truppe einen regelmäßigen Austausch gehabt und entsprechend Informationen geteilt, gegenseitig, aber in der Regel im Rahmen von den üblichen im Stabsbetrieb des RC North beispielsweise stattfindenden Abendrunden oder Ähnliches. Es ist * gemeinsam operiert - - oder Ähnliches hat nicht stattgefunden. Das verbietet auch der, ich sage mal, verfassungsmäßige Grundsatz, dass der Bundeswehr nicht gestattet ist, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Waren Sie im Rahmen Ihrer Einsatzbegleitung auch selbst in Afghanistan vor Ort? Haben Sie sich dort vor Ort kundig gemacht?

Zeuge A. R.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn wir das Wort „Einsatzbegleitung“ hören, dann ist ja das volkstümliche Verständnis darin, dass ich eine Truppe im Einsatz habe, also tatsächlich in einer Operation und ich mir so landläufig vorstellen könnte, dass

dort in diesem Einsatz tatsächlich der Mitarbeiter, die Mitarbeiterin des BND an dieser Operation auch physisch mit beteiligt ist. Ist das eine landläufige und damit falsche Vorstellung? Und bezieht sich die Arbeit dann doch eher auf die Tätigkeit innerhalb des Compounds und der entsprechenden administrativ-nachrichtendienstlichen Darstellung der Sicherheit?

Zeuge A. R.: Also, als Dienststelle des BNDs arbeiten wir grundsätzlich unabhängig von den Streitkräften und tauschen im Rahmen der Stabsarbeit die Informationen aus. Wir haben keine unmittelbare Beteiligung an den Operationen im Sinne gehabt, dass wir, ich sage jetzt mal, wie Sie sich das vielleicht vorstellen, irgendwo rausgefahren sind und mit der Truppe zusammen durch die Lande gestreift sind. Nein, das ist nicht unser Auftrag gewesen.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben die Mitarbeiter, die Sie in Afghanistan vor Ort hatten, tatsächlich auch eigene Aufklärungsarbeit betrieben im Sinne von Human Intelligence oder des Sammelns von Open Source Intelligence oder Ähnliches?

(ORR Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Bitte schön.

ORR Michael Steppan (BKAm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Das betrifft leider die operative Methodik und das operative Vorgehen und kann deswegen nicht beantwortet werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist so.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht kann ich die Frage derart allgemein formulieren, dass es auch die Zustimmung der Bundesregierung finden kann. Waren die von Ihnen eingesetzten Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen auch an der Nachrichtengewinnung selbst vor Ort beteiligt?

Zeuge A. R.: Das ist jetzt auch nur eine allgemeine Formulierung: Im Sinne, dass wir von der



Nichtöffentlich

Bundeswehr Informationen bekommen haben, ja, auf jeden Fall auch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Trennung dessen, was wir hier fragen dürfen, ist ja klar. Wir dürfen nicht nach den Methoden der Nachrichtengewinnung fragen - das ist einleuchtend -, aber nach dem, was dabei entstanden ist, schon. Insofern glaube ich, ist das okay so.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich Ihre Aussagen vorhin richtig in Erinnerung habe, dann hat diese Einsatzbegleitung natürlich nicht nur während des Untersuchungszeitraums im Hinblick auf die Resolute Support Mission bis Juni 2021 stattgefunden, sondern es ist richtig, dass Sie auch während der Evakuierungsmission bis August 2021 diese Einsatzbegleitung durch Ihre Kräfte fortgeführt haben. Sie haben vorhin erwähnt, dass es beim Rückzug dann tatsächlich auch darauf ankam, dort entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Zeuge A. R.: Dann habe ich mich nicht präzise genug ausgedrückt, präzisiere hiermit. In dem Sinne meinte ich den regulären Abzug der Bundeswehr gemäß der Planung, die ja, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, am 4. Juli abgeschlossen war. In dem Zusammenhang sind auch die letzten Mitarbeiter aus meinem Bereich bereits Ende Juni 2020 - nein, 21 war es - zurückgekehrt.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie im Nachhinein bewerten sollten, wie sich die Sicherheitslage in Afghanistan während des Zeitraums, den Sie jetzt eingegrenzt haben, entwickelt hat, wie können Sie aus den Erfahrungen der von Ihnen eingesetzten Mitarbeiter die Entwicklung der Sicherheitslage in kurzer Form darstellen über den Zeitraum hinweg?

Zeuge A. R.: Also, im Rahmen des Untersuchungszeitraumes war die Gefährdung der internationalen Kräfte zu einem gewissen Grad zurückgegangen aufgrund der entsprechenden Abkommen zwischen der US-Regierung und den Taliban. Nichtsdestotrotz hat sich - und hier schließe ich mich an - auch für unsere ausländischen Bereiche insgesamt die Sicherheitslage über die Jahre immer weiter verschlechtert.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem Sie sehr nahe an der Truppe waren und es natürlich dann auch - - bzw. Sie und Ihre Mitarbeiter es aus eigener Wahrnehmung beurteilen können, hat sich der Aktionsradius der deutschen eingesetzten Streitkräfte über die Zeit hinweg noch weiter reduziert? Wir haben häufig hier das Schlagwort des Einklappens der Speichen benutzt. Ist das eine Beobachtung, die Sie aus eigenem oder dem Wissen Ihrer Mitarbeiter, das an Sie weitergetragen wurde, bestätigen können?

Zeuge A. R.: Also, nach meiner Kenntnis hat ein tatsächliches Einklappen der Speichen in der Form nicht stattgefunden. Die letzten Kräfte wurden aus Masar-i-Scharif nach meiner Kenntnis abgezogen, Anfang Juli 2021. Und in dem Sinne ist aber selbstverständlich, dass im Rahmen der Abzugsplanung schrittweise das Personal vor Ort reduziert wurde - das galt sowohl für meine Bereiche als auch für den Bereich der Bundeswehr - und wurde dann schließlich beendet. In dem Sinne hat sich selbstverständlich der Radius der möglichen Tätigkeiten der eingesetzten Kräfte reduziert.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine letzte Frage, bevor wir dann vielleicht weitergeben müssen: Wir haben festgestellt, es gab den BND in all seinen Facetten vor Ort. Es gab das Militärische Nachrichtenwesen, das eigene Informationen, nicht im nachrichtendienstlichen Sinne - das haben Sie ja geschildert, dass da verfassungsrechtliche Hürden bestehen -, gewonnen hat. Worin bestand denn dann tatsächlich der Mehrwert dieser Einsatzbegleitung durch das Referat LBI? Was war der Sinn, um es mal ganz drastisch zu formulieren, Steuergelder dafür zu verwenden, Ihre Tätigkeit vor Ort durchzuführen?

Zeuge A. R.: Im Prinzip würde ich mich da an meine ganz frühe Äußerung anschließen. Wir haben im Prinzip den Streitkräften den Mehrwert, den der Bundesnachrichtendienst bietet durch seine Auftrags- oder Aufgabenwahrnehmung, der Truppe unmittelbar vor Ort zur Verfügung stellen können. Das ist der Mehrwert, über den die Truppe ansonsten nicht verfügen würde.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Und andere Möglichkeiten, diese Informationen ohne Personaleinsatz zu übermitteln, waren nicht möglich oder denkbar?

Zeuge A. R.: Grundsätzlich ist das möglich. Allerdings ist die Reaktionsfähigkeit immer eingeschränkter. Und wenn eigenes Personal vor Ort ist, ist das deutlich einfacher zu gestalten.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, Sie haben die Produkte bekommen und haben sie dann unmittelbar an die Truppe weitergegeben.

Zeuge A. R.: Auch, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann danke ich so weit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt ist der Kollege Erndl dran.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen in unserer Runde, Herr Zeuge! - Ich zitiere aus einem Entwurf einer Vorlage vom 3. März 2021 - oder ich zitiere nicht, aber ich beziehe mich auf die. Das ist die MAT A BND-3.150 VS-NfD, Blatt 331 bis 338. Aus diesem Entwurf einer Vorlage geht hervor, dass die vom LBI genutzten Fahrzeuge und Kommunikationsmittel bereits Ende 2020 nach Deutschland zurückverlegt worden waren. Warum war eben zu diesem frühen Zeitpunkt schon diese Rückverlagerung geschehen?

Zeuge A. R.: Das ist den unmittelbaren Umständen vor Ort geschuldet. In Kabul gab es erhebliche Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit außerhalb der Feldlager. Das, wenn Sie sich vielleicht erinnern, waren ja die Hochzeiten auch von Covid, und die US-Amerikaner haben eine relativ strikte Policy in der Hinsicht gefahren. Zum Zweiten war unsere Absicht, möglichst früh unsere Fahrzeuge nach Deutschland zurückzuführen, weil wir gleichzeitig immer noch die Möglichkeit haben, auch auf Fahrzeuge der Bundeswehr zurückzugreifen, wenn wir sie denn benötigen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. - Zur Durchführung Ihrer Tätigkeit war dann diese Ausrüstung nicht unbedingt erforderlich?

Zeuge A. R.: Grundsätzlich benötigen wir auch Fahrzeuge für unsere Tätigkeit, aber, wie ich eben gerade sagte, wenn wir sie gebraucht haben, könnten wir auch auf die Bundeswehr bzw., wie Sie auch in dem Schriftstück sehen, auf andere Dienststellen unseres Hauses zurückgreifen, die planmäßig ja im Land verbleiben sollten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und das bezog sich auch auf die Kommunikationsmittel, die dann schon zurückverlegt wurden.

Zeuge A. R.: Kommunikationsmittel haben wir lediglich umgestellt. Wir haben die Anbindung weiterhin sichergestellt bis zum Schluss auf ein mobiles System. Da * ging es um die normalen *.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Was muss ich mir unter dem Arbeitsschwerpunkt „Verbindungshaltung zu den Bundeswehrkontingenten und Beratung der DEU Generalität“ vorstellen? Können Sie das etwas ausführen?

Zeuge A. R.: Das ist das, was ich als Schwerpunktauftrag auch mit beschrieben habe, dass wir im Prinzip den Beratungsbedarf der Streitkräfte, also der Generalität, sprich: des Kontingentführers in Masar-i-Scharif oder des Chefs des Stabes Resolute Support in Kabul sichergestellt haben, plus zu dem Zeitpunkt befand sich auch noch weitere Generalität vor Ort. Und wir haben natürlich auch in Masar-i-Scharif noch intensiv mit dem Bereich des militärischen Nachrichtenwesens zusammengearbeitet.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich beziehe mich auf eine E-Mail Anfang Juni 21, und zwar ist das MAT A BND-3.158 VS-NfD, Blatt 80 bis 83. In der beschrieb der Referatsleiter LBA die Endphase der Force Protection bis zum 4. Juli 2021 zwar jetzt nicht als direkten „Blindflug“, aber eben als einen „Flug bei extrem schlechter Sicht“. Wie beurteilen Sie diese Aussage? Also, konnte LBI in dieser Abschlussphase sozusagen ihre Rolle noch vollends ausfüllen?

Zeuge A. R.: Also, da ich den - - die Einschätzung des Referatsleiters mir so nicht bekannt ist, kann ich dazu keine Aussage treffen. Grundsätzlich haben wir unseren Auftrag bis zum Ausflug der



Nichtöffentlich

Mitarbeiter - das war, wie gesagt, in Kabul etwas eher, Anfang Juni bereits, und in Masar-i-Scharif Ende Juni 2021 - durchführen und vor allen Dingen auch als Back-up zur Verfügung stehen - - der entsprechenden Führung vor Ort, für den Fall, dass sich die Lage signifikant verändert hätte. Von der Sache her konnten wir den Auftrag bis zum Ausflug auch durchführen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also würden Sie sagen, vollumfänglich der Aufgabe als Provider der Force Protection gerecht werden bis sozusagen zu dem Schluss.

Zeuge A. R.: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. Danke schön. - Dann nächster Fragenblock. LBI war mit den Mitarbeitern vor Ort stark in militärische Abläufe in Institutionen eingebunden, so etwa eben auch im Headquarter RS, Resolute Support. Ich zitiere aus einem Dokument, MAT A BND-3.150 VS-NfD, Blatt 335, eine Vorlage - jetzt muss ich mal schauen -:

Die hier gewonnenen Informationen tragen zu einem nicht unerheblichen Maß zum Lagebild der Auswertung bei.

Wie würden Sie grundsätzlich die Zusammenarbeit von LBI und Bundeswehr eben im Headquarter RS bewerten?

Zeuge A. R.: Die Zusammenarbeit war im Rahmen der Aufgaben gut.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Inwiefern spielte Ihr Bereich bei der Informationsbeschaffung zur Lage Blau eine Rolle?

Zeuge A. R.: Also, grundsätzlich beschaffen wir keine Informationen zur Lage Blau. Wir tauschen uns aber selbstverständlich auch mit den entsprechenden Dienststellen der Bundeswehr aus, schon allein aus der Tatsache heraus, dass wir ja unmittelbar an die logistische Unterstützung der Bundeswehr gebunden waren - - und in der Phase, die eine sehr, sehr wichtige Rolle spielte,

sodass wir auch unser Material über die Bundeswehr, so wie es auch vereinbart ist, abziehen können.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Waren Sie auch in militärische Lagebesprechungen der NATO integriert?

Zeuge A. R.: Wir tauschen uns auch mit den Staaten der Partner natürlich aus und besprechen uns da ebenfalls.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gab es dort irgendwie Konkurrenzsituationen - BND und sozusagen reguläre militärische Vertreter - im Rahmen dieses Austausches? Wie würden Sie das beurteilen?

Zeuge A. R.: Also, das ist mir so nicht bewusst geworden; zumindest ist das nicht von meinen Mitarbeitern mir so mitgeteilt worden. Die Zusammenarbeit war insgesamt durchaus gut.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - In einer E-Mail schreiben Sie - und das ist dann MAT A BND-3.69 VS-NfD Austausch, Blatt 40 bis 47 -, dass General Poschwatta bereits im Oktober 2020 für eine schnelle Schließung des Anteils LBI im Headquarter RS votierte. Warum war der deutsche Chief of Staff nicht an einem Verbleib von LBI interessiert?

Zeuge A. R.: Also, die ganz persönliche Meinung vom Chef des Stabes kenne ich dazu nicht, natürlich. Der Chef des Stabes war zu dem Zeitpunkt sehr eng auch in die Prozesse der internationalen Kräfte eingebunden, was seiner Rolle ja auch entspricht. Die Überlegung, so wie ich sie nachvollziehen kann, war, dass insbesondere die Amerikaner sehr viel Druck gemacht haben, Personal aus dem unmittelbaren Bereich des HQ RS herauszubekommen. Dem sind wir dann auch nachgekommen, weil wir uns perspektivisch dann auf den Bereich des HKIA begeben haben, wo die Masse der deutschen Soldaten ja auch eingesetzt war und wo wir auch unmittelbar weiterhin Kontakt zur Truppe haben konnten und eben dort unseren Auftrag in der Endphase durchgeführt und unseren Bereich im HQ RS



Nichtöffentlich

frühzeitig auch abgegeben haben an die US-Amerikaner, denen die Liegenschaft ja zu dem Zeitpunkt gehört hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Dann geht es ja bei Force Protection - - Oder es ist so, dass es im Wesentlichen natürlich abhängig ist von der Bewertung der Sicherheitslage. Wie war denn LBI bei der Bewertung der Sicherheitslage konkret eingebunden?

Zeuge A. R.: Also, die Sicherheitslage selber wird natürlich im Schwerpunkt in unserem auswertenden Bereich eingebunden, weil dem auswertenden Bereich eben das obliegt. Wir sind letztendlich die Mittler zur Bundeswehr gewesen und haben natürlich auch entsprechend beraten entlang dieser auswertenden Bereiche.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie waren sozusagen die Zusammenarbeit und der Austausch mit dem MAD, dem MAD Bundeswehr? Gab es da besondere Strukturen? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge A. R.: Der Auftrag des MAD ist ja ein grundsätzlich anderer als unserer, und natürlich hat man im Rahmen der Sicherheitsrunden, insbesondere oben in Masar-i-Scharif, sich auch ausgetauscht, wenn es um eine unmittelbare potenzielle Bedrohung des Feldlagers ging; aber ansonsten haben wir mit dem Militärischen Abschirmdienst nicht engst zusammengearbeitet, weil ein ganz anderes Aufgabenfeld.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Dann eine weitere Frage: Gab es regelmäßige Kontakte von LBI mit afghanischen Sicherheitsbehörden?

Zeuge A. R.: Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gab es die Möglichkeit, Aussagen zum Zustand der ANDSF und auch zur Durchhaltefähigkeit und zu Verlustzahlen zu machen, oder war das aufgrund dieses fehlenden Austausches dann nicht möglich?

Zeuge A. R.: Wie kann ich die Frage verstehen? Könnten Sie sie noch etwas präzisieren?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Na ja, es ist sozusagen oft auch die Frage gewesen: Welche Art oder welche Quantität Verluste afghanische Sicherheitskräfte? Wie ist der Zustand? - Deswegen die Frage: Was konnte LBI zu solcher Beurteilung beitragen? Und eben verbunden mit der ersten Frage, ob es Kontakte, regelmäßigen Austausch mit afghanischen Sicherheitsbehörden gab.

Zeuge A. R.: Wir haben nicht mit afghanischen Sicherheitsbehörden zusammengearbeitet. Allerdings haben wir natürlich als Teil der dort befindlichen gesamten militärischen Bereiche aller Nationen auch entsprechende Informationen dort bekommen, und die wurden ganz normal, so wie vorhin beschrieben, mit unserem auswertenden Bereich geteilt, und die haben dann zusammen mit den ihnen vorliegenden Informationen ein Lagebild erstellt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wunderbar. Vielen Dank. - Dann noch ein weiterer Fragenblock: LBI sollte im Gleichklang mit der Bundeswehr das Land verlassen. Können Sie grob den Ablauf des Abzugs der LBI-Kräfte beschreiben?

Zeuge A. R.: Also, im ganz Groben haben wir uns angelehnt an das, was die Bundeswehr an Vorgaben gemacht hat, haben unsere entsprechenden Transportkapazitätsforderungen so eingebracht, dass sie entsprechend berücksichtigt worden sind, haben schrittweise eben, wie Sie schon erwähnt haben, auch die Fahrzeuge frühzeitig herausgesteuert, um eben dann zum Ende hin nicht unnötig Transportkapazitäten zu binden, und haben uns da eins zu eins abgestimmt. Das lief auch problemlos. Der wesentliche Punkt war eben Sicherstellung der Beratungsfunktion, solange es geht, bis der endgültige Abschluss - - weil da ist ja die größte Schwächephase, in den letzten Wochen, weil die Kräfte natürlich vor Ort auch reduziert sind.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Hatte die Unsicherheit, die ja lange vorhanden war, hinsichtlich eines konkreten Abzugsdatums die Abzugsplanungen und die konkrete Arbeit beeinflusst, oder wie sind Sie mit dem umgegangen?



Nichtöffentlich

Zeuge A. R.: Also, die hat uns wahrscheinlich weitaus weniger - das ist aber eine persönliche Meinung - als die Bundeswehr beeinflusst, weil ja einige Entscheidungen relativ spät und dann auch noch verzögert getroffen worden sind. Für uns selber war das relativ unproblematisch, da wir uns entsprechend so eine Einteilung gemacht haben, dass wir jederzeit sowohl in die eine als auch die andere Richtung, je nach Entscheidung, entweder wieder aufwachsen hätten können oder auch komplett dann eben, so wie es jetzt gekommen ist, auch abziehen können. Das hat uns nicht wirklich beeinflusst.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Was waren da die besonderen Herausforderungen, eben diesen Abzug besonders flexibel zu halten?

Zeuge A. R.: Für uns keine. Wir haben die entsprechenden Möglichkeiten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - In einer E-Mail beschreiben Sie die verschiedenen Positionen des Auswärtigen Amtes, BMVg und Vertretern vor Ort zur Mission Resolute Support als schwer einschätzbare Unwägbarkeit, und zwar beziehe ich mich auf MAT A BND-3.72 VS-NfD, Blatt 23/24. - Wir können es auch gerne vorlegen. - Was meinten Sie damit? Welchen grundsätzlichen Unterschied in der Auffassung gab es da hinsichtlich Resolute Support, und was waren die Unwägbarkeiten?

Zeuge A. R.: Da müsste ich gern das Dokument noch mal sehen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Bringen wir auf den Weg.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge A. R.: Also, ohne dass ich jetzt den konkreten Anlass noch genau im Kopf habe, bezieht sich diese Mail höchstwahrscheinlich auf die insbesondere im ersten Quartal 2021 herrschende Unsicherheit hinsichtlich der endgültigen Abzugsentscheidung der US-Amerikaner und des Zeitpunktes, ab wann denn, wenn ich mich jetzt

noch richtig erinnere, diese Tagesuhr der US-Amerikaner beginnt zu ticken. Das war zu dem Zeitpunkt sehr offen, und da gab es unterschiedliche Ideen, verschiedene Bereiche, wann es denn dann losgeht. Also das würde ich in dem Sinne einschätzen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Und Sie haben ja vorher schon ausgeführt, dass Sie da ja ohnehin ganz flexibel aufgestellt waren. - Wie verlief dann die konkrete Koordination der Abzugsplanungen? War das vor Ort in Afghanistan, oder war das eher hier?

Zeuge A. R.: Also, das läuft oder lief da in dem Fall auf zwei Strängen, natürlich hier mit den Ansprechpartnern und Zuständigkeiten innerhalb von Deutschland und auch unseres Hauses und auch der Bundeswehr und vor Ort natürlich unmittelbar die wesentlichen Tätigkeiten, in die Rückzugslogistik das Material einzusteuern.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Dann noch letzter Frageblock in der Runde. Aus den Akten geht hervor - und ich beziehe mich auf MAT A BND-3.157 VS-NfD, Blatt 20 bis 31 -, dass es ein Projekt des Bereichs GU zum [REDACTED] gab und LBI dieses Projekt begleitete, und das scheint offensichtlich nicht ganz spannungsfrei gewesen zu sein. Können Sie uns jetzt erst mal das Projekt und die Rolle LBI da kurz vorstellen?

Zeuge A. R.: Also zu den genauen Gründen des Einsatzes, also zu den Themen, das kann ich nicht sagen. Das fällt unter die entsprechenden Verfahren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja. Mit den Möglichkeiten, die wir jetzt hier haben in dem Fall.

Zeuge A. R.: Grundsätzlich oder ganz grob gezeichnet wurde dort einerseits die Möglichkeit genutzt, dass wir das Gerät verfügbar haben, und gleichzeitig dort eben in einer Phase, wo vor Ort auch weiter abgebaut worden ist, wir entsprechend auch ein bisschen unterstützen konnten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Der Einsatz war Teil der Force Protection?



Nichtöffentlich

Zeuge A. R.: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Welche Vorteile hatte da die BND-Drohne im Vergleich zu den BMVg- oder anderer NATO-, alliierter Drohnen?

Zeuge A. R.: Die Verfügbarkeit.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut, dann habe ich hier erst mal keine weiteren Fragen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Rederecht zu den Grünen - Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, gute Nacht, auch von mir! Danke, dass Sie sich uns zu so später Stunde hier noch zur Verfügung stellen. - Ich würde einmal noch auf die Frage eingehen, wie gut Sie Ihren Auftrag vor Ort erfüllen konnten. Aber zunächst noch mal die Frage - Sie hatten ja auch General Poschwatta schon angesprochen - der unterschiedlichen Einschätzungen generell zu der Präsenz vor Ort. Wir haben hier einen Vorhalt; das ist MAT A BND-3.72 VS-NfD, Blatt 23. Da schreiben Sie in einer E-Mail vom 5. Oktober:

- freiwillige nationale Beistellungen werden zunehmend als „Störfaktor“ wahrgenommen und in Frage gestellt, ...

Und später heißt es dann:

- [REDACTED] vertritt aktuell

- also [REDACTED]

deutlich die Meinungen ggü. unserem Element, dass die Notwendigkeit einer ... aus seiner Sicht bzw. nach Rücksprache mit ...

- wem auch immer -

nicht mehr gegeben ist ...

Wie ist das, wenn man das Gefühl hat, man stört?

Zeuge A. R.: Wir erfüllen ja unseren Auftrag unabhängig von der Person, und unser Auftrag bezieht sich ja halt, auch wenn wir die Generalität primär beraten, auf das gesamte Kontingent im jeweiligen Standort, und für uns ist der Auftraggeber nicht der General Poschwatta gewesen, sondern der Auftraggeber grundsätzlich das BMVg und das Einsatzführungskommando als ausführende Dienststelle, und von der Sache her war das * uns nicht wirklich problematisch. Das, wie ich das schon geschildert habe, war vor allen Dingen darin begründet und meiner Meinung nach auch durch General Poschwatta verstanden, dass er da einem erheblichen Druck der US-Seite, wie Sie vorgelesen haben, ausgesetzt war, die, wenn möglich, diese sogenannten nationalen Beistellungen gerne möglichst schnell weghaben wollten zu dem Zeitpunkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Druck, den der General Poschwatta gespürt hat, haben Sie aber seitens der Amerikaner nicht gespürt?

Zeuge A. R.: Nein, also in dem Sinne nicht, dass da irgendwas auf uns ausgeübt worden ist; im Sinne von Einschränkungen aufgrund der sehr rigorosen Covid-Auflagen der US-Amerikaner, was das Verlassen der Liegenschaften angeht, wie ich schon geschildert habe, schon, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab einige Zeit später, am 26. Februar, einen Besuch von General Miller im Train-Advise-and-Assist-Einsatz, und da ging es immer noch darum, dass zu viele sozusagen noch vor Ort sind. Der Besuch hat laut einem Vorhalt, den ich Ihnen machen will - MAT A BND-3.69 VS-NfD_Austausch, Blatt 108; das ist eine E-Mail vom LBA-Referatsleiter, der aus dem LBI-Bericht zitiert -, zu „Kurzatmigkeit und erstaunende[n] Blicke[n]“ geführt, denn Miller sprach davon, er sehe keine Grundlage, diese Maßnahmen des Einklappens nicht weiter fortzuführen.

Im Gegenteil, er mahnte den COM TAACN, er solle so planen und



Nichtöffentlich

alles ausrichten, dass ein schneller Abzug binnen 14 Tagen umzusetzen ist.

Miller erwähnte damals auch,

dass bei einem Verlassen des Landes, alle (NATO-Mitglieder) damit rechnen müssen, bis zu 100.000 weitere Paxe mitzuführen. Hierbei reflektierte

- „referierte“ soll es, glaube ich, heißen -

er auf alle landesweiten „Unterstützer“ der Koalitionskräfte.

Wie haben Sie denn den Besuch damals wahrgenommen oder den Bericht auch dazu gelesen?

Zeuge A. R.: Also die genaue Intention, was General Miller zu dem Zeitpunkt umtrieb, als der Besuch stattgefunden hat, das kann ich nicht nachvollziehen. Wir hatten zu dem Zeitpunkt, wenn ich mich da richtig erinnere, noch keine endgültige Abzugsentscheidung getroffen. Es stand immer noch die Frage im Raum: Geht es über den ursprünglich geplanten 14-Monats-Zeitraum - weiß ich jetzt gar nicht mehr genau - hinaus? Und das war wahrscheinlich damals der Grund, weil da gab es immer noch Abstimmungsschwierigkeiten, aber wir haben damit grundsätzlich nichts zu tun gehabt, weil wir letztendlich nicht die militärische Planung beeinflussen oder irgendwie dort zusammenarbeiten. Für uns wäre es dann relevant geworden, wenn es um den konkreten Abzug gegangen wäre, aber das hat sich ja so nicht ergeben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat sich so nicht ergeben, aber hat Sie das nicht stutzig gemacht, wenn ein amerikanischer Partner - und wir sind bisher, glaube ich, alle einig darüber, dass Deutschland nicht alleine - - also zu keinem Zeitpunkt irgendjemand davon ausgegangen ist, dass Deutschland alleine in Afghanistan bleibt - - wenn dann der amerikanische Partner mit Alarmstimmung nach Masar-i-Scharif kommt und sagt: „Packt eure Brocken schneller zusammen“?

Zeuge A. R.: Ja, also was heißt „stutzig gemacht“? Am Ende ist es ja auch noch eine NATO-Entscheidung gewesen, wenn ich das richtig im Kopf habe, und nicht nur eine US-amerikanische. Die haben natürlich aufgrund der Größe ihres Kontingentes den meisten Einfluss gehabt; aber ich kann nur wiederholen: Zu dem Zeitpunkt war aus meiner Bewertung heraus noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Und sicherlich, wir haben uns Gedanken gemacht, was passiert, wenn wir schneller rausmüssen; aber das ist insofern abgeklärt gewesen, dass wir gesagt haben: Das, was wir aus eigenem Material zurückzuführen haben, haben wir, so gut es ging, abgesteuert, und der Rest wäre - ich sage jetzt mal fast salopp - unter den Arm gegangen. Also, das wäre jetzt nicht das Problem aus unserer Sicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wäre der?

Zeuge A. R.: Unter den Arm, also wir hätten das quasi am Mann mitführen können, das entsprechende Restgerät. Aber wir reden da ja von einer Planung, die eher eine Notfallplanung darstellt denn eine belastbare, langfristige Planung. Für uns war relevant, was von der Bundeswehr vorgegeben war, und zu dem Zeitpunkt lief der logistische Abzug im völlig normalen Rahmen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem Themenkomplex „Wie wahrscheinlich ist es, dass wir hier wirklich Ende April rausmüssen?“ würde ich noch mal zurückspringen in den Oktober. Da gibt es einen Vorhalt. Das ist MAT A BND-3.72 VS-NfD, Blatt 210, und das ist eine E-Mail von Ihnen. Da sagen Sie Folgendes:

O-Ton des Vertreters BMVg SE II 1 (Oberstlt Höpner) zu einer potentiellen Verlängerung der RSM: "Eigentlich haben wir alles" ... Er glaube derzeit nicht an einen vollständigen Abzug der Bundeswehr bis zum 30.04.2021. Stattdessen hält man perspektivisch eine "wie auch immer geartete UN-Mission" für möglich (optional mit militärischer Beteiligung). Dass AA verfare nach dem Prinzip "Augen zu und warten" (dass sich etwas in



Nichtöffentlich

Brüssel tut). Im BMVg sei eine "gewisse Nervosität" vorhanden und die Leitung würde "kritisch auf Kunduz" schauen. SE II 2 soll im Auftrag der Leitung bis 22.10.2020 Möglichkeiten eines weiteren Engagements in AFG erarbeiten.

Wenn ich das, was Sie gerade gesagt haben, und das Zitat zusammennehme, dann ergibt sich für mich der Eindruck, dass die allgemeine Stimmung noch sehr lange war: Es ist nicht Ende April zu Ende.

(Der Zeuge nickt)

- Sie haben jetzt genickt. Können Sie einmal Ja in das Mikro sagen? Dann haben wir es im Protokoll.

Zeuge A. R.: Zu dem Zeitpunkt gab es keinerlei endgültige Entscheidung der notwendigen Gremien, wenn ich das richtig im Kopf habe, insbesondere nicht auf NATO-Ebene, und zu dem Zeitpunkt war halt noch einiges offen, insbesondere weil ja auch nicht ganz klar war, wie es nach einem Wechsel in dem Fall, dass Donald Trump abgewählt worden ist - - ob dann doch noch eine entsprechende andere Entscheidung ist. Deswegen haben wir immer so geplant, dass wir jederzeit auch auf so eine Verlängerung hinaus arbeiten können, sind aber grundsätzlich in unserer Planung davon ausgegangen, dass ein Ende erst mal vorsieht, und deswegen auch das, was schon gefragt worden ist, die Fahrzeuge zum Beispiel, schon etwas zurückgeführt worden ist, ohne dass es uns in unserer Tätigkeit eingeschränkt hätte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich zu der Frage, ob Ende April wirklich Schluss ist oder nicht, mit dem Leiter der Residentur in Kabul ausgetauscht BND-intern?

Zeuge A. R.: Wir haben uns immer im BND ausgetauscht, also mit der Auswertung logischerweise auch, natürlich. Nur, das hat für meine eigene Planung keine Relevanz dahin gehend gehabt, weil wir eben nicht mit unserem Auftrag an irgendeinen anderen Bereich gebunden sind, sondern ausschließlich an die Bundeswehr, und

die ist für uns der Takthalter gewesen zu dem Zeitpunkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann geht es noch mal um die Frage, wie vollumfänglich Sie noch einsatzfähig waren. Sie haben gerade dem Kollegen Erndl berichtet, dass Sie zwar Maßnahmen ergriffen haben, die Kommunikation wurde umgestellt, Sie sind auf Fahrzeuge der Bundeswehr angewiesen gewesen. In der Darstellung dem Kollegen gegenüber klang das ein bisschen so wie: Wir haben den Auftrag gleich gut erfüllen können, nur mit anderen Mitteln. - Ich habe hier einen Vorhalt, MAT A BND-3.69 VS-NfD_Austausch, Blatt 91. Da schreiben Sie am 23. Februar 2021:

Richtig ist allerdings, dass im Zuge der Abzugsplanungen und der damit verbundenen engen Zeitplanung der Betrieb nicht mehr im vollen Umfang erfolgt.

Später heißt es dann:

Um die Beweglichkeit aufrecht zu erhalten, können die MA im Ausnahmefall ... in KABUL auf die Ustg durch die Bundeswehr, in MeS ... auf Fahrzeuge ... zurückgreifen.



Wie bewerten Sie jetzt im Lichte dieses Auszuges Ihre Einschätzung von vorhin, dass Sie den Betrieb eigentlich so weit auf dem gleichen Standard aufrechterhalten konnten?

Zeuge A. R.: Also, Sie müssen da - - Das sind zwei unterschiedliche Sachen. Das eine ist der unmittelbare Betrieb unserer Dienststelle, das andere ist die Auftragserfüllung, und die Auftragserfüllung konnten wir abschließen. Ich kann dazu aber keine Details nennen, weil das BND-intern * - - Wir haben ja nicht autark agiert, sondern wir haben ja als Teil des Bundesnachrichtendienstes agiert, und das würde jetzt tatsächlich dann Verfahren des Nachrichtendienstes



Nichtöffentlich

berühren, und deswegen kann ich dazu nichts sagen.

Also was wir eingeschränkt waren - das haben Sie richtig dargestellt -, natürlich in unserer Beweglichkeit. Das stellte sich aber in Kabul als unkritisch dar, weil im Notfall hätten wir was machen können; aber wir hatten ja grundsätzlich eben die Problematik, dass die Bewegungseinschränkung relativ hoch war und zu dem Zeitpunkt, wie Sie es gerade auch vorgetragen haben, wir auch keinerlei Tätigkeiten mehr mit NDVen zu tun hatten. Dann erschöpft sich auch jetzt meine Aussage, weil der Rest ist dann leider unter dem Vorbehalt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist in Ordnung. Danke noch mal für die Klarstellung. - Ich habe noch eine Frage zum Verhalten von unseren geschätzten Kollegen aus den Niederlanden. Da geht es um eine Situation im April. Da zitiere ich auch einfach direkt aus der MAT; das geht am schnellsten. Das ist MAT A BND-3.82 VS-NfD, Blatt 152. Der Verbindungsreferent Einsatzführungskommando schreibt an LBA - und Sie sind eben in Kopie - am 13. April Folgendes:

Unter dem Eindruck der Lageverschärfung in AFG bereitet die Bundeswehr, hier EinsGrp im EFK auf Veranlassung BMVg, dzt. die Einbringung von Verstärkungskräften ins Feldlager nach MeS/AFG vor.

Gestern machte die nachfolgende Meldung hier die Runde Nachdem nun ein [REDACTED]

[REDACTED] gerade nach MeS verlegt, wurde kurzfristig am Ende letzter Woche beschlossen auch den DEU [REDACTED] zu aktivieren.

Meine Einschätzung wäre jetzt gewesen, wenn in Masar die Lage sich so verschlechtert, dass die Niederländer aufrüsten, temporär, dass Ihre Aufgabe gewesen wäre, Richtung BMVg, vielleicht parallel zu den Niederländern, ohne dass sie es

wissen, zu sagen: Wir beobachten hier eine Verschärfung der Lage. Vielleicht müssen wir auch noch mal aufrüsten. - Wie erklären Sie sich, dass das Einsatzführungskommando erst durch die Aktivität der Niederländer auf den Gedanken gekommen ist, dass man vielleicht noch mal bei der Force Protection nachhelfen muss?

Zeuge A. R.: Also, das kann ich Ihnen nicht beantworten, was da die konkreten Planungen des Einsatzführungskommandos mit bezüglich der Niederländer - - Mir ist nur so weit bekannt gewesen zu dem Zeitpunkt, dass es geplant war, eine entsprechende Komponente reinzubringen als Substitut für nicht mehr vorhandene US-amerikanische Fähigkeiten, um eben in dieser Schwächephase des Abzuges eine gewisse Schutzfunktion zu haben. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Es ist mir nicht bekannt, was da die Überlegungen konkret waren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber können Sie - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende, deutlich sogar, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nächste Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und wechseln zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Guten Abend, Herr R.! - Ihr Präsident, der Präsident Kahl, ist im November 2020 auf ein Gespräch vorbereitet worden mit der Präsidentin des MAD. Es ging hier insbesondere um die Force Protection für die Bundeswehr. Und der BND sicherte oder sollte zusichern, bis zum Ende des Einsatzes vor Ort zu bleiben, und Gleiches wurde auch vom MAD insbesondere im Feldlager verlangt oder angeregt. Das ist Fundstelle MAT A BND-3.148 VS-NfD, Blatt 43.

Können Sie uns mitteilen, weshalb die im BND für die Force Protection Verantwortlichen es offensichtlich für hilfreich hielten, dass der MAD innerhalb des deutschen Feldlagers bis zum Schluss aktiv blieb, und weshalb hier insbeson-



Nichtöffentlich

dere die Ortskräfte erwähnt wurden? Welche Erfahrung mit Ortskräften bzw. welche Vermutungen über Ortskräfte gingen dieser Bitte an den MAD voraus?

Zeuge A. R.: Zu der konkreten Bitte kann ich Ihnen leider nichts sagen, weil ich das nicht weiß. Grundsätzlich ist der MAD aber im Rahmen seiner Auftragserfüllung dafür zuständig, sicherzustellen, dass innerhalb des Feldlagers keine Bedrohung entsteht durch verschiedene Aktivitäten wie Spionage, terroristische Anschläge oder so was. Und dem MAD obliegt auch die Überprüfung zum Beispiel der Ortskräfte etc. pp. Und das machen sie im regelmäßigen Zeitraum, und das ist ja ihr Auftrag. Und darüber hinaus gehende Themen gehören einfach dazu. Das ist Teil des Gesamtkonzepts.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen Sachverhalte bekannt geworden, dass es sicherheitsrelevante Schwierigkeiten mit Ortskräften in den Feldlagern gab?

Zeuge A. R.: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Das ist interessant. Okay. - So, wir machen bitte mit einem anderen Fragenkomplex weiter. Aus den Unterlagen wissen wir, dass die USA sich im Doha-Abkommen dazu verpflichtet haben, den Taliban die Standorte deutscher und anderer alliierter Truppen über deren weitere Bewegungen in Afghanistan anzuzeigen. Fundstelle: MAT A BND-3.76, Blatt 378. Ihr Kollege O. W. hat uns dann im Januar hier im Untersuchungsausschuss bestätigt, dass die USA dies dann auch so in die Tat umgesetzt haben. Ich zitiere einmal aus einem Dokument - das ist MAT A BND-3.53 VS-NfD, Blatt 249f. -:

- Aus hiesiger Sicht bieten insbesondere die Punkte der Weitergabe der Standorte und die Information zur Rückverlegung DEU Kräfte (aller betroffenen Ressorts) über die US-Administration als Vermittler ein derzeit nicht abzuschätzendes Gefährdungspotential.
- Der genaue Umfang der Informationen zu den preisgegebenen

Standorten sollte nach Möglichkeit auf diplomatischen Wege (USA) und parallel auf nachrichtendienstlichen Weg [REDACTED]

[REDACTED] in Erfahrung gebracht werden.

- Neben einer Kontaktaufnahme mit den USA wäre eine direkte Abstimmung zwischen DEU und den Taleban ein geeignetes Mittel zur besseren Abstimmung und ggf. schnellen Deconflicting im Rahmen der Rückverlegung DEU Kräfte

Zitat Ende.

Darauf beziehen sich meine Fragen: Können Sie uns mitteilen, ob die USA die Preisgabe dieser sensiblen Informationen zu Standorten und Rückverlegungen an die Taliban einmalig oder während des gesamten Untersuchungszeitraums gemacht haben?

Zeuge A. R.: Mit dem Sachverhalt bin ich überhaupt nicht vertraut, und dazu kann ich Ihnen auch leider nichts sagen.

Stefan Keuter (AfD): Überhaupt nicht vertraut?

Zeuge A. R.: Nein, wir sind ja nicht diejenigen, die * - - Der Herr W. ist ja aus einem völlig anderen Bereich stammend, und daher habe ich mit diesem Sachverhalt selber keinerlei Berührungspunkte gehabt; denn wir waren ja zuständig vor Ort für die insgesamt Bewertung der entsprechenden Lage in Abstimmung mit unseren Bereichen, und zu dem genauen Verfahren, was dort beschrieben wurde in Ihrer Frage, kann ich nichts sagen.

Stefan Keuter (AfD): Ja, dem genau nicht, aber hatten Sie zu dem Sachverhalt grundsätzliche Kenntnisse, auch wenn Sie damit nicht direkt befasst waren?

Zeuge A. R.: Kann ich mich tatsächlich nicht dran erinnern, nein.



Nichtöffentlich

Stefan Keuter (AfD): Das verwundert mich jetzt aber deutlich. Uns liegt ein Gesprächsvermerk aus Februar 2021 vor; Fundstelle: MAT A BND-3.150, Blatt 239 f. Offenbar wurde ein afghanischer Partner von SGL LBHA BND empfangen. Der Afghane brachte das Gespräch auf folgendes Thema - - Ich zitiere; bringe ich Ihnen gleich. Können Sie mir ganz kurz erst mal erklären, was SGL LBHA BND ist?

Zeuge A. R.: Also, das Vordere ist „Sachgebietsleiter“.

Stefan Keuter (AfD): Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Zeuge A. R.: Das Vordere ist „Sachgebietsleiter“, und der Rest ist - -

Stefan Keuter (AfD): LBHA?

Zeuge A. R.: Das ist ein Bereich bei uns.

Stefan Keuter (AfD): Was für ein Bereich?

Zeuge A. R.: Das ist der Bereich, der zuständig ist für die Residenturen.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Danke. - Also ich zitiere:

- Sicherheitskräfte, die im Rahmen von Ausbildungshilfen durch die AFG MIL und westliche Staaten ausgebildet werden und sich später wieder, dann gut ausgebildet, den Taliban anschließen:

Fundstelle: MAT A BND-3.150, Blatt 240. - Der Beamte des BND antwortete darauf - ich zitiere -,

dass es selbstverständlich nicht im Interesse der Ausbildungshilfe sei, Talibankämpfer auszubilden. Jedoch ist es operativ kaum möglich, zu erkennen, welcher Auszubildende einen Taliban Hintergrund hat und welcher nicht.

Dazu die Fragen: Wie verbreitet war das Phänomen, dass viele Talibankämpfer - Ihres Wissens -

durch die Bundeswehr ausgebildet worden sind, und wie groß war in Ihren Augen die Gefahr, die dadurch für die Bundeswehr und die ANDSF entstand?

Zeuge A. R.: Also die Frage kann ich nicht beantworten. Das ist auch nicht mein Bereich, und in dem konkreten Fall auch keinerlei Zusagen. Insgesamt, kann man sagen, war das immer eine Sorge auch der US-Streitkräfte bzw. der gesamten Resolute Support Mission, dass immer wieder afghanische Soldaten, die irgendwann durch irgendeine Nation ausgebildet worden sind, möglicherweise sich den Taliban anschließen. Aber ich kann keinerlei konkrete Angaben machen zu dem Thema „von der Bundeswehr Ausgebildete oder Ähnliche“.

Stefan Keuter (AfD): Aber Sie haben Kenntnisse über solche Fälle erlangt?

Zeuge A. R.: Im Gesamteinsatz haben wir natürlich Kenntnisse erlangt, weil auch andere Nationen sich darüber Gedanken gemacht haben und es ja immer wieder auch zu Vorfällen kam, wo afghanische Streitkräfte sich quasi ergeben haben. Aber wer das konkret war und genau, kann ich Ihnen nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Wen müssten wir aus Ihrem Hause fragen, um dazu nähere Informationen zu bekommen?

Zeuge A. R.: Ja, also wahrscheinlich denjenigen, der das geschrieben hat. Ich kann Ihnen das nicht anders sagen. Ich selber habe damit keinerlei Berührungspunkte gehabt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich kann Ihnen aber sagen, wen Sie nach Ihrem Zeitkontingent fragen können. Das bin ich, und das ist zu Ende. Und insofern geht das Fragerecht zur FDP.

Peter Heidt (FDP): Ja, von mir ein freundliches guten Abend! - Ich möchte noch mal auf das eingehen, was Kollege Erndl schon angesprochen hat und auch Kollegin Nanni. Das war ganz konkret MAT A BND-3.69, Blatt 91. Da haben Sie ja gesagt, dass es da Probleme gibt durch den



Nichtöffentlich

Abzug, sowohl Notkommunikation als auch Beweglichkeit, und haben dann in Ihrer Antwort gesagt: Na ja, die Beweglichkeit war ja eh eingeschränkt. - Und das hat mich zu der Frage veranlasst: Ursprünglich hatten Sie eine gewisse Beweglichkeit, die ja wohl auch wichtig war, um den Auftrag zu erfüllen. Jetzt haben Sie keine Beweglichkeit mehr, Fahrzeuge haben Sie auch nicht mehr. Wie waren Sie dann in der Lage, den Auftrag weiterhin zu erfüllen?

Zeuge A. R.: Also, wie auch schon Frau Nanni vorgetragen hat, waren wir zu dem Zeitpunkt auf den reinen Beratungsauftrag reduziert. Die Bundeswehr konnte sich in Kabul exakt genauso viel bewegen wie wir, nämlich nahezu auch nicht, außer auf dem Luftweg, und von der Sache her war für uns grundsätzlich auch keine Notwendigkeit gewesen, in Kabul mobil zu sein, und in Masar-i-Scharif hatten wir die Möglichkeit, auf Fahrzeuge aus anderen Bereichen unseres Hauses zurückzugreifen, wenn die Notwendigkeit bestand, und das haben wir auch genutzt.

Peter Heidt (FDP): Wie würden Sie das dann einschätzen, wenn Sie jetzt sagen, Sie hatten quasi auch weniger Auftrag? Die Sicherheitslage, konnten Sie die dann insgesamt schon noch bewerten? Oder haben Sie sich dann auch teilweise bei anderen Nachrichtendiensten in irgendeiner Form bedient? Gab es da einen Austausch?

Zeuge A. R.: Also, zu dem Verfahren kann ich Ihnen nichts sagen. Wir können natürlich im Rahmen unseres Reach-Back-Verfahrens zu unserem auswertenden Bereich selbstverständlich die Sicherheitslage weiter bewerten. Das ist absolut problemlos möglich gewesen.

Peter Heidt (FDP): Vielleicht mal grundsätzlich die Frage: Haben Sie die Regionen des Landes innerhalb der Nachrichtendienste aufgeteilt in dieser Form, oder war quasi jeder Nachrichtendienst für alles zuständig? Und vielleicht dann ergänzend: Wie haben Sie die Qualität des BND im Vergleich zu den anderen Nachrichtendiensten eingeschätzt im Zeitverlauf?

Zeuge A. R.: Also auch hier: Zu anderen Nachrichtendiensten kann ich Ihnen nichts sagen. Insgesamt haben wir uns natürlich auf die Bereiche und Regionen fokussiert, wir konkret als Dienststelle LBI, die die Bundeswehr betreffen, und das war Kabul, der Raum Kabul, und der Bereich des RC North mit Schwerpunkt zum Schluss auf * West of MeS. Und in den Bereichen konnte auch die Auswertung bis zum Schluss entsprechende Zuarbeiten liefern, sodass wir * die Lage auch entsprechend bewerten konnten.

Peter Heidt (FDP): Dann ein bisschen vielleicht zu den Abzugsplanungen: Inwieweit waren Sie denn in die Abzugsplanungen einbezogen, unter anderem in einer von dem LBB geleiteten Koordinierungsgruppe im April 2020?

Zeuge A. R.: Also, grundsätzlich waren wir in den Gesamtbereich eingebunden, ja.

Peter Heidt (FDP): Und welche Abteilungen waren insgesamt eingebunden in die Abzugsplanung? Und haben Sie Material zurückgelassen, oder konnten Sie alles mitnehmen?

Zeuge A. R.: Alle Bereiche, die letztendlich Personal vor Ort hatten, waren in die Planung eingebunden. Es ging ja auch um die Rückführung von Material von Dienststellen, die über den entsprechenden Unterstützungsantrag an die Bundeswehr auch über uns zum Teil eingesteuert wurden, und wir haben alles sensible Material * vollständig zurückgeführt. Teile von Material, deren Rückführung teurer gewesen wäre als der Verbleib vor Ort, blieben vor Ort.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Was wurde aus dem Quellennetzwerk, den NDVen?

Zeuge A. R.: Auch dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Und was wurde aus den lokalen Mitarbeitern? Wissen Sie das?

Zeuge A. R.: Die bei uns beschäftigten lokalen Mitarbeiter unterlagen - - waren ja bei der Bundeswehr angestellt. Die wurden uns beigestellt. Das kann ich Ihnen auch nicht sagen, weil ich



Nichtöffentlich

nicht weiß, wie da das weitere Verfahren dann war. Die wurden frühzeitig bereits abgezogen aus unserem Bereich. Wir haben die nicht mehr benötigt.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Haben Sie eigentlich verschiedene Abzugsszenarien entwickelt, um auf alle Gegebenheiten vorbereitet gewesen zu sein?

Zeuge A. R.: Also, wir wären auf alle Möglichkeiten gewesen. Die Möglichkeit eins wäre gewesen „schneller als geplant“, wie eben schon angesprochen. Wir hatten zum Zeitpunkt des eigentlich ursprünglich mal geplanten Abzugstermins nahezu kaum noch viel Material vor Ort, außer unsere Kerntätigkeiten durchzuführen. Und in dem Fall wäre es ja dann auch so gewesen, dann wäre sicherlich Containermaterial oder Ähnliches auch vor Ort geblieben. Das wäre eine Notfalllösung gewesen. Den regulären Abzug haben wir abgedeckt. Die größte Sorge, die ich hatte, war im Prinzip, wenn sich die Zeitplanung noch mal verzögert oder es doch noch mal zu einer Verlängerung käme oder die NATO entscheidet, dass wir doch länger vor Ort bleiben, weil dann hätten wir wieder aufwachsen müssen, und auch das wäre aber möglich gewesen im Rahmen des Gesamteinsatzes.

Peter Heidt (FDP): Ja, okay. - In MAT A BND-3.69 VS-NfD_Austausch, Blatt 40, schreiben Sie am 15.10.2020 eine E-Mail an den Regionalbeauftragten LB mit dem Betreff - Zitat -: „Antwort ... Abzug ...“ - geschwärzt - „aus KABUL?“, nachdem Sie dieser um Stellungnahme gebeten hatte, warum Headquarter RS in Kabul Druck auf die geschwärzte Gruppe, Person, Sache gemacht hat, diese möglichst rasch abzubauen und ins Heimatland zu verlegen.

Sie erläutern dann recht ausführlich. Dabei ist uns ein Punkt aufgefallen. Sie schreiben unter dem Punkt „Sichtweise Bundeswehr vor Ort“ Folgendes:

Während ein Großteil des
Deutschen Kontingentes ... den
Verbleib von

- geschwärzt -

begrüßen und eine Verlegung an den HKIA-N aus politischen Gründen (möglichst großer verbleibender deutscher Footprint am Flughafen) aktiv unterstützen, würde der ranghöchste Vertreter der Bundeswehr ...

- der schon genannte General Poschwatta -

die

- geschwärzt -

am liebsten gestern als morgen komplett schließen. Seine Einschätzung, dass

- geschwärzt -

keinen Mehrwert für die Mission darstellen fußt primär auf Aussagen der US-amerikanischen [REDACTED] und weniger auf der realen Auftrags-erfüllung der

- geschwärzt.

Aus diesem Gesamtzusammenhang ergibt sich für meine Fraktion, dass es sich bei der geschwärzten Sache um irgendeine deutsche Einrichtung oder Anlage handeln muss, die vom BND entweder zur Erfassung oder zur Analyse verwendet wird. Teilen Sie die Einschätzung von General Poschwatta?

Zeuge A. R.: Wie Sie gerade vorgelesen haben, war dort der Schwerpunkt, die Frage, dass insbesondere die US-Amerikaner ja auf den Herrn Poschwatta durchaus einen gewissen Druck ausgeübt haben, wie dargestellt, diese sogenannten nationalen Beistellungen möglichst schnell abziehen aus der Liegenschaft des HQ RS, und wir haben uns dem dann ja auch entsprechend angeschlossen und auch auf den Flugplatz - das ist der HKIA, Hamid Karzai International Airport - verlegt und in dem dortigen Feldlager weiter unsere Tätigkeit wahrgenommen.



Nichtöffentlich

Peter Heidt (FDP): Was genau der Wert dieser Einrichtung war, also wie die Amerikaner das gesehen haben, ist Ihnen das klar?

Zeuge A. R.: Ja, das ist letztendlich das Unterstützungselement gewesen.

Peter Heidt (FDP): Welchen Eindruck hatten Sie davon, wie die US-Amerikaner generell unsere ND-Arbeit gesehen haben?

Zeuge A. R.: Also das kann ich sehr schwer nur bewerten, weil wir nicht in dem Austausch gewesen sind, und zu weiteren Details der Zusammenarbeit mit den anderen Nachrichtendiensten kann ich Ihnen nichts sagen. Es ist aber auch für uns als Bereich nicht maßgeblich gewesen; denn wir sind halt für die Beratung des deutschen Kontingents zuständig und letztendlich auch im Prinzip dahin gehend durch Bundesministerium der Verteidigung und dem Einsatzführungskommando auch aufgefordert gewesen, diese Beratungsleistung eben so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Und da ist mir die amerikanische Einschätzung persönlich auch relativ egal, was die von meiner Arbeit halten. Mein Auftrag ist es, bestmöglich das andere zu erfüllen.

Peter Heidt (FDP): Wie viel Zeit haben wir noch? Geht das noch, was anderes anzusprechen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage hätten Sie noch.

Peter Heidt (FDP): Mich würden die GIZ-Morgenlagen interessieren. Da haben Sie wohl teilgenommen. Können Sie ein bisschen was beschreiben, was diese GIZ-Morgenlagen sind?

Zeuge A. R.: Also, die GIZ hat einen Sicherheitsbeauftragten vor Ort gehabt; aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir an einer GIZ-Morgenlage direkt teilgenommen hätten. Da müsste ich noch mal das Schriftstück sehen.

Peter Heidt (FDP): Ein konkretes Schriftstück habe ich da jetzt nicht.

Zeuge A. R.: Also es gab eine Sicherheitsrunde im Bereich des RC North, wo alle Dienststellen,

die in* Deutschland zu tun hatten, sich immer ein bisschen abgestimmt hatten, wie denn die derzeitige Lage ist. Ja, die gab es einmal in der Woche.

Peter Heidt (FDP): Und daran haben Sie auch teilgenommen?

Zeuge A. R.: Also ich persönlich nicht, sondern mein Personal, ja.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das war die erste Runde, und wir eröffnen die zweite mit dem Kollegen Nürnberger von der SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich werde mich bemühen, die zweite Runde etwas kürzerzufassen. Es sind noch einige Fragen offen. Es wurde bereits mehrmals aus dem Dokument MAT A BND-3.157 VS-NfD, Blatt 25 bis 37 zitiert, und ich möchte in Ergänzung zu dem, was die Kollegin Nanni, aber auch Kollege Erndl zitiert haben, auf einen Satz abstellen und Sie bitten, mir Ihre Einschätzung dazu mitzuteilen. Es geht uns um die Formulierung unter der Überschrift „Unsicherheiten“. Da gibt es mehrere Spiegelstriche, und einer davon lautet:

- schwer einzuschätzende Ablagen

- da ist mir die Formulierung nicht ganz klar -

zwischen den Auffassungen
BMVg

- und dann kommt: -

SE I 3/SE II 1/ AA / EFK und

- ich nehme an: Bundeswehr -

vor Ort ...

Verstehe ich das richtig, dass es darum geht, dass Sie der Meinung waren, dass zwischen den zwei Abteilungen des BMVg innerhalb des BMVg und dem Auswärtigen Amt und dem Einsatzführungskommando unterschiedliche Ansichten vorherrschend waren? Wie haben sich die geäußert?



Nichtöffentlich

Welche Bezugspunkte gab es da? Worauf haben sich die bezogen?

Zeuge A. R.: Also, hier geht es um eine Einschätzung, nicht - - Von der Formulierung her ist es so, dass zu dem Zeitpunkt halt noch unklar war, wie denn der Abzug stattfinden wird. Ursprünglich, wie gesagt, sollte ja im April Schluss sein; das war die Vorgabe des Abkommens. Aber es gab auch Überlegungen - - Es lag zu dem Zeitpunkt überhaupt keine Entscheidung der NATO vor, wie es weitergeht, und es gab unterschiedliche Ansichten - so interpretiere ich das; ich beziehe mich ja hier auf eine Mail, die mir aber so nicht in Erinnerung ist - zwischen den einzelnen Bereichen, ob es länger geht, ob gegebenenfalls nach einer US-Wahl möglicherweise der Abzug noch mal rückgängig gemacht wird etc. Also, darauf wird sich das beziehen. Da ging es nicht um Streit oder so was, sondern wirklich nur um unterschiedliche Gedankengänge in den einzelnen Bereichen, die aber, wie gesagt, für uns vergleichsweise geringe Auswirkungen haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich verstehe Sie aber richtig, weil Sie so etwas unsicher formuliert haben: „wird es gehen“: Diese Nachricht stammt von Ihnen?

Zeuge A. R.: Ja, aber ich beziehe mich ja - siehe Mail - auf einen Mailverkehr, und der ist mir nicht mehr im Kopf geläufig. Ich kann nur sagen: Das war eine Information für die Mitarbeiter vor Ort, damit sie wissen, dass noch nicht klar ist, in welche Richtung es geht, weil es unterschiedliche Vorstellungen in den einzelnen Ressorts gab, ob der Abzug tatsächlich, wie ursprünglich mal ganz früh angekündigt, bereits im April stattfindet oder ob es zu einer Verzögerung kommt, Verlängerung, weil es auch um Zeitlinien ging, wie die Bundeswehr letztendlich ja über den Gesamtzeitraum ihr Material rausbringen muss, und das ist natürlich nicht in drei Tagen erledigt. Da gab es eben aus meiner rückwirkenden Erinnerung heraus ein paar Ablagen, die sich halt aus dieser Unsicherheit erklären.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen rememberlich, ob es tatsächlich auch innerhalb des BMVg - es sind ja allein drei Organisationseinheiten genannt,

also das Einsatzführungskommando und die beiden Abteilungen bzw. Unterabteilungen sogar - - worin da die unterschiedlichen Auffassungen bestanden? Weil sonst hätten Sie das ja so in diesem Zitat nicht unbedingt formulieren müssen.

Zeuge A. R.: Also, ich kann mich da nur schwer dran erinnern. Wie gesagt, ich kann mir gut vorstellen, dass es da insbesondere um die Frage des Beginns der logistischen Rückführung ging, und da gab es sicherlich unterschiedliche Auffassungen, wie viel Zeit man braucht usw. Denn in der Phase, soweit ich mich erinnern kann, waren wir noch in einem intensiven Planungsprozess, bzw. die Bundeswehr. Wir selbst haben ja da dahin gehend nur teilgenommen, dass wir unsere Forderungen eingebracht haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Also, die unterschiedlichen Auffassungen bestanden nicht nur zwischen den einzelnen Ressorts, sondern es könnte durchaus auch der Fall sein, dass innerhalb eines Ressorts in verschiedenen Abteilungen auch dort graduell oder vielleicht auch grundsätzlich unterschiedliche Ansichten bestanden haben?

Zeuge A. R.: Das ist durchaus möglich. Das hatte ich geschrieben. Also, wenn zum Beispiel die, die für die logistische Rückführung zuständig sind, natürlich möglichst schnell eine Klarheit wollen, während die, die für die Einschätzung der Lage zuständig sind, sagen: „Wir können das noch nicht sagen“, und dann haben wir natürlich - - Im Prinzip ist für uns dann auch nichts klar, um es so zu sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank so weit. - Wir haben festgestellt, dass Ihr Referatsleiter in einer Mail an den Leiter des Referats LBZ zum Beispiel im Hinblick auf eine quasi während des Einsatzes stattfindende Evaluierung geschrieben hat, dass aus Sicht von LBI die Zusammenarbeit mit dem eingesetzten UAV-Team jedenfalls deutlich optimierungsfähig gewesen sei, insbesondere im zwischenmenschlichen Bereich. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge A. R.: Ja, da gab es ein paar Diskussionen über die Art und Weise der Zusammenarbeit.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Inwieweit können zwischenmenschliche Differenzen Einfluss auf die Auftrags Erfüllung vor Ort haben?

Zeuge A. R.: Also, das waren keine zwischenmenschlichen Differenzen, die Einfluss auf die Auftragsdurchführung hatten, weil es im konkreten Fall einfach nur zwischenmenschlich ein paar Probleme gab, die wir aber ausgelöst* haben. Die haben wir im Übrigen auch nicht so stark empfunden. Im konkreten Fall hat aber das Team der Drohne, was Sie gerade angesprochen haben, seinen Auftrag eigenständig erfüllt, und wir waren das Verbindungsglied zur Bundeswehr, um die entsprechenden Abstimmungen sicherzustellen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann möchte ich es so weit dabei belassen. Offensichtlich waren die Auswirkungen ja nicht wirklich gravierend.

Zeuge A. R.: Nein, wirklich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Das weitere Zitat aus dieser erwähnten E-Mail lautet dann:

LBI wird diesbezüglich seinen eigenen Lessons-learned Prozess, auf die zukünftige Unterstützung, von GU (UAV) initiieren.

Hat dieser Prozess dann stattgefunden - und mit welchem Ergebnis?

Zeuge A. R.: Ja, da ging es insbesondere darum, welche Fähigkeiten - - Also, ich kann da nicht im Detail reingehen, aber der Prozess hat stattgefunden, und die Möglichkeit des Einsatzes wurde verbessert.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie wissen auch: In aktuellen Situationen ist vielleicht genau dieses Einsatzmittel ein besonders wertvolles. - Gut.

Nach dieser, wenn Sie so wollen, Evaluierung während des aktuellen Einsatzes oder damaligen Einsatzes gab es natürlich - und es wurde auch hier bereits mehrfach angesprochen - den Evaluierungsbericht der internen Revision des BND. Meine Frage lautet, nachdem der Inhalt ja hier in

dieser Form, in diesem Format nicht zugänglich ist, nur insoweit: Wurden Sie bei der Erstellung dieses Berichtes gefragt? Mussten Sie an der Erstellung dieses Berichtes teilnehmen, und waren Sie an diesem Verfahren beteiligt?

Zeuge A. R.: Geht es um die Evaluierung des Drohneneinsatzes?

Jörg Nürnberger (SPD): Nein, es geht insgesamt um die nachfolgende Evaluierung durch die Innenrevision in Ihrem Haus.

Zeuge A. R.: Also, ich selber persönlich kann mich da nicht dran erinnern, dass ich da beteiligt gewesen bin.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen der Bericht der Innenrevision bekannt?

Zeuge A. R.: Kann ich mich nicht dran erinnern, dass ich ihn gelesen habe. Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann muss ich den Schluss daraus ziehen - und ich bitte um Bestätigung oder Gegenrede -, dass Sie dann natürlich auch nicht Stellung nehmen konnten, wenn Ihnen dieser Bericht nicht vorgelegt worden ist.

Zeuge A. R.: Nein, kann ich mich tatsächlich nicht dran erinnern. Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Ganz zum Abschluss eine Frage: Sie haben ja dargestellt, dass Ihr Einsatz spätestens Ende Juni, wenn ich Sie richtig verstanden habe, vor Ort oder der Einsatz Ihrer Teams vor Ort beendet war, und es hat dann nur noch gute sechs Wochen gedauert, bis sich die Ereignisse in Kabul am 15. August überschlagen haben und die Taliban dort die Macht übernommen haben. Ich möchte Sie daher im Hinblick auf Ihre Eigenschaft als Fachmann, als Experte in diesen Fragen um eine persönliche Einschätzung bitten, inwieweit Sie diese extrem schnelle Entwicklung überrascht hat oder ob Sie etwas Ähnliches vielleicht vorausgesehen haben oder zumindest für möglich gehalten haben.

Zeuge A. R.: Als persönliche Meinung kann ich sagen, dass mich das schon überrascht hat, dass



Nichtöffentlich

nach so kurzer Zeit die Taliban da die Macht übernehmen konnten. Insgesamt ist es aber so, dass auch unsere Auswertung zu einer langfristig eher negativen Einschätzung gekommen ist, was nach dem Abzug der internationalen Truppen passieren würde im Land, und da gab es verschiedenste Szenarien, soweit ich mich erinnere, und eins davon war auch die Machtübernahme der Taliban. Das war mit einem Zeitfenster von, ich meine, ein paar Monaten versehen, aber nicht - - Das hat mich tatsächlich überrascht, dass es den Afghanen nicht gelungen ist, länger als anderthalb Monate durchzuhalten.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie sehen hier also keinen Unterschied zwischen Ihrer persönlichen Einschätzung und den fachlichen Einschätzungen, von denen Sie gerade referiert haben?

Zeuge A. R.: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann danke ich Ihnen ganz herzlich für diese mitternächtliche Frageunde, und wir für die SPD-Fraktion hätten keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke. - Das Fragerecht geht an den Herrn Kollegen Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir werden wahrscheinlich auch nicht die ganze Zeit ausschöpfen. - Wir haben ja vorher schon gesprochen über den Abzug von Fahrzeugen, Kommunikationsmitteln. Es war aber unabhängig von der Frage im Jahr 2020 bereits ein Anpassungsprozess beschlossen worden zur Zukunft der operativen Tätigkeit in Afghanistan, und dabei wurde auch beschlossen, alle nachrichtendienstlichen Verbindungen von LBI an den Bereich LB zu übergeben. Wieso wurde diese Entscheidung bereits so früh getroffen?

Zeuge A. R.: Weil die Umsetzung eine gewisse Zeit braucht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und diese Umsetzung verlief auch reibungslos und wurde wann abgeschlossen?

Zeuge A. R.: Die Umsetzung verlief tatsächlich völlig reibungslos und auch tatsächlich genau so wie geplant.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und wie kam dann LBI an die für die Force Protection notwendigen taktischen Informationen?

Zeuge A. R.: Die haben wir weiterhin über unseren auswertenden Bereich hier im Reach-Back-Verfahren erhalten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Dann noch ein zweiter Frageblock. Wir versuchen mal innerhalb dieser Rahmenbedingungen so abstrakt wie möglich zu bleiben. Es gibt eine E-Mail, 19. August 2021, Referatsleiter LBB. Ich beziehe mich auf MAT A BND-3.159 VS-NfD, Blatt 49. Da geht es darum, dass der Referatsleiter LBB feststellt, dass keine der [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Was ist da gemeint, sozusagen „solche Fälle zu vermeiden“? Wie?

Zeuge A. R.: Ich kann leider keine Aussagen dazu treffen, was in einem anderen Bereich wie gestaltet worden ist. Also, da habe ich keinerlei Kenntnisse darüber, was er meinen könnte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. - Ist Ihnen bekannt, ob Quellen des BND im Nachgang eine Gefährdungsanzeige stellten?

Zeuge A. R.: Da es sich hier um Quellen des BND handelt, kann ich Ihnen leider dazu auch keine Aussage geben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. Dann müssen wir das, glaube ich, in diesem Format lassen. -



Nichtöffentlich

Danke schön. Wir haben keine weiteren Fragen in dem Rahmen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen, und die Frau Kollegin Nanni folgt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch mal anfangen mit dem Thema des Drohneneinsatzes. Welcher Natur waren denn die zwischenmenschlichen Probleme, die es da mit den anderen Arbeitsbereichen gab?

Zeuge A. R.: So was wie: Ich habe* mein Essen weggenommen. Einer hat sein Essen weggenommen aus dem Kühlschrank. - So was in die Richtung, also keinerlei dienstliche Probleme. Es gab ein bisschen menschliche Probleme, wie das manchmal so aufkommt, wenn man in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt und eng auf eng.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe hier noch einen Vorhalt; MAT A BND-3.157, Blatt 29. Da handelt es sich um eine E-Mail, die Sie erreicht hat, mit einem Evaluationsbericht Afghanistan. Die E-Mail hat Sie am 09.06.21 erreicht. Da ist in Bezugnahme auf das [REDACTED] die Rede. Ich zitiere:

Die Nichtweitergabe von auftragsrelevanten und für den Alltag im Feldlager erforderlichen Informationen wurde vermehrt wahrgenommen. Die Rolle als Bedarfsträger wurde von Seiten des SG bzw. der ...

- geschwärzt -

nur sehr eingeschränkt ausgefüllt, auch indem etwa nur sehr vage Informationen zu möglichen Zielen geteilt wurden.

Können Sie sich an den Bericht erinnern?

Zeuge A. R.: Also, da müsste ich noch mal sehen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie vorgehalten bekommen. Das ist kein Problem.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge A. R.: Das ist nicht aus meinem Bereich. Das habe ich auch entsprechend kommentiert. Mutmaßlich scheint hier das Gefühl aufgekommen zu sein, dass möglicherweise Informationen nicht zeitgerecht an die Kollegen weitergegeben worden seien. Allerdings hatten wir die Vereinbarung, dass sie sich direkt mit der Bundeswehr abzustimmen haben und von der Sache her wir da nicht als klassischer Auftraggeber gegolten haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Dokumenten finden wir auch noch Hinweise darauf, dass der Ursprung dieses [REDACTED] - also: wer hat sich das sozusagen ausgedacht? -, ich sage mal so, nicht ganz klar ist und auch darum gerungen wird, wer es sich ausgedacht hat. Ich zitiere zunächst MAT A BND-3.157 VS-NfD, Blatt 26/27. Das ist eine E-Mail vom GU-Justizariat an Sie vom 9. Juni. Da steht:

... GU hat mehrfach (zuerst im Januar 2020) die Bitte an LBI (A) herangetragen, in einem ersten realistischen Einsatzszenario die Fähigkeiten der [REDACTED] des BND erproben zu dürfen.

Und später heißt es dann in MAT A BND-3.157 VS-NfD auf Blatt 27:

Ein Einsatz "auf Wunsch LBI A" hat es nie gegeben, stattdessen wurde das DEU EinsKtgt AFG ... diese Fähigkeit als Ergänzung regelgerecht schmackhaft gemacht, um diesen Einsatz überhaupt zu ermöglichen und die Freigabe von Seiten der Bundeswehr als raumverantwortliche RS-Nation zu erhalten.

Das in Kombination mit „Das wurde vielleicht teilweise störend empfunden“ ergibt schon für mich eine sehr spannungsgeladene Situation, was jetzt einzelne Elemente der Zusammenarbeit angeht. Ich würde Sie bitten, darauf einmal einzugehen im Untersuchungsausschuss.



Nichtöffentlich

Zeuge A. R.: Also, der Einsatz [REDACTED] war mehrfach geplant, und man hatte sich dann abgestimmt, dass es ein Bereich sein sollte, wo a) ein realistisches Einsatzszenario ist, b) aber der entsprechende Schutz noch vorhanden ist, um eben erste Erfahrungen zu sammeln. Wie ich das schon angesprochen hatte, gab es dann ja auch einen entsprechenden Evaluationsbericht. Aus unserer und aus meiner Bewertung heraus waren wir die Türöffner. Der Zeitpunkt, der dann letztendlich herausgekommen ist - da mussten wir es der Bundeswehr auch nicht mehr schmackhaft machen -, war dann ein anderer Zeitpunkt als der, der ursprünglich mal geplant war; aber das weiß ich jetzt nicht mehr ganz genau. Der wäre früher gewesen. Da hatte die Bundeswehr ihre eigenen Verfahren, auch noch alles vor Ort, und auch die US-amerikanischen Drohnen waren noch im Bereich vorhanden. Deswegen war unsere Auffassung oder die Auffassung meines Bereichs, dass wir unterstützen, den Link herstellen, quasi materiell unterstützen, Unterkunft bereitstellen etc. pp., aber ansonsten letztendlich die Erprobung eigenständig durch das Team läuft bzw. es die vorgegebenen, auch internen Aufträge abarbeitet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal die Frage: Gab es denn Konflikte dann mit dem Bedarfsträger vor Ort über die Frage, ob das jetzt sinnvoll ist und, wenn ja, wie sinnvoll das ist, dass dort diese Einsätze geflogen werden [REDACTED]? Also, ich stelle mir das so vor: 20 Jahre Afghanistan, letzte Phase; alle wissen Bescheid, demnächst ist over. Der BND sagt: Oh, wir haben ein neues Spielzeug. Lass das mal ausprobieren. - Da könnte ich mir vorstellen, dass der eine oder andere vielleicht etwas bescheiden aus der Wäsche guckt. Ich werde jetzt mal sehr direkt.

Zeuge A. R.: In welchem Zusammenhang meinen Sie das? Also, von der Bundeswehr gab es überhaupt keine Probleme damit. Das war vernünftig. Da gab es zu dem Zeitpunkt auch keinerlei Ressentiments. Die Herausforderungen, die wir dann vor Ort festgestellt haben, waren eher tatsächlich technischer Natur, dass aufgrund der Luftraumordnungsmaßnahmen, die um das Flugfeld herum sind, [REDACTED] in einer Flughöhe

agieren musste bzw. in Bereichen agieren musste, wo die letztendlich nicht mehr so wirksam war; so kann man es sagen. Genauere Details kann ich Ihnen da aber leider auch nicht geben, weil das unterliegt dann wieder der Geheimhaltung. Aber das ist grob umrahmt der Sachverhalt gewesen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber klar ist ja, dass auch ein [REDACTED] team, was dann vor Ort ist mit entsprechenden Personalunterbringungsnotwendigkeiten - Sie haben gerade ein bisschen flapsig gesagt: das Essen weggenommen -, aber eben auch Versorgungsnotwendigkeit, die dann besteht - - das kann ja durchaus Spannungen auslösen.

Zeuge A. R.: Also, die grundsätzliche Versorgung ist über die Bundeswehr geregelt gewesen. Vielleicht habe ich mich da ein bisschen unglücklich ausgedrückt. Da ging es halt um so Kleinigkeiten wie, ob der Riegel jetzt mir gehört oder dir gehört. Aber das ist halt tatsächlich eine zwischenmenschliche Geschichte gewesen, soweit ich sie bewerten kann, weil ich war selber nicht vor Ort; ich kenne auch nur die Sachen. Es ist mir aber nie in der Form auch gemeldet worden, und wie Sie auch sehen an meiner Reaktion, habe ich das in dem Bericht auch erstmalig in der Form geschrieben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich noch einmal auf die Frage der Gefährdung der deutschen Kräfte eingehen. Wir haben hier einen Hinweis darauf, dass es auch für den Abzug des eigenen Personals Lufttransportschwierigkeiten gab. Da rede ich jetzt von einer E-Mail am 28. April, die der Verbindungsreferent vom BND ans Einsatzführungskommando geschickt hat; Sie waren auch in Kopie. Da geht es eben darum - ich zitiere -:

Es zeichnen sich große Schwierigkeiten beim Transport und besonders beim Ausflug des Personals ab, da seit letzter Woche nur die wenigen geschützten A400M genutzt werden dürfen.

Es gab da einen Shift of Policy sozusagen.



Nichtöffentlich

Die Bw arbeitet fieberhaft an einer Lösung eines Zwischenhubs, bevorzugt anscheinend Baku. Wenn das nicht funktioniert wird es am Schluss sehr kritisch.

Der Befh EFK hat gestern tatsächlich angewiesen, dass ab 17.05. kein Personaltausch mehr stattfindet.

Können Sie sich an diese Zeit erinnern?

Zeuge A. R.: Ja, aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir da unmittelbar betroffen gewesen sind in der Form. Wie gesagt, das ist letztendlich eine Planungsphase gewesen der Bundeswehr. Der Verbindungsreferent hat uns darüber informiert, dass es da Herausforderungen gibt. Aber wir hatten zu dem Zeitpunkt so wenig Personal vor Ort, dass das für uns keinerlei Herausforderung zunächst erst mal dargestellt hat. Klar, wenn es ganz am Ende eng geworden wäre. Aber ist es nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, ich habe noch nicht so ganz verstanden, was Ihr Auftrag der Force Protection ist. Sie haben das, was Sie jetzt gerade gesagt haben, und das, was Sie vorhin dem Kollegen Heidt noch mal gesagt haben - wenn die Bundeswehr nicht draußen rumfährt, dann brauchen wir auch nicht draußen rumfahren - - Ist sie denn nicht gefährdet, wenn sie sich nicht bewegt?

Zeuge A. R.: Also: Ich habe das bezogen auf Kabul; das hatte ich auch explizit so gesagt. In Kabul war die Einschränkung sehr hoch. Die Regelbewegung war über Lufttransport. Im Bereich Masar-i-Scharif hat sich die Bundeswehr schrittweise natürlich weiter zurückgezogen. Das ist aber in der Natur der Sache, weil weniger Kräfte zur Verfügung sind. Aber auch hier ist der Schwerpunkt meines Personals darin gewesen, die Beratung sicherzustellen, eben für das Kontingent, und im Fall der Fälle auch entsprechend Warnhinweise oder Ähnliches zu übermitteln und auf eine Gefährdungslage hinzuweisen. Eine unmittelbare Begleitung in Operationen ist nicht üblich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Beratung ist doch wahrscheinlich besonders dann relevant, wenn zum Beispiel eine veränderte Policy bei der Frage „Wie dürfen unsere Soldaten ausreisen?“ dazu führt, dass die Einschätzung ist: Es kann nicht unbedingt gewährleistet werden.

Zeuge A. R.: Wie gesagt: Ich kann mich an den Sachverhalt nicht dahin gehend erinnern, dass das eine konkrete Auswirkung bei uns hatte; denn das ist ja erst mal letztendlich eine Planung gewesen, die im Einsatzführungskommando stattgefunden hat. Vor Ort selber waren wir im Prinzip damit beschäftigt, sicherzustellen, dass im Prinzip keine Sicherheitsgefährdung durch entweder die Taliban oder irgendjemand anders da im Raum stattfindet. Also, mit dieser geplanten Verzögerung selber hatten wir indirekt* nichts zu tun.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Zu den unterschiedlichen Zeitlinien vielleicht noch ganz kurz: Haben Sie an irgendeiner Stelle Ihren Vorgesetzten gegenüber eingefordert, dass Sie Zeitlinien brauchen, um Ihre Arbeit gut durchführen zu können?

Zeuge A. R.: Für mich waren die Zeitlinien absolut händelbar; daher auch keine zwingende Notwendigkeit des Einforderns. Allerdings wurde regelmäßig natürlich der Vorgesetzte informiert über den Sachstand.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Das war es von mir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur AfD-Fraktion.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Uns liegt eine E-Mail vor, die heute auf den Tag genau zwei Jahre alt ist, vom 20. April 2021, und hier geht es um eine gefährliche Lücke, die die NATO-Truppen hinterlassen. Man betrachtet hier den Zeitraum nach dem 30. April 2021 und hat also Angst vor drohenden Angriffen der Taliban. Der Verfasser eines Schreibens - Fundstelle: MAT A BND-3.73, Blatt 28 - wird hier zitiert:



Nichtöffentlich

... aus eigener Erfahrung nicht unbedingt die beste Idee.

Also die ausschließliche Sicherheit in die Hände der afghanischen Sicherheitskräfte zu legen.

Können Sie uns über diese Negativverfahren mit den afghanischen Streitkräften, die von diesem BND-Mitarbeiter offenbar gemacht worden ist, mehr sagen?

Zeuge A. R.: Da wir nicht in die Zusammenarbeit mit den afghanischen Streitkräften eingebunden waren, kann ich dazu nichts sagen.

Stefan Keuter (AfD): Afghanische Sicherheitskräfte?

Zeuge A. R.: Auch nicht.

Stefan Keuter (AfD): Da haben Sie keine Kenntnis, nicht mal vom Hörensagen?

Zeuge A. R.: Selbstverständlich wurde regelmäßig über die afghanischen Streitkräfte und ihre Leistungsfähigkeit berichtet, und es ist auch klar gewesen, dass die nicht vergleichbar ist mit anderen Resolute-Support-Streitkräften. Aber ich kann nichts zum konkreten Fall sagen, weil wir, wie gesagt, keinen unmittelbaren Kontakt hatten mit den afghanischen Sicherheitskräften und auch nicht in irgendeiner Ausbildung bei ihnen jetzt eingebunden waren.

Stefan Keuter (AfD): Aber die Informationen sind doch bei Ihnen zusammengelaufen, oder sehe ich das falsch?

Zeuge A. R.: Die Informationen sind bei uns in den auswertenden Bereichen zusammengelaufen, und wir* haben das für uns Notwendige dann entsprechend zur Verfügung gestellt, um unseren Auftrag zu erfüllen.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - General Meyer hat am 16. Juni 2021 in einem Schreiben an Brigadegeneral Faust im Zusammenhang möglicher Ausreisen von Ortskräften darauf hingewiesen, dass einige für die Bundeswehr arbeitende afghanische Ortskräfte, sogenannte Guards, bewaffnet

seien. Diese sollten erst am 26. Juni 2021 entwaffnet werden. Für einige dieser bewaffneten Afghanen seien offenbar noch keine verbindlichen Aufnahmezusagen erfolgt bzw. keine gültigen Pässe ausgestellt worden; Fundstelle: MAT A BMVg-5.48, Blatt 77 und 78. General Meyer sah darin offenbar eine erhebliche Sicherheitsgefahr. Für wie hoch hielten Sie damals die Wahrscheinlichkeit, dass diese Männer ihre Waffen gegen deutsche oder gegen afghanische Bürger richten könnten, wenn ihre Ausreise nach Deutschland nicht gewährleistet würde?

Zeuge A. R.: Grundsätzlich ist mir die Mail nicht bekannt, und die genaue Planung, wie die Bundeswehr mit diesem Verfahren umgeht, auch nicht. Insgesamt kam es im Verlauf des Afghanistan-Einsatzes immer wieder zu Vorkommnissen, sodass eine Einschätzung eines potenziellen Green on Blue immer gegeben ist. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Okay, aber Sie sprachen gerade von dieser generellen Gefahr und „immer wieder Zwischenfälle“. Die waren uns so bisher noch nicht bekannt. Vielleicht können Sie uns dazu ein bisschen mehr sagen.

Zeuge A. R.: Die liegen außerhalb des Untersuchungszeitraumes.

Stefan Keuter (AfD): Alle? Keine im Untersuchungszeitraum?

Zeuge A. R.: Mir sind jetzt keine bekannt, die innerhalb des Untersuchungszeitraumes im Zusammenhang mit deutschen Kräften sind.

Stefan Keuter (AfD): Also war der Sicherheitszustand innerhalb des Untersuchungszeitraums „safe“.

Zeuge A. R.: Ja, soweit man in einem Land wie Afghanistan von „safe“ sprechen kann, kann man das sicherlich so sagen. Aber insgesamt gab es grundsätzlich immer eine Bedrohung durch Angriffe der Taliban.



Nichtöffentlich

Stefan Keuter (AfD): Okay. - In einer Unterlage für BND-Präsident - - Nein, machen wir etwas anders weiter; uns läuft sonst die Zeit ein bisschen davon.

Uns liegt ein Ergebnisvermerk einer Videokonferenz vor, die am 16. April 2021 unter dem Begriff „Ad hoc Intelligence Steering Board (ISB)“ tagt; Fundstelle: MAT A BND-3.82 VS-NfD, Blatt 163. Hierin ist von BND-Fragen die Rede, die in folgende Richtung gehen - ich zitiere -:

ANDSF - Gefahr von Green on Blue, hier insbesondere auch die mgl. Gefahr Beschuss von Luftfahrzeugen der CF

- also der Coalition Forces, quasi der NATO -

Bevölkerung - Verhalten der Bevölkerung im Zuge des Abzuges der CF

Fundstelle: MAT A BND-3.82 VS-NfD, Blatt 163.

Für wie groß sahen Sie damals die Gefahr an von Angriffen der ANDSF auf Kräfte der Koalition, insbesondere auf deutsche Truppen, und welche Gründe gab es damals für die Vermutung, dass ANDSF-Kräfte deutsche und andere NATO-Truppen angreifen könnten?

Zeuge A. R.: Da ich an diesem Steering Board nicht teilgenommen habe, kann ich Ihnen nicht äußern, wie diese Einschätzung zustande gekommen ist. Ich hatte es bereits erwähnt: Diese Möglichkeit war immer gegeben, und man musste immer diese in seiner Lagebewertung berücksichtigen.

Stefan Keuter (AfD): Hat es damals, nach dem 14. April 2021, Angriffe von Männern der ANDSF gegen Koalitionstruppen und/oder Bundeswehreinheiten gegeben?

Zeuge A. R.: Also, ich kann mich jetzt nicht daran erinnern; aber ich war auch nicht vor Ort.

Stefan Keuter (AfD): Weshalb machten Sie sich damals innerhalb des Bundesnachrichtendienstes Gedanken über das Verhalten der Bevölkerung

im Zuge des Abzuges? Dachte man auch an Angriffe von Zivilisten auf deutsche Kräfte, und, wenn ja, aufgrund welcher Vorerfahrung kam es zu solchen Gedanken? Welche Anhaltspunkte gab es dafür?

Zeuge A. R.: Dazu ist mir nichts bekannt. Ich habe keine Anhaltspunkte mitbekommen, dass eine unmittelbare Gefahr durch Zivilisten gegolten hat. Aber grundsätzlich betrachtet waren immer alle Möglichkeiten.

Stefan Keuter (AfD): Gut, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir noch mal zu den Liberalen, und die Frau Kollegin Dr. Jurisch hat das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Ich möchte noch mal auf die Fragen meines Kollegen Heidt zurückkommen zu diesen Morgenlagen. Sagt Ihnen der Name „Gemeinsames Internetzentrum“ etwas, GIZ?

Zeuge A. R.: Gemeinsames Internetzentrum?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Internetzentrum.

Zeuge A. R.: „Internetzentrum“ sagt mir nichts, nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sagt Ihnen auch nichts. Okay, gut. Dann verlassen wir das.

Dann möchte ich Sie gerne fragen - gehen wir doch noch mal zurück an den Zeitpunkt so um die Wahlen des US-Präsidenten im November 2020 -: Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt Informationen und substantiierte Einschätzungen, wie lange es dauern würde, dass die USA ihre Truppen abziehen könnten, schnellstens? Also, was war damals die Vorstellung, wie schnell es gehen könnte, wenn sie schnell abziehen wollten?

Zeuge A. R.: Grundsätzlich bin ich jetzt immer noch zu dem Zeitpunkt mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen, dass der Abzug wie ursprünglich geplant im Doha-Abkommen stattfindet.



Nichtöffentlich

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich rede nicht von Wahrscheinlichkeiten, sondern, wenn es eine Entscheidung gegeben hätte von den USA, wie lange hätte es gedauert, dass die ihre Sachen zusammenpacken und weg sind? Also: einen Monat, zwei Monate?

Zeuge A. R.: Das kann ich Ihnen wirklich nicht sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Da hatten Sie keine Informationen dazu?

Zeuge A. R.: Da habe ich keine Informationen dazu.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber hatten Sie eine Information oder eine Einschätzung dafür, dass es eine Diskrepanz zwischen der Dauer, wie lange die USA brauchen, um das Land zu verlassen, und die deutschen Truppen brauchen würden - - Wäre das deckungsgleich gewesen? Hatten Sie da eine Vorstellung davon?

Zeuge A. R.: Also, das kann ich auch nicht sagen. Alles andere wäre nur eine persönliche Vermutung, die darauf abzielt, dass die Amerikaner grundsätzlich insgesamt natürlich eine ganz andere Leistungsfähigkeit innerhalb ihrer Streitkräfte haben. Aber ich kann Ihnen weder Zahlen nennen, noch habe ich mir jemals Gedanken darüber gemacht, ob das in der Form stattfinden könne.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, Ihre persönliche Einschätzung war, dass die leistungsfähiger sind und dass es schneller für sie möglich gewesen wäre?

Zeuge A. R.: Ist eine reine Vermutung, weil sie haben ja auch deutlich mehr Kräfte vor Ort gehabt, die sie dann auch hätten herausbringen müssen. Es gab, soviel ich mich noch erinnern kann, auch noch einige Stützpunkte außerhalb, größere Stützpunkte wie Kandahar und so, und die hätten auch alle erst zurückgebaut werden müssen. Meiner Kenntnis nach sollte auch von der US-Seite - - oder war der Wunsch auch da, dass die Abstimmung immer mit den NATO-Partnern erfolgt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Bevor Joe Biden dann endgültig die Entscheidung gefällt hat, abzuziehen, war da denn irgendwie Klarheit - - Also, war da eine Hoffnung da, dass - - Entschuldigung. War da eigentlich eine Klarheit da, wie es weitergehen würde, also wie schnell das - - Also, was hatten Sie sich zu dem Zeitpunkt gedacht, wie es weitergehen könnte? Also, was war da sozusagen Ihre Vorstellung, bevor das klar war?

Zeuge A. R.: Wie ich heute schon mal angedeutet habe, war natürlich nicht ganz klar, wie eine neue Regierung den Einsatz neu bewertet. Allerdings war das für uns nicht handlungsleitend, und deswegen habe ich mich damit auch nicht intensiv beschäftigt, weil für mich war erst mal klar: „Ich plane so, wie ursprünglich angedacht“, und wir waren dann halt einfach organisatorisch, auch theoretisch* fähig, den Einsatz wieder hochzufahren, wenn eine entsprechende Entscheidung gefallen wäre.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut, dann wäre es das von meiner Seite. - Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, das war es dann. So habe ich das verstanden.

Dann frage ich, ob es in dem nicht eingestuften Bereich noch Nachfragen gibt - außer dass uns in Teilen nicht so ganz deutlich geworden ist, worin Ihre Tätigkeit konkret bestanden hat in der kritischen Phase. Das ist uns nicht gelungen, das so richtig herauszufinden. Das mag an unseren Fragen liegen; aber vielleicht mache ich noch mal einen Schlussversuch.

Ganz am Anfang hat der Kollege Nürnberger gefragt, wie Ihre Tätigkeit einzuordnen ist, mehr im Beschaffungsbereich, mehr im Auswertungsbereich oder mehr als Tätigkeit sui generis, und Sie haben das beschrieben als „von allem ein bisschen“. Wenn man jetzt die ganzen Fragen und Ihre Antworten passieren lässt, würde ich noch mal so rum versuchen wollen zu fragen: Warum sind Sie da tätig geworden in der Weise, wie Sie das sind? Was war sozusagen das Ziel davon, und ist das Ziel erreicht worden aus Ihrer Sicht?



Nichtöffentlich

Zeuge A. R.: Also: Wir sind dort tätig gewesen, weil es unser Auftrag ist, das Militärische Nachrichtenwesen auch als Bundesnachrichtendienst zu unterstützen und entsprechend nachrichtendienstliche Erkenntnisse dem System BND* auch zuzuführen und damit unter anderem die Force Protection im Einsatz sicherzustellen. Und im Endeffekt ist es so etwas Ähnliches oder vergleichbar wie eine - ja, es ist nicht das Gleiche - Residentur für das Militär, und das umschreibt im Prinzip ganz grob den Auftrag. Wir sind an den Bundeswehreinsatz gebunden, und wir haben unseren Einsatz auch beendet mit dem Bundeswehreinsatz.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kann man den Einsatz im Nachhinein als erfolgreich betrachten?

Zeuge A. R.: Für mich persönlich war das erfolgreich, weil alle meine mir Unterstellten sind ohne Verletzung an Geist und Körper zurückgekommen, und wir konnten unseren Auftrag bis zu dem Punkt, an dem wir gefragt waren, ausführen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann frage ich noch mal: Gibt es in dem nicht eingestuften Teil noch Fragen? - Das sehe ich nicht. Dann beende ich diesen Teil der Befragung und frage in die Runde: Müssen wir einstufen? Gibt es den Wunsch? - Bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde mir gerne rausnehmen, dass wir vielleicht noch mal in der Obleuterunde zusammen beraten, ob wir glauben, dass das nötig ist und welche Erkenntnisgewinne noch dahinter stehen können, und jetzt nicht abschließend heute kommunizieren, ob wir da noch mal einladen oder nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann revidiere ich meine Frage und würde sie so formulieren: Müssen wir *heute* noch einstufen?

(Sara Nanni (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Der Antrag wird nicht gestellt. Das andere ist ja ohnehin immer so, zumal ich den Zeugen gerade

darauf hinweisen wollte, dass seine Befragung auch noch nicht endgültig beendet ist. Sie kriegen das Protokoll und müssen dann bis 14 Tage danach bitte Unrichtigkeiten korrigieren oder Dinge hinzufügen, die Sie gegebenenfalls vergessen haben. Ansonsten behält sich der Ausschuss ausdrücklich vor, Sie auch im Zweifelsfall noch ein weiteres Mal zu laden. Das findet sich dann.

Dann bedanke ich mich bei Ihnen für die Zeit und bei allen anderen für die Geduld und die Kondition, und wir haben es geschafft, in Anwesenheit unseres Stenografischen Dienstes, das vor Mitternacht zu beenden. Ich schließe die Sitzung um 23.51 Uhr und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 23.51 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen A. R.

Betreff: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages
Hier: Protokollkorrekturen des Zeugen A.R. vom 20.04.2023
Bezug: Ihre E-Mail vom 08.05.2023, Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/32 II

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/32 II) der nichtöffentlichen Zeugenvernehmung vom 20.04.2023. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, um wenige Korrekturen vorzunehmen. Diese werde ich im Folgenden als Spiegelstriche aufführen.

- **Seite 50**, linke Spalte, dritter Absatz: „Chausseestraße 96“
- **Seite 53**, linke Spalte, vierter Absatz:
„Es ist **nicht** gemeinsam operiert...“
- **Seite 55**, rechte Spalte, dritter Absatz:
„**Hierbei** ging es um die normalen, **regulären Kommunikationsmittel.**“
- **Seite 59**, rechte Spalte, zweiter Absatz:
„... und von der Sache her war das **für** uns nicht wirklich problematisch.“
- **Seite 61**, rechte Spalte, letzter Absatz:
„Ich kann dazu aber keine Details nennen, weil das BND interne **Verfahren betrifft.**“
- **Seite 63**, rechte Spalte, fünfter Absatz:
„Nein, wir sind ja nicht diejenigen, die **diese Gespräche führen.**“
- **Seite 65**, rechte Spalte, erster Absatz:
„...und der Bereich des RC North mit Schwerpunkt zum Schluss auf **das Gebiet** West of MeS. Und in den Bereichen konnte auch die Auswertung bis zum Schluss entsprechende Zuarbeiten liefern, sodass **die Streitkräfte mit unserer Unterstützung** die Lage auch entsprechend bewerten konnten.“
- **Seite 65**, rechte Spalte, fünfter Absatz:
„...und wir haben alles sensible Material **von LBI** vollständig zurückgeführt.“
- **Seite 67**, rechte Spalte, erster Absatz:
„...die **mit** Deutschland...“
- **Seite 69**, linke Seite, zweiter Absatz:
„...die wir aber **gelöst** haben.“
- **Seite 71**, linke Spalte, vierter Absatz:
„So was wie: **Jemand hat** meine Essen weggenommen.“
- **Seite 73**, rechte Spalte, zweiter Absatz:
„Also, mit dieser geplanten Verzögerung selber hatten wir **direkt** nichts zu tun.“
- **Seite 74**, linke Seite, vorletzter Absatz:
„Die Informationen sind bei uns in den auswertenden Bereichen zusammengelaufen, und **diese** haben das für uns Notwendige dann entsprechend zur Verfügung gestellt, um unseren Auftrag zu erfüllen.“

- **Seite 76, rechte Seite, zweiter Absatz:**
„...und wir waren dann halt einfach organisatorisch, auch **praktisch** fähig, den Einsatz wieder hochzufahren, wenn eine entsprechende Entscheidung gefallen wäre.“
- **Seite 77, linke Spalte, erster Absatz:**
„...dienstliche Erkenntnisse dem System **MilNW** auch zuzuführen...“